

Unterrichtung

durch die Deutsche Delegation in der Beratenden Versammlung des Europarates

Bericht über die Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 17. bis 24. Oktober 1972 in Straßburg

Während der Oktober-Tagung (Zweiter Teil der 24. Sitzungsperiode) erörterte die Beratende Versammlung Berichte und verabschiedete Empfehlungen, EntschlieÙungen, Stellungnahmen und Richtlinien, die sich mit folgenden Themen befaÙten:

- **Politische Angelegenheiten** (europäische Integration vor und nach dem Gipfeltreffen der Neun; intergouvernementales Arbeitsprogramm des Europarates; internationaler Terrorismus)

Hierzu sprachen: Herr Blumenfeld (S. 5; 29; 36; 37; 44; 45), Herr Amrehn (S. 6), Frau Klee (S. 7), Herr Dr. Schulz (Berlin) (S. 8), Frau Dr. Diemer-Nicolaus (S. 32), Herr Sieglerschmidt (S. 32; 37; 44)

Beschlüsse der Versammlung

EntschlieÙung 528 betr. die europäische Integration am Vorabend der Gipfelkonferenz der Neun

Empfehlung 688 betr. die zukünftige Rolle des Europarates

EntschlieÙung 536 betr. die europäische Integration nach der Gipfelkonferenz der Neun

Stellungnahme 61 betr. den Entwurf eines intergouvernementalen Arbeitsprogramms des Europarates für 1973 bis 1974

Empfehlung 684 betr. den internationalen Terrorismus

- **Massenmedien** (Pressekonzentrationen; „Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“)

Hierzu sprachen: Herr Blumenfeld (S. 27; 29), Herr Sieglerschmidt (S. 28)

Beschlüsse der Versammlung

Entschließung 534 betr. Pressekonzentrationen

Zurückverweisung (Nr. 942) an den Politischen Ausschuß

- **Wirtschaftspolitik** (Weltwährungsreform und europäische Integration; 12. Jahresbericht der EFTA und Antwort der Versammlung; Tätigkeit der OECD im Jahre 1971)

Hierzu sprachen: Herr Blumenfeld (S. 5) (vgl. Politische Angelegenheiten), Herr Amrehn (S. 6) (vgl. Politische Angelegenheiten), Frau Klee (S. 7) (vgl. Politische Angelegenheiten), Herr Bals (S. 17)

Beschlüsse der Versammlung

Entschließung 529 betr. die Weltwährungsreform und die europäische Integration (europäische Wirtschaftsprobleme)

Entschließung 530 betr. die Antwort auf den Bericht über die Tätigkeit der OECD im Jahre 1971

Entschließung 535 betr. die Antwort auf den 12. Jahresbericht der EFTA

Richtlinie 330 betr. den Bericht der „Rey-Gruppe“ der OECD

- **Rechtsfragen** (Bericht über die 7. europäische Justizministerkonferenz; Maßnahmen im Anschluß an die Parlamentarierkonferenz über Menschenrechte; Transport gefährlicher Stoffe auf dem Seewege; bestimmte Aspekte des Erwerbs der Staatsangehörigkeit)

Hierzu sprachen: Herr Sieglerschmidt (S. 34; 35; 43), Herr Bauer (S. 34; 35)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 683 betr. die Maßnahmen im Anschluß an die Parlamentarierkonferenz über Menschenrechte (Wien, 18. bis 20. Oktober 1971)

Empfehlung 687 betr. den Transport gefährlicher Stoffe auf dem Seeweg

Richtlinie 331 betr. die Beseitigung von und den Schutz vor ungerechtfertigter Diskriminierung

- **Gesundheits- und Sozialfragen** (Arbeit des Expertenkolloquiums über Drogenabhängigkeit; Geburtenkontrolle, Familienplanung, Abtreibung; Erstellung von Sozialberichten durch die Regierungen; Verbesserung der Versorgung von Krankenhauspatienten)

Hierzu sprachen: Herr Sieglerschmidt (S. 17), Frau Herklotz (S. 9; 42), Herr Bauer (S. 11), Herr Pöhler (S. 12), Herr Dr. Klepsch (S. 13), Herr Roser (S. 38; 40), Minister Dr. Schmidt (S. 40)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 675 betr. die Geburtenkontrolle, die Familienplanung und das Problem der Abtreibung in den Mitgliedstaaten des Europarates

Empfehlung 679 betr. die Arbeit des Expertenkolloquiums über Drogenabhängigkeit (Straßburg, 20. bis 24. März 1972)

Empfehlung 685 betr. die Erstellung von Sozialberichten durch die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates

Empfehlung 686 betr. die Verbesserung der Versorgung von Krankenhauspatienten

— Situation der asiatischen Bevölkerung Ugandas

Hierzu sprach: Herr Pöhler (S. 13)

Beschluß der Versammlung

Empfehlung 676 betr. die Situation der Bevölkerung asiatischer Abstammung in Uganda

— Wissenschaft und Technologie (Europäische Raumfahrtspolitik; 3. Konferenz „Wissenschaft und Parlament“)

Hierzu sprach: Herr Richter (S. 15)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 677 betr. die Europäische Raumfahrtspolitik

Empfehlung 678 betr. die Ergebnisse der 3. Konferenz „Wissenschaft und Parlament“ (Lausanne, 11. bis 14. April 1972)

Richtlinie 328 betr. die Organisation einer neuen Konferenz „Wissenschaft und Parlament“

Richtlinie 329 betr. die Prioritäten auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik

— Kulturpolitik (europäische Kulturpolitik; Denkmalschutz in Europa; Tendenzen und Perspektiven der Hochschulreform; Entwurf einer europäischen Charta „Sport für alle“)

Hierzu sprachen: Herr Kahn-Ackermann (S. 18; 21), Frau Klee (S. 22; 23), Herr Dr. Müller (München) (S. 24; 26)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 680 betr. die Kulturpolitik in Europa

Entschließung 531 betr. die Freiheit des Ausdrucks und die Rolle des Künstlers in der Gesellschaft

Entschließung 532 betr. den Denkmalschutz in Europa

Empfehlung 681 betr. den Denkmalschutz in Europa

Entschließung 533 betr. die Tendenzen und Perspektiven der Hochschulreform im Hinblick auf eine dauernde Fortbildung

Empfehlung 682 betr. eine europäische Charta „Sport für alle“

— **Bericht des Ministerkomitees, Haushalt des Europarates für 1973**

Hierzu sprachen: Herr Blumenfeld (S. 36), Herr Siegler-schmidt (S. 36), Herr Draeger (S. 14), Frau Klee (S. 15)

Beschluß der Versammlung

Stellungnahme 60 betr. den Haushalt des Europarates für 1973

— **Beziehungen Europa — Afrika**

Hierzu sprach: Herr Dr. Schulz (Berlin) (S. 21)

Die Reden der deutschen Mitglieder der Beratenden Versammlung sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug der türkische Außenminister Bayülken als amtierender Präsident des Ministerkomitees vor. Zur Versammlung sprachen der Generalsekretär der OECD, van Lennep, der Präsident der Republik Senegal, Senghor, der österreichische Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Frau Firnberg, der Kultusminister von Malta, Frau Barbara, der Schweizer Bundesrat für Justiz und Polizeiwesen, Furgler, der österreichische Bundesminister für Handel, kleinere und mittlere Unternehmen und für Industrie, Staribacher, der hessische Sozialminister Dr. Schmidt und der Sonderbeauftragte des französischen Außenministers, Minister Bettencourt.

Anstelle von Herrn Dr. Müller (München) wurde Frau Herklotz ordentliches Mitglied des Kulturausschusses und Frau Dr. Diemer-Nicolaus stellvertretendes Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses.

Bonn, den 15. November 1972

Hannsheinze Bauer (Würzburg)

Stellvertretender Sprecher

Erik Blumenfeld

Sprecher

Dienstag, 17. Oktober 1972

Tagesordnungspunkt:

**1. Die europäische Integration am Vorabend der
Gipfelkonferenz der Neun
(Die Allgemeine Politik des Europarates)**

(Drucksache 3179)

Berichterstatter: Abgeordneter Sir John Rodgers

**2. Weltwährungsreform und europäische
Integration (Europäische Wirtschaftsprobleme)**

(Drucksache 3167)

Berichterstatter:

Abgeordneter Sir Brandon Rhys Williams

Blumenfeld (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich danke Ihnen, daß Sie mir als Vorsitzendem der Kommission zu Beginn dieser Debatte das Wort geben. Ich habe darum gebeten, weil ich morgen beim Schluß der Debatte nicht dabei sein und die Debatte daher nicht beenden kann; denn ich habe die Ehre, zusammen mit zwei weiteren Kollegen dieser Versammlung der gastgebenden Regierung des europäischen Gipfels, also der französischen Regierung, den von der Beratenden Versammlung vorgelegten Entschließungsentwurf zu übergeben.

Ich möchte hier ein paar grundsätzliche Gedanken zu den Berichten äußern, die uns vorgelegt worden sind, vor allem natürlich zu dem Bericht von Sir John Rodgers, und dem Plenum mitteilen, was die Politische Kommission dazu in einer ganzen Reihe von Sitzungen zu sagen gehabt hat.

Wir stehen in einer Woche, die für die Entwicklung der europäischen Einigung von entscheidender Bedeutung sein kann. Übermorgen vormittag beginnt in Paris die Gipfelkonferenz der erweiterten Europäischen Gemeinschaft, d. h. das Treffen ihrer neun Staats- bzw. Regierungschefs.

Die **Beratende Versammlung des Europarates** muß die Chance nutzen, als Sprachrohr frei gewählter Parlamentarier aus 17 Ländern Europas ihre Auffassungen zu dieser Konferenz zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, Herr Präsident, wir können uns sehr glücklich schätzen, daß es dank Ihrer Bemühungen gelungen ist, daß der französische Staatsminister im Auswärtigen Amt, M. Bettencourt, für eine **Diskussion unmittelbar im Anschluß an die Gipfelkonferenz** nach Straßburg kommen wird, und ich höre, daß wir am 24. Oktober, also am kommenden Dienstag, hier mit M. Bettencourt über die Ergebnisse dieser Konferenz werden diskutieren können. Damit ist die Beratende Versammlung des Europarates das erste parlamentarische Gremium in Europa, das sich zu der Gipfelkonferenz der Staatschefs wird äußern können.

Der uns vorliegende Bericht und der Entschließungsentwurf von Sir John Rodgers bieten dazu eine hervorragende Grundlage. Ich möchte ihm auch von dieser Stelle aus noch einmal zu diesem wirklich ganz besonderen Dokument gratulieren. Sowohl die Entschließung wie auch der begleitende Bericht werden zweifelsohne eine wertvolle Grundlage für die Beratungen der Gipfelkonferenz bilden.

Vor allem erscheint mir wichtig, daß in diesem Bericht der Schwerpunkt auf die eminent politischen Fragen der bevorstehenden Konferenz gelegt wird. Man konnte nämlich, wenn man die Verlautbarungen aus unseren Hauptstädten in den letzten Wochen verfolgte, den Eindruck gewinnen, als handle es sich bei dem Treffen der Regierungschefs um eine Sitzung von Währungsexperten, die lediglich über die Schaffung eines europäischen Währungsfonds zu beraten hätten.

Nun ist die **Währungspolitik**, wie die Erfahrungen der letzten Monate gezeigt haben und wie auch der wichtige Bericht, den uns soeben Sir Brandon Rhys Williams vorgelegt hat, sehr deutlich macht, zweifelsohne von ganz entscheidender Bedeutung für das europäische Einigungswerk. Auch Sir John Rodgers unterstreicht mit Nachdruck diesen hohen Stellenwert der Währungspolitik, wobei er klar das Ziel einer europäischen Einheitswährung bis zum Jahre 1980 aufzeigt.

Mir liegt nun aber daran, in aller Deutlichkeit und mit großem Ernst darauf hinzuweisen, daß man weder eine auf die Dauer funktionierende Wirtschafts- und Währungsunion noch eine gemeinsame Außenhandelspolitik oder auch die gemeinsame Agrarpolitik haben kann, wenn man nicht parallel dazu auch die **politische Einigung** entscheidend voranbringt. Es kann also unter keinen Umständen angehen, daß man glaubt, sich sozusagen einige Rosinen aus dem europäischen Kuchen herauszuschneiden zu können, ohne die notwendigen Fundamente zu legen bzw. Konsequenzen zu ziehen.

Die Gipfelkonferenz muß daher einen Grundsatzbeschuß über die politische Weiterentwicklung der europäischen Einigungsbestrebungen und der Integration fassen. Da jedoch bei realistischer Einschätzung der gegebenen Situation kaum Detailbeschlüsse über die politische Ausgestaltung und die notwendige Änderung der Verfassungsstruktur der Gemeinschaft von der übermorgen und am Freitag stattfindenden Gipfelkonferenz erwartet werden können, könnte und sollte, meine ich, die Gipfelkonferenz dem Europäischen Parlament den Auftrag erteilen, in Zusammenarbeit mit der Kommission und mit Vertretern der Regierungen binnen einer bestimmten Frist einen **Stufenplan für die Verwirklichung der Politischen Union** auszuarbeiten. Nur wenn es gelingt, unverzüglich auf diesem Wege Fortschritte zu erzielen, kann die drohende Gefahr eines Zerfalls des gesamten wirtschaftlichen und politischen Einigungswerkes mit allen sich daraus

ergebenden Konsequenzen für die Zukunft unseres Kontinents gebannt werden.

Deshalb muß auch schon vor Abschluß des anzustrebenden neuen Vertrages über die Politische Union die **Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik** mit dem Ziel der Gemeinsamkeit erheblich verstärkt werden; dies allein schon deshalb, weil die Europäische Gemeinschaft nach ihrer Erweiterung zunehmende Verpflichtungen in der internationalen Handels- und Währungspolitik übernimmt. Ich erinnere nur an die bevorstehenden Verhandlungen im Internationalen Währungsfonds und im GATT. Sie kann dieser wachsenden Verantwortung jedoch nur gerecht werden, wenn sie als Einheit auftritt.

Der Bericht von Sir John Rodgers befaßt sich eingehend auch mit den institutionellen Fragen. Gerade auf diesem Gebiet treffen wir in der breiten Öffentlichkeit häufig auf Mißverständnisse und mangelndes Interesse. Man glaubt, es handele sich um technische oder technokratische Fragen, die nur am Rande eine Rolle spielen. Hierzu muß klargestellt werden, daß die **Reform der Verfassungsstruktur der Europäischen Gemeinschaft** eine wesentliche Voraussetzung für deren Funktionieren darstellt. Es geht vor allem um die Verbesserung der Entscheidungsprozesse, auf die Sir John hingewiesen hat, und um die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane sowie um deren demokratisch-parlamentarische Kontrolle. Gerade der letztgenannte Punkt ist uns als Parlamentariern ein besonderes Anliegen. Wir halten es für unerlässlich, daß die erweiterte Europäische Gemeinschaft demokratisiert wird durch eine Verschärfung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments, durch eine schrittweise Übertragung von Legislativ- und Kontrollkompetenzen sowie durch die direkte Wahl seiner Mitglieder.

In dieser Forderung wissen wir uns einig mit den Völkern unserer Länder und dabei insbesondere mit der **jungen Generation**, die ihre Haltung zur Europäischen Gemeinschaft in hohem Maße von deren demokratischer Ausgestaltung abhängig macht. Wenn etwas dies hätte unterstreichen müssen, Herr Präsident, so haben es die Volksentscheide in Norwegen und Dänemark getan, wo ganz besonders die junge Generation sich politisch ausgedrückt und politisch votiert hat — mal negativ und mal positiv. Die hinter uns liegenden Volksabstimmungen in diesen Beitrittsländern und auch die gesamte öffentliche Diskussion, die in den letzten Monaten innerhalb der Gemeinschaft festzustellen war, haben deutlich gemacht, wie sehr es darauf ankommt, die Europäische Gemeinschaft der Bevölkerung näherzubringen, sie sozusagen zu „popularisieren“. Nur wenn uns dies gelingt, können wir auf die aktive Unterstützung unserer Bürger rechnen.

Hierzu gehört auch, daß wir unser Ziel verdeutlichen, mit dem europäischen Einigungswerk in erster Linie den Menschen zu dienen. Wir sehen in der europäischen Einigung eine wesentliche Voraussetzung für die **Besserung der Lebensbedingungen** und die Steigerung des Volkseinkommens. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang unterstrei-

chen, wie wichtig es mir angesichts der Preisentwicklungen in unseren Ländern erscheint, daß die Europäische Gemeinschaft zu einer **Stabilitätsgemeinschaft** wird. Sir Brandon hat darauf soeben mit dem notwendigen Nachdruck hingewiesen.

Der Bericht von Sir John Rodgers befaßt sich nun nicht nur mit der inneren Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft und deren notwendiger Ausdehnung auf neue Gebiete, wie z. B. Wissenschaft und Forschung, oder mit den bislang nur zögernd behandelten Fragen der regionalen Strukturpolitik, sondern auch mit den **Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft**. Auf die internationalen Währungsverhandlungen, die Außenhandels- und Entwicklungshilfepolitik habe ich bereits hingewiesen. Hervorgehoben werden muß außerdem die Verbindung der Neunergemeinschaft zu den anderen Ländern Westeuropas, die Organisation unseres Verhältnisses mit den Vereinigten Staaten sowie die Kooperation mit den osteuropäischen Ländern. Schließlich stellen sich große Aufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung der geplanten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Es wird entscheidend darauf ankommen, daß die erweiterte Gemeinschaft hierbei geschlossen auftritt.

Ich hoffe, an diesen wenigen Beispielen deutlich gemacht zu haben, vor welcher großen Aufgabe unsere Europäische Gemeinschaft steht. In dieser Situation findet nun in zwei Tagen die **Gipfelkonferenz in Paris** statt. Ihre Tagesordnung ist leider im Laufe dieses Jahres immer mehr zusammengeschrumpft, und es hat den Anschein, als würden viele Probleme ausgeklammert oder nur oberflächlich angesprochen; ja, man äußerte vielfach sogar die Befürchtung, die Konferenz werde sich auf den aller kleinsten Nenner einigen. Dies würden wir in der Beratenden Versammlung als außerordentlich verhängnisvoll ansehen. Wir appellieren von dieser Stelle aus mit der Autorität dieses Hohen Hauses mit großem Nachdruck an die beteiligten Regierungen, dem europäischen Einigungswerk einen neuen, kräftigen Impuls zu verleihen. Dies erwarten wir als Vertreter unserer Völker. (Beifall.)

Amrehn (CDU/CSU): Herr Präsident! Lassen Sie mich zu dem Bericht von Sir John Rodgers zurückkehren. Es mindert die Wertschätzung für seinen Bericht nicht, wenn ich einige kritische Bemerkungen daran knüpfe.

Die erste bezieht sich auf eine These, die er in Nr. 26 seines Berichts vertritt. Es heißt dort, daß die **Währungsunion** für die Völker Europas nicht annehmbar sei, wenn die Entscheidungen nicht der **Kontrolle durch ein demokratisch gewähltes Parlament** unterworfen würden. Nun sind wir alle selbst natürlich Verteidiger der Schaffung eines wirklich entschlußfreudigen, entschlußfähigen und mit Kompetenzen ausgestatteten Europäischen Parlaments. Aber ich meine, daß nichts dringlicher ist als die Rückkehr zu einer relativen Stabilität der europäischen Währungen und schließlich die Herstellung der europäischen Währungseinheit. Um dies zu schaffen, ist tiefgründige Sachkunde, wissenschaft-

liche Einsicht nötig und, ich meine, auch eine Objektivität des Urteils und vor allen Dingen die Unabhängigkeit derer, die darüber zu entscheiden haben. Selbstverständlich werden wir dafür zu sorgen haben, daß die Regierungen durch ein demokratisches Parlament politisch legitimiert bleiben, daß auch diejenigen, die über die Währung zu befinden haben, in demokratischer Weise installiert werden; sie müssen dann aber auf längere Zeit mit Vertrauen ausgestattet ihre Entscheidungen in wirklicher Unabhängigkeit treffen können.

Insoweit scheint mir die Abhängigkeit von einzelnen Währungsentscheidungen eines Parlaments nicht möglich zu sein. In diesem Punkt möchte ich also Einwendungen erheben.

Die zweite kritische Äußerung bezieht sich auf eine Bemerkung in der Nr. 29 des Berichts. Da heißt es, daß es heute in den Vereinigten Staaten ungewiß sei, ob **Fortschritte in der europäischen Einigung** weiterhin im amerikanischen Interesse lägen. Ich glaube, hier liegt ein großes Mißverständnis vor. Solange die Europäer glauben, sich stärker verselbständigen zu können, solange sie allerdings auch glauben, durch ihre Verselbständigung wirtschaftspolitische Nachteile für die **Vereinigten Staaten** herbeiführen zu dürfen, so lange darf man sich nicht wundern, daß die Amerikaner ihrerseits protektionistische Maßnahmen ergreifen. Hier ist in der Tat ein Wettbewerb, eine Rivalität entstanden, die zu Spannungen und dazu geführt hat, daß man sich gegenseitig mißtraut. Hier stimme ich dem Berichterstatter in der Ansicht zu, daß dieses Mißtrauen abgebaut werden muß und daß wir um eine Offenmarktpolitik sowie um die Freiheit des Handels bemüht sein sollten.

Davon bleibt nach meiner Überzeugung aber unberührt, daß die Vereinigten Staaten nach wie vor die politische Einheit Europas wollen. Sie wollen nicht eine Einigung Europas, die dazu dient, einen Wirtschaftskampf mit Amerika herbeizuführen. Aber sie unterstützen weiterhin alle Bestrebungen, jene Politische Union Europas herbeizuführen, die für die Vereinigten Staaten eine wirkliche Partnerschaft bedeuten kann.

Damit bin ich schon beim dritten Punkt. Wiederum muß ich hier dem Herrn Berichterstatter zunächst zustimmen, wenn er die Feststellung trifft, daß sich die Impulse, die von der Konferenz in Den Haag ausgegangen sind, leider verflüchtigt und daß sie letztlich eine Enttäuschung gebracht haben; denn mehr als einige zusätzliche politische Konsultationen sind in den Jahren danach nicht zustande gekommen, ein wirklicher politischer Fortschritt ist nicht erzielt worden.

Erlauben Sie mir den kritischen Hinweis, daß sich der Politische Ausschuß, daß sich der Europarat im ganzen bei dieser Debatte und in dem Bericht nicht in der Lage sieht, den Teufelskreis der Schwierigkeiten um die Politische Union Europas zu sprengen. Die Vorschläge, die gemacht werden, heben sich gegenseitig auf, und auch wir sind heute nicht stark genug, einen Durchbruch in Richtung auf eine konkrete politische Einigung zu erzielen. Wir diskutieren über die Frage des **politischen Se-**

cretariats, und der Erfolg dieser Diskussion wird durch den **Streit um den Standort** eines solchen Sekretariats bereits wieder fragwürdig, und politisch kommen wir so tatsächlich nicht voran.

Dieser Streit hat natürlich seine tiefgehenden Wurzeln. Wir haben uns vielleicht einmal gedacht, die **Europäische Kommission** sei etwas mehr als eine zentrale Verwaltung. Vielleicht haben wir dort den Anfang einer europäischen Regierung gesehen. Wenn es so gewesen sein sollte, ist dieser Traum ausgeträumt. Mit dem Blick auf die Technokraten wird heute jede Diskussion um eine Stärkung der Kommission frustriert — um es modern auszudrücken. Wir haben einmal gemeint, der europäische **Ministerrat** könne eine Art demokratischer Kontrolle gegenüber der Kommission ausüben. Aber mit der Forderung nach stärkerer demokratischer Kontrolle durch ein Europäisches Parlament machen wir ja zugleich deutlich, daß uns die Kontrolle durch den Ministerrat nicht genügt.

Das dritte ist — hier muß ich dem Kollegen Czerneck doch widersprechen —, daß eben die Minister, die dem Ministerrat angehören, mit der Fülle ihrer Konferenzen und Reisen, Verhandlungen und Besprechungen, mit den Reden vor ihren und vor fremden Parlamenten einfach physisch überfordert sind. Es ist doch nicht schlechter Wille — vielleicht gelegentlich, aber nicht generell —, daß sich Minister nicht der Diskussion stellen wollen, die wir wünschen. Jeder sieht doch, wie überfordert ein einzelner Mann an einem solchen Platz heute regelmäßig ist. Von da aus kommt dann der Gedanke der Stellvertreter, der ständigen Vertreter, der Staatssekretäre. Doch scheitert dieser Gedanke wieder daran, daß in diesen Personen wiederum nicht genügend Kompetenzen vereinigt sind, damit politische Entscheidungen getroffen werden können. So stehen wir in der Tat effektiv vor der Frage, wie wir das Dilemma zwischen dem Verlangen nach Beibehaltung nationaler Souveränitäten und der gleichzeitigen Herbeiführung europäischer Integrität und Einigung lösen. Hier will mir scheinen — dieser Gedanke stammt nicht von mir —, daß der einzige im Augenblick wirklich brauchbare Vorschlag darin bestehen könnte, zur Herbeiführung höherer politischer Kompetenzen im Rahmen des europäischen Marktes jene Einrichtung zu schaffen, die aus **Europa-Ministern** besteht, mit der Folge, daß diese Minister einerseits ihre Kompetenzen aus der nationalen Souveränität herleiten und andererseits ihre europäischen Entscheidungen auf dieses politische Ziel hin sogar mit Mehrheit treffen könnten. Ich glaube, wir sollten den Weg, der da angetreten worden ist, von einigen Seiten verfolgen, weil hier im Augenblick die einzige Möglichkeit besteht, auf diesem Boden in Europa politisch etwas voranzukommen. (Beifall)

Frau Klee (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich auch weiß, daß im Mittelpunkt des Interesses bei der Gipfelkonferenz Fragen der Wirtschafts- und Währungspolitik stehen, so möchte ich doch die Aufmerksamkeit auf die **Außenhandelsbeziehungen der Gemeinschaft** richten. Wie die letzten Monate bewiesen haben,

bestehen in ganz entscheidenden Fragen erhebliche **Meinungsunterschiede**, und wir mußten anlässlich der UNCTAD-Konferenz in Santiago erleben, daß die Mitglieder der Gemeinschaft nicht so, wie wir es immer und immer wieder gefordert haben, mit einer Stimme sprechen, sondern ein jedes seine eigene Stimme hören ließ und zusätzlich die Kommission als siebente Stimme vernehmbar war.

Diese Meinungsunterschiede bezogen sich, um nur wenige Punkte zu erwähnen, auf die **Entwicklungshilfe**, auf die Leistungen, die die einzelnen Länder erbringen wollen, welche Konditionen sie für die Hilfe gewähren und welche regionale Orientierung gegeben werden soll. Es stehen sich zwei Meinungen schroff gegenüber. Die eine tritt dafür ein, die Leistungen der EWG vornehmlich auf Schwarzafrika und den Mittelmeerraum zu konzentrieren und möglichst auch die Leistungen der neuen Partnerstaaten dorthin zu lenken. Von den Vertretern der anderen Meinung wird eine weltweite Haltung der EWG gefordert, die der mächtigsten Handelsmacht der Welt einzig und allein angemessen sei. Als Kompromiß wird angeboten, die weltweite Orientierung anzustreben, ohne dabei jedoch die in den letzten Jahren entstandenen und zur Zeit noch entstehenden Beziehungen zu Afrika und zum Mittelmeerraum abrupt zugunsten einer weltweiten Lösung aufzugeben. Mir scheint dies der richtige Weg zu sein, denn es ist doch vollkommen ausgeschlossen, daß so wichtige Bereiche wie Asien und Lateinamerika von der Gemeinschaft vernachlässigt werden.

Im Juli 1970 brachten sämtliche **lateinamerikanischen Länder** einstimmig ihren Wunsch nach einer sehr engen **Kooperation mit Europa** in der bedeutenden „Declaracion de Buenos Aires“ zum Ausdruck. Die Brüsseler Kommission antwortete positiv. Die Parlamentarier des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung des Europarates forderten zu wiederholten Malen in Debatten und Erklärungen, daß es zu einer möglichst engen Kooperation kommen solle. Trotzdem trat in letzter Zeit ein gewisser Stillstand ein. Es handelt sich dabei nicht nur um die Abstimmung der Währungs- und Wirtschaftspolitik, sondern um eine dauerhafte institutionalisierte Zusammenarbeit.

Wenn man öfter Gelegenheit hat, Südamerika zu besuchen, steht man dieser Idee natürlich sehr aufgeschlossen gegenüber. Wie oft fragt man sich dort: Tun wir eigentlich das uns mögliche für diese befreundeten Nationen, tun wir es auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe, im technischen und finanziellen Bereich, setzen wir uns bei Fragen des Weltwährungssystems, der Zollpräferenzen, der gegenseitigen Handelsbeziehungen, der kulturellen Kontakte, der Ausbildungshilfen usw. genügend ein? Könnten wir nicht wirklich wesentlich mehr tun? Haben wir allein den Mut, dafür zu wirken, daß die Informationen über Lateinamerika zahlreicher, objektiver und freundschaftlicher werden und unsere Völker nicht immer nur das Negative von drüben erfahren! Ich glaube, daß in der Tat ein weites Feld offen ist, daß jedoch die dynamische Entwicklung in einigen südamerikanischen Ländern uns nicht nur sehr beeindruckt, sondern auch

deutlich aufzeigen sollte, daß die Partnerschaft der Europäischen Gemeinschaft mit Lateinamerika auch für uns von allergrößtem Interesse ist. Gemeinsamer Markt heißt doch nichts anderes, als daß die Europäische Gemeinschaft nun einen Gemeinsamen Markt bildet, daß wir also nicht mehr nur für uns allein handeln, sondern gemeinsam. Eine Erweiterung des Gemeinsamen Marktes kann doch nicht eine Einengung der Möglichkeiten für Lateinamerika bedeuten.

Deshalb erscheint es mir unbedingt notwendig, heute am Vorabend der Konferenz das Augenmerk auf die möglichst enge Kooperation mit Südamerika zu richten, mit jenen Ländern, mit denen sich unsere Wirtschaft aufs beste ergänzt und die uns nach ihrer Tradition, ihrer Sprache und Kultur besonders nahestehen und freundschaftlich verbunden sind. (Beifall)

Mittwoch, 18. Oktober 1972

n o c h Tagesordnungspunkt:

1. Die europäische Integration am Vorabend der Gipfelkonferenz der Neun (Die Allgemeine Politik des Europarates)

(Drucksache 3179)

Berichterstatter: Abgeordneter Sir John Rodgers

2. Weltwährungsreform und europäische Integration (Europäische Wirtschaftsprobleme)

(Drucksache 3167)

Berichterstatter:

Abgeordneter Sir Brandon Rhys Williams

Dr. Schulz (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Beitrag wird sich mit dem politischen Bericht von Sir John Rodgers befassen, der in den letzten Tagen, gestern und heute, für diesen Bericht so viel Komplimente bekommen hat, daß seine Ohren vielleicht kaum noch in der Lage sind, neue aufzunehmen. Dessenungeachtet lege ich besonderen Wert darauf, hier zu sagen, daß ich diesen Bericht für einen der besten, politischsten und dynamischsten Berichte halte, die dieser Versammlung in den letzten Jahren vorgelegen haben. Er kam genau zurecht am Vorabend jener Gipfelkonferenz, der wir alle eine hohe Verantwortung zusprechen, wenn auch die meisten in diesem Raume wohl wenig von den Ergebnissen erwarten.

Aber warum mit unserer Kritik immer in die Ferne schweifen? Wieviel haben wir nicht vielleicht auch uns selbst vorzuwerfen? In den sieben Jahren, die ich die Ehre habe, dieser Versammlung anzugehören, glaube ich immer wieder meinen bescheidenen persönlichen Beitrag dafür geleistet zu haben, die **Rolle des Europarates** in naher und in weiterer Zukunft zu definieren. Man wird mir nicht vorwerfen wollen, daß ich diese Institution geringachte.

Aber Institutionen leben nicht aus sich selbst, sondern es kommt auf die Menschen an, die diese Institutionen repräsentieren.

Die Beratende Versammlung hat durch den häufigen Wechsel innerhalb der Delegationen niemals über eine Homogenität der Substanz verfügt, obwohl, wenn ich das hier in diesem Zusammenhang anmerken darf, viele in den letzten Jahren ausgeschiedene oder bald ausscheidende Kollegen gerade Symbole der personellen Kontinuität und damit eines Stücks Europa gewesen sind. Aber die Kraft dieser Versammlung beruhte auf der Homogenität ihrer geistigen Aufgabe, und von diesen Traditionen hat man, ehrlich gesagt, in letzter Zeit nur noch wenig verspürt.

Wir haben uns jahrelang darauf beschränkt, die Entwicklungen mit unseren Empfehlungen und Überlegungen zu begleiten oder gar hinter ihnen herzulaufen, statt zu versuchen, sie zu formen. Wirklich wegweisende Impulse sind vielfach ausgeblieben, und wir haben uns vielleicht nicht immer klar vor Augen gehalten, daß ein parlamentarisches Gremium, gerade weil ihm keine unmittelbare parlamentarische Entscheidungsbefugnis zukommt, nur dann öffentlich wirksam werden kann, wenn es seine umfassende Zuständigkeit für Europa immer wieder neu definiert.

In dieser Beziehung betrachte ich den Bericht von Sir John Rodgers vielleicht als einen Anfang in dieser Richtung, und ich hätte gar nichts an diesem Bericht auszusetzen, wenn ich von ihm darüber informiert würde, ob ich einen Gedankengang, der in der Schlußform des Berichts gar nicht mehr enthalten ist, der ihn aber offenbar bewegt haben muß und auf den Herr Czernetz in seinem gestrigen Diskussionsbeitrag noch angespielt hat, richtig interpretiere, nämlich die Überlegung, daß die Grenzen der Römischen Verträge überschritten werden müßten, aber gerade nicht, wie es Herr Czernetz gestern dargestellt hat, in Richtung auf die politische Unverbindlichkeit einer erweiterten Freihandelszone — das vielleicht in zweiter, dritter und vierter Instanz —, sondern meines Erachtens im Sinne einer politischen Verbindlichkeit in erster Instanz als konstitutiver Kraft, die einmal eine westeuropäische Föderation aus der Taufe heben wird. In dieser Beziehung bin ich mit dem Abschnitt Nr. 26 im Exposé des motifs einverstanden, von dem hier in der Diskussion viel die Rede gewesen ist. Es freut mich, daß gerade von einem britischen Kollegen das Bekenntnis zu einer Stärkung der demokratischen Befugnisse des Europäischen Parlaments und zur Wünschbarkeit einer baldigen Direktwahl abgelegt worden ist.

Der Herr Kollege Amrehn hat gestern gemeint, daß bei einem so schwierigen Komplex wie der künftigen **Wirtschafts- und Währungsunion Westeuropas** ein solches Maximum an **Sachverstand**, an wissenschaftlichen Apparaturen, an akribischer Vorarbeit und an **Unabhängigkeit bestimmter Körperschaften** gegeben sein müsse, daß damit eine gelegentlich tagende parlamentarische Körperschaft überfordert sei. Nun glaube ich, daß in den nationalen Parlamenten täglich Entscheidungen fallen, die

den Sachverstand eines einzelnen übersteigen; der einzelne ist auf die Spezialkenntnis von Kollegen, auf die Hilfe wissenschaftlicher Dienste angewiesen. Es ist ganz sicher, Kollege Amrehn: auch ein vereinigt Europa wird bestimmte Körperschaften gerade auf dem Währungsgebiet mit großer Unabhängigkeit ausstatten müssen, etwa im Sinne der Bundesbank in der Bundesrepublik Deutschland. Aber es muß doch ein demokratisches Europa sein, das diese Entscheidungen in erster Instanz fällt. Ich meine, daß gerade die Überlegungen, die Herr Amrehn gestern im Hinblick auf die Möglichkeit von **Europa-Ministern** angestellt hat, die, aus nationaler Souveränität geboren, doch für einen größeren Rahmen zuständig und operationsfähig sein sollen und vielleicht auch nach dem Mehrheitsprinzip entscheiden sollen, kein Ersatz für ein gestärktes Europäisches Parlament und für die längst überfällige Demokratisierung der Institutionen sein können.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicherlich sind die Minister, die Vertreter des Ministerrats und ihrer Stäbe überfordert; aber was wir für die Zukunft brauchen, ist keine europäische Psychotherapie, sondern eine europäische Politik. Mehrheitsentscheidungen der Europa-Minister, wenn es sie gäbe, sind sicherlich besser als der im jetzigen Ministerrat praktizierte Neoabsolutismus, aber auch solche Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat würden letztlich doch nur das uns wesensfremde Prinzip des demokratischen Zentralismus westlicher Prägung aus der Taufe heben.

Nochmals: kein Weg führt an einer baldigen **Direktwahl des Europäischen Parlaments** vorbei, wenn wir vielleicht auch noch 15 Jahre — ich hoffe: höchstens 15 Jahre — darauf warten müssen, daß sich ein westeuropäischer Bundesstaat nach den Prinzipien der Völkersouveränität organisiert. So lange Zeit aber haben wir nicht. Wir müssen die westeuropäischen Staaten so rasch wie möglich in eine politische Form bringen, um das gigantische Abenteuer der vor uns liegenden Sicherheitskonferenz zu bestehen. (Beifall)

Abgeordneter Sir John Rodgers stimmt Herrn Dr. Schulz darin zu, daß er mit seinem Bericht versucht habe, einige anzustrebende Ziele und Orientierungspunkte für den zukünftigen Weg aufzuzeigen, nicht aber strikte Richtlinien.

Tagessordnungspunkt:

Geburtenkontrolle und Familienplanung in den Mitgliedstaaten des Europarates

(Drucksache 3166)

Berichterstatter:

Abgeordneter Dankert für den Flüchtlingsausschuß
Abgeordneter Stray für den Rechtsausschuß
Frau Herklotz für den Sozialausschuß

Frau Herklotz (SPD), Berichterstatterin: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einem

Jahr hat uns die Versammlung beauftragt, die Fragen der Familienplanung weiter zu verfolgen. So liegen nun heute wieder die Berichte vor, und ich habe die Aufgabe, die Meinung des Sozialausschusses zum Bericht des Kollegen Dankert vom Ausschuß für Bevölkerungsfragen darzulegen.

Der Sozialausschuß hat sich in verschiedenen Sitzungen sehr eingehend mit den anstehenden Fragen befaßt, auch mit den allgemeinen Vorstellungen und Ideen, die sich mit den Begriffen **Familienplanung** und **Geburtenkontrolle** verbinden. Eine große Hilfe waren uns dabei internationale Studien und Ergebnisse europäischer Konferenzen. Daraus geht vor allem hervor, daß die Familienplanung nicht in erster Linie ein Instrument der Bevölkerungspolitik des Staates sein soll; vielmehr geht es dabei vornehmlich um das Recht des einzelnen auf Verbesserung seiner Situation.

Mit der Familienplanung sollen verschiedene **Ziele** erreicht werden: die Verhinderung unerwünschter Geburten, die Regelung der zeitlichen Aufeinanderfolge der einzelnen Schwangerschaften, die Bestimmung des Zeitpunktes, der für die Eltern altersmäßig am günstigsten liegt, und schließlich — und nicht zuletzt — die Verwirklichung erwünschter Geburten.

Gerade im Hinblick auf diesen Punkt darf ich auf eine Untersuchung verweisen, die im Frühjahr dieses Jahres in der Bundesrepublik durchgeführt wurde. Danach hat fast ein Drittel der werdenden Mütter — 32 % — das erwartete Kind nicht nur gewünscht, sondern auch „ganz bewußt zu diesem Zeitpunkt geplant“. Aus dieser **Repräsentativumfrage des Bundesgesundheitsministeriums** geht aber auch hervor, daß Frauen aus einfacheren Bevölkerungskreisen weniger Familienplanung betreiben als Angehörige der Mittel- und Oberschicht. Nur 27 % der unteren Schicht hatten ihre Schwangerschaft geplant, während es bei der mittleren 33 % und bei der oberen Schicht sogar fast 50 % waren. Mehr als die Hälfte aller befragten werdenden Mütter, nämlich 59 %, wünschten sich ein bis zwei Kinder, 24 % wollten drei Kinder haben. Mit großer Mehrheit — 72 % — sprachen sich die schwangeren Frauen für die Anwendung von Empfängnisverhütungsmitteln aus, und 59 % traten für eine Lockerung der gesetzlichen Bestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch ein.

Diese Zahlen aus einer neueren Untersuchung in einem großen Mitgliedsland des Europarates zeigen, wie wichtig in der Bevölkerung die Fragen genommen werden, die uns heute beschäftigen.

In der Ihnen vorliegenden Stellungnahme des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitsfragen werden zunächst die medizinischen Aspekte der Schwangerschaft angesprochen, und zwar auch im Hinblick auf die große Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mütter. Hier sind besondere Hilfen notwendig, und wir sollten alle in unseren Ländern dafür sorgen, daß eine ausreichende **Mutterschutzgesetzgebung** nicht nur vorhanden ist, sondern auch verwirklicht wird.

Dazu gehört auch die **regelmäßige ärztliche Untersuchung**, die eine **Pflichtleistung der Sozialver-**

sicherung sein sollte. Die Erfahrungen beweisen, daß dadurch die Mütter- und Säuglingssterblichkeit gesenkt werden kann.

Medizin und Ärzte haben aber auch ihre Bedeutung bei der Familienplanung. In zunehmendem Maße geht es hier um die **Pille**, die in immer neuen Variationen auf den Markt kommt. Hier sind wir der Meinung, daß die Pille nur auf Rezept des Arztes abgegeben werden darf, damit die Frau, die die Pille im Rahmen ihrer persönlichen Familienplanung einnimmt, regelmäßig unter **ärztlicher Kontrolle** steht. Außerdem schafft das ein besonderes Vertrauensverhältnis zum Arzt, das mir im Bereich aller Probleme der Familienplanung notwendig erscheint.

Hierher gehört auch, daß **Familienberatungsstellen** in das bereits bestehende System der medizinisch-sozialen Institutionen eingegliedert werden. Die Einrichtung besonderer Stellen brächte die Gefahr mit sich, daß der Kontakt zu den verschiedenen Bevölkerungsschichten gehemmt würde. Auch heute noch sehen viele die Familienplanung als heikles Thema an und vermeiden es, davon zu sprechen.

Dabei darf ich Ihr Augenmerk auf das Kapitel VI der von uns vorgelegten Stellungnahme lenken, das sich mit medizinischen Aspekten des Schwangerschaftsabbruchs befaßt. Diese Frage darf aber nicht nur unter medizinischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Viele Frauen würden den Entschluß zur **Abtreibung** überdenken oder rückgängig machen, wenn sie ihr Problem ohne **Angst vor Bestrafung oder Erpressung** besprechen könnten, um doch noch einen anderen Ausweg zu finden — eine Wohnung vielleicht oder eine größere Wohnung oder einen Menschen, der das Kind zu sich nimmt. Eine solche Möglichkeit zum Schutz des werdenden Lebens durch die Gemeinschaft ist in den Ländern verstell, in denen der Schwangerschaftsabbruch generell unter Strafe gestellt ist, auch noch immer in meinem eigenen Land.

Mindestens 50 Frauen sterben jährlich in der Bundesrepublik an den unmittelbaren **Folgen einer Abtreibung**. Die indirekten Folgen der Selbstabtreibung und der Behandlung durch Kurpfuscher müssen weit höher veranschlagt werden. Die grassierenden Frauenkrankheiten haben nicht zuletzt hier ihre Ursache. Mehr noch: das Delikt der Abtreibung ist nicht so sehr das Problem von Frauen, die reich genug oder emanzipiert genug sind, um Verhütungsmittel zu benutzen oder sich im Ausland ohne Risiko einem Eingriff zu unterziehen. Das Delikt blüht vielmehr in der ländlichen Enge, in den gefährdeten und sozial schwachen Familien, bei den vielen Behinderten und zur Seite Gedrängten in einer Gesellschaft. Panik ist im Spiel und vor allem auch die totale Einsamkeit der Frauen, die es nicht wagen können, sich irgend jemand anzuvertrauen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie wir in unseren Ländern helfen können. Die Frage der Familienplanung ist überall auf der Tagesordnung.

Frauen, Familien und Gesellschaft brauchen unsere Überlegungen und unsere Aktivitäten. „Eine Zeit für Wunschkinder“, so könnte das Leitmotiv unserer weiteren Arbeit sein, die für die Familienplanung als bessere Alternative zur Abtreibung eintritt.

Hier möchte ich den Antrag von Madame Berggren einbeziehen, den sie im Namen des Sozial- und Gesundheitsausschusses vorlegt. Stimmen Sie diesem Antrag zu. Was hier gewünscht wird, sind Hilfen für die Frau und Mutter, Hilfen für die Familie, und ich meine, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, über allem, was wir hier besprechen und diskutieren, steht das Ja zum Kind. (Beifall)

Bauer (Würzburg) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer die gründlich erarbeiteten und, so meine ich, logisch überzeugenden Berichte Herklotz, Dankert und Stray sorgfältig liest, mag sich, wenn er die Basisanalysen der Bevölkerungsstatistik nicht so genau kennt, die Frage stellen, ob die hier zugrunde gelegten Ausgangspositionen, die Hintergründe in der Tat so gravierend sind, daß man zu so neuartigen und fortschrittlichen Konsequenzen kommen muß, wie sie in den Berichten dargelegt sind. Bei Studium der vielen Seiten tritt die allgemein bekannte Gefahr der Übervölkerung in der Welt — vor allem in den Dritt- und Entwicklungsländern und ihren unvermeidlichen Ausstrahlungen auch auf Europa — zu wenig plastisch ins Bewußtsein. Ich möchte sagen, dieses Problem tritt zumindest in den Detailfragen etwas in den Hintergrund, und ich gestehe freimütig, daß für mich bei diesem ganzen Diskussionskomplex die Frage der Übervölkerung — und wie man ihr steuern kann — das Kardinalproblem darstellt. Deshalb stelle ich die Frage: Wie liegen hier die Dinge wirklich?

Gegenwärtig wird die **Erdbevölkerung** von Fachleuten auf 3,7 Milliarden geschätzt. Bei gleicher Vermehrung wie heute würde diese Zahl im Jahre 2000 — und ich bitte zu bedenken, daß der Geburtenjahrgang 1972 dann doch zur jüngeren Generation zählen wird — zwischen 6 und 7 Milliarden liegen. Ich möchte hier gleich sagen: hier irrt unser irischer Kollege, der sich vorhin geäußert hat, grundlegend. Die Zeiten haben sich seit Malthus entschieden geändert, und man verfügt heute über genaue wissenschaftliche Berechnungsmethoden, mit denen man ermitteln kann, wieweit die Hilfsquellen dieser Erde noch reichen. Mir stehen neueste Daten zur Verfügung. Nach den jüngsten Schätzungen der Weltbank, einer Institution, die an unser Problem nicht etwa unter ideologischen oder gar dogmatischen Gesichtspunkten herangeht, sondern die aus volkswirtschaftlichen Erwägungen, also unter dem Gesichtspunkt der Vernunft urteilt, wird sich die Erdbevölkerung in den nächsten 100 Jahren — und wir sollten etwas weiter denken als von heute auf morgen — auf 15,3 Milliarden Menschen vervierfachen, wenn die augenblickliche Zuwachsrate anhalten sollte, d. h. wenn man weiterhin — aus welchen Gründen auch immer — die Dinge treiben lassen sollte.

Wie gewaltig der Umfang dieses Fragenkomplexes in der Tat ist, geht auch daraus hervor, daß dann 13,3 Milliarden Menschen oder 87 % der heutigen Erdbevölkerung in den sogenannten Entwicklungsländern leben, deren Anteil gegenwärtig mit 56 % veranschlagt wird und die bekanntlich von den Ländern, die dazu in in der Lage sind, mit erheblichen Milliardensummen an Entwicklungshilfe bedacht werden.

Auf Grund derselben Quellen ist exakt errechnet worden, daß sich die **Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer** statt auf die vorausberechneten 13,3 % „nur“ auf 6,7 Milliarden erhöhen würde, daß Indien z. B. statt 2,8 nur 1,4 Milliarden, Ägypten statt 205 nur 94 Millionen, Brasilien statt 529 nur 273 Millionen Einwohner zählen könnte, wenn, ja wenn — so muß man ausdrücklich hinzufügen — man in der Lage wäre, diese Länder durch maximale Anstrengungen auf dem Wege der Familienplanung — und ich habe sie nur beispielhaft herausgegriffen — zu einer einschneidenden Geburtenreduktion zu bringen.

Sicherlich existieren auch heute noch Meinungen, die nicht nur die militärische Schlagkraft, sondern auch die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ja sogar die Weltgeltung eines Landes mit der Geburtenhöhe in direkten Zusammenhang setzen und Familienpolitik sogar noch durch Prämienzahlung voranzutreiben suchen. Der tatsächliche Lauf der Entwicklung belehrt jeden Tag aufs neue überzeugend über die Unrichtigkeit dieser Trugschlüsse und Irrtümer. Die Überbewertung der Quantität in der Bevölkerungspolitik sollte, so meine ich, allmählich ebenso der Vergangenheit anheimfallen wie die verantwortungslose Produktion einer proles mit der tatsächlichen Konsequenz des Proletariats. Man wird gezwungen, direkt zu erkennen, daß man ohne drastische **Geburtenbeschränkung** namentlich in der Dritten Welt — und da würde auch die zügigste und großzügigste Entwicklungshilfe nicht helfen können — des Problems nicht Herr zu werden vermag.

Deshalb sind die vorgelegten Berichte von unmittelbarer Bedeutung und Aktualität nicht nur für die Mitgliedsländer des Europarates, die infolge der Wechselbeziehungen und der Verflechtungen in unserer unteilbaren Welt von Entwicklungen solchen Ausmaßes unmittelbar beeinflußt würden, sondern sie sind von Bedeutung für sämtliche Staaten über unseren Kontinent hinaus. Ich meine, man wird zum Handeln gezwungen, bevor die angesagte bevölkerungspolitische Flutwelle herankommt und uns drastisch vor Augen führt, daß bei ungehemmter Weiterentwicklung in der angedeuteten Richtung die Erde eben doch nicht mehr für alle Raum bietet, daß die Umwelt noch mehr als bisher beeinträchtigt und die Ernährung von Millionen von Menschen überhaupt in Frage gestellt wird.

Ich sage ausdrücklich: ich bin Frau Herklotz sehr dankbar dafür, daß sie so klar herausgearbeitet hat, daß es ein Grundrecht der Eltern ist, die Zahl ihrer Kinder und die zeitliche Aufeinanderfolge der Ge-

burten zu bestimmen, und daß Familienplanung und Geburtenkontrolle nicht nur vorrangig ein bevölkerungspolitisches Instrument eines Staates sein sollten, sondern ganz im Gegenteil das Recht des einzelnen auf Verbesserung seines Wohlbefindens und des Schutzes seiner Gesundheit ebenso Ausgangspunkt der Überlegungen sein müßte. Die logische Konsequenz ergibt sich ganz von selbst: Um den Eltern die Möglichkeit zur Realisierung dieses Grundrechts zu geben, die Zahl ihrer Kinder und die zeitliche Reihenfolge der Geburten selbst zu bestimmen, muß vorweg der Staat diese Leitlinien nach bestem Vermögen dadurch unterstützen, daß er **Familienberatungsstellen** mit entsprechend qualifiziertem Personal einrichtet. Es ist durchaus zutreffend, wenn im Bericht gesagt wird, daß die Zurückhaltung der Behörden auf diesem Gebiet schwerwiegende, ja verheerende Folgen auslösen kann. Auch die andere Schlußfolgerung ist zwingend: Damit die verschiedenen Bevölkerungsschichten auf Wunsch Familienplanung betreiben können, muß unbedingt der Hebel beim Unterricht und im Informationswesen angesetzt werden. Um auf lange Sicht erfolgreich zu sein, sollte eine einschlägige Erziehung und Belehrung bereits in den Schulen beginnen.

Eine sozial- und verantwortungsbewußte Elternschaft wächst gerade in den Dritt- und Entwicklungsländern nicht von heute auf morgen, und ohne sehr energische Bemühungen auf diesem Sektor werden wir hier wahrscheinlich überhaupt nicht weiterkommen. Alle Verantwortlichen — vorneweg die in den bessergestellten Industrienationen Europas — sollten es deshalb dahin bringen, daß der Teufelskreis in den **Entwicklungsländern** endlich einmal durchbrochen wird, daß nämlich gerade dort, wo Beschäftigung, Bildung und Ernährung nicht besser werden können, der Geburtenüberschuß nicht sinkt, und eben weil er nicht sinkt, die Millionen Heranwachsenden kaum besser ausgebildet und ernährt und nur in Ausnahmefällen produktiv beschäftigt werden können. Arbeitslose, sozial ungesicherte Analphabeten brachten in der Geschichte nie etwas anderes hervor als noch mehr Arbeitslose und sozial ungesicherte Analphabeten.

Diese bittere Analyse tritt aber nicht nur in den Entwicklungsländern vor Augen, sondern es soll auch in Europa, auf unserem Erdteil, manche Ecke geben, wo die Dinge verbessert werden müssen. Ich denke dabei an gewisse Regionen, aus denen die meisten Gastarbeiter in mein eigenes Land hineinströmen. Diese würden sicherlich lieber zu Hause arbeiten, wenn man ihnen dort Arbeitsplätze anbieten könnte. Wir haben also auch vor der eigenen Haustür zu kehren, wenn wir der Dinge Herr werden wollen.

Weil nun einmal die Nahrungsmittelproduktion auf unserer Erde nicht nach freiem Belieben gesteigert werden kann und darüber hinaus die Reserven an Rohstoffen, Energie oder Frischwasser auf unserem Planeten ebensowenig unbegrenzt sind wie die Belastbarkeit der Weltmeere oder die Frischluft, sind bewußt gezielte, baldige **Maßnahmen der Unterrichtung** über diese Probleme von den Schulen

bis über die Erwachsenenbildung unerlässlich, um dem gefährlichen Geburtenüberschuß noch rechtzeitig zu steuern, bevor unsere Nachkommen möglicherweise von einer Katastrophe heimgesucht werden.

Zum Schluß, Herr Präsident, scheint es noch geboten zu sein, in diesem Zusammenhang ein Wort zur Problematik der **Schwangerschaftsunterbrechung** allgemein anzufügen. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob die Behauptung zutrifft, die Abtreibung — wohl überwiegend die illegale — sei in einigen Ländern praktisch zum einzigen Geburtenregulativ geworden. Wenn dem so wäre — hier können verständlicherweise keine verlässlichen Zahlen angeboten werden —, müßte dieser unerfreuliche Zustand energisch bekämpft werden, zumal dann, wenn bei diesen Abtreibungen medizinisch unverantwortliche Personen ans Werk gehen und damit die Gefahr irreparabler Schäden für die Volksgesundheit auftaucht.

Nun, gleichgültig wie sich der einzelne bei einer Lösung dieser Frage einstellen mag — Herr Stray weist in seinem Bericht mit Recht darauf hin, daß hier jeweils der religiöse, moralische, ethische oder politische Standpunkt entscheidend sei —: unsere Sorge sollte rechtzeitig dort einsetzen, wo sich der ganze Fragenkomplex gar nicht erst stellt, nämlich vor einer eventuellen Empfängnis. Deshalb können die Information und die Aufklärung überwiegend durch staatliche Stellen, möglicherweise aber auch — ich schließe das nicht aus — durch Einschaltung privater Wohlfahrtseinrichtungen gar nicht rasch, ernst und energisch genug vorangetrieben werden. Wenn wir dazu kämen, daß die Individuen und die Familien in den vom Bevölkerungsproblem am meisten betroffenen Ländern sozialbewußt und verantwortungsbewußt würden, würde sich das Problem der Schwangerschaftsunterbrechung ganz von selbst allmählich reduzieren.

Bei so konzipierter und bewußt gestalteter Familienplanung und Geburtenregelung können dann auch mit entsprechender Aussicht auf gute Breitenwirkung diejenigen **flankierenden Maßnahmen sozialpolitischer Art** — familiengerechte Wohnungen, Hilfen für kinderreiche Familien, Kindergärten — Platz greifen, die Frau Berggren für den Sozialausschuß in einem Antrag vorschlägt und die wir als notwendige Ergänzung sehen und akzeptieren sollten.

Ich bin also mit den vorgelegten Berichten im großen und ganzen einverstanden und plädiere aus voller Überzeugung für ihre Annahme. (Beifall)

Pöhler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ein kurzes Schlußwort geziemt sich, insbesondere ein Wort des Dankes an die Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv an dieser erregenden Debatte beteiligt haben. Ich möchte auch feststellen, daß die Teilnehmer an dieser Aussprache im wesentlichen auf böswillige Mißinterpretationen der Motive des Andersdenkenden verzichtet haben.

Ich will darauf verzichten, auf Sachfragen sowie auf kontroverse Haltungen und Meinungen einzugehen. Nur ein paar allgemeine Bemerkungen im Hinblick auf die Absicht des Ausschusses, den zu vertreten ich als Vorsitzender die Ehre habe!

Dieser Bericht ist in seiner Gesamtheit und in den Schlußfolgerungen in beiden Teilen kein Instrument zur Propagierung von **Schwangerschaftsunterbrechungen**. Im Gegenteil, er geht von zwei Tatbeständen aus.

Einmal ist hervorgehoben worden, daß die organisierte Gesellschaft im Zeitalter der Menschenrechte und der mündigen Bürger den Eltern die praktische Möglichkeit geben muß, die Zahl ihrer Kinder in eigener Verantwortung zu bestimmen. Das gehört zu den Menschenrechten, die wir sonst in diesem Saal immer wieder beschwören.

Zum anderen war sich der Ausschuß darüber einig, daß das, was in der Resolution zum Thema Schwangerschaftsunterbrechung gesagt wird, die Schwangerschaftsunterbrechung nicht als aktives und positives Mittel zur Geburtenkontrolle und Familienplanung darstellt. Sie darf es auch nicht werden. Das war die einmütige Meinung des Ausschusses. Allerdings hat er auch festgestellt, daß man an jenem nicht wegzudiskutierenden Tatbestand millionenfacher illegaler Schwangerschaftsunterbrechungen, der illegalen Vernichtung werdenden Lebens durch Kurfuscher und mit oft entsetzlichen Folgen für die Betroffenen, nicht einfach vorbeigehen kann, wie immer hier argumentiert worden ist.

Wir tragen als frei gewählte Politiker Verantwortung für diesen Tatbestand, der einen gesellschaftspolitischen Skandal darstellt. Dem kann man nicht unter Bezugnahme auf moralische und ethische Positionen entgehen. Hier muß man eine Aussage machen; man darf diese Aussage nicht verweigern. Wir machen sie mit diesem Bericht in positiver Weise; jedenfalls versuchen wir es. Man könnte noch einige Bemerkungen dazu machen. Ich möchte es aber dabei bewenden lassen.

Wir fühlen uns für das, was ist, verantwortlich und sind uns dessen bewußt, daß man die Situation nicht mit dem Strafgesetzbuch bessern kann. Die Recommendation und die Resolution entsprechen den Notwendigkeiten und werden den Tatbeständen, denen wir nicht ausweichen dürfen, gerecht. Ich muß dem Sozialausschuß und der Vorsitzenden, der Kollegin Bergegren, sowie der Berichterstatterin, meiner Kollegin Herklotz, herzlich für die Ergänzung unseres Berichts durch die flankierenden familienpolitischen Vorschläge danken, die wir akzeptiert haben und deren Annahme wir empfehlen. Damit wird dieser Gesamtbericht zu einem umfassenden gesellschaftspolitischen Instrument, das zusammen mit der Summe aller praktischen Vorschläge geeignet ist, der entsetzlichen Wirklichkeit der illegalen Schwangerschaftsunterbrechung im wesentlichen die Grundlagen und Voraussetzungen zu entziehen. Darauf kam es meinem Ausschuß, Herr Präsident, an, und wir meinen, daß das weitgehend gelungen ist.

Gestatten Sie mir abschließend noch eine persönliche Bemerkung. Wer glaubt, die Verantwortung für das, was wirklich ist, nicht übernehmen zu müssen und auch die positiven und prophylaktischen Maßnahmen ablehnen zu können, die in der Recommendation vorgeschlagen werden, dem muß ich das Wort entgegenhalten: Ihr laßt die Armen schuldig werden und übergebt sie dann der Pein, d. h. dem Staatsanwalt und dem Strafrichter. Das hat nichts mit Moral und mit Ethik und schon gar nichts mit Christentum zu tun. Wir meinen, daß wir hier einen Weg finden müssen, mit den Problemen fertig zu werden, einen Weg, der der großen Tradition dieses Hohen Hauses, dieser Beratenden Versammlung, im Ringen um die Menschenrechte entspricht.

Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren, den beiden vorliegenden Änderungsanträgen, also dem Amendement Nr. 3 zum Dokument 3166 betreffend Nr. 6 Buchstabe c und dem Amendement Nr. 4, das den Gesamtantrag des Sozialausschusses enthält, die Zustimmung zu geben. Wir empfehlen also Annahme der Änderungsanträge, und ich bitte die Kollegen der Beratenden Versammlung, dem Bericht, der Recommendation und der Resolution die Zustimmung zu geben. (Beifall)

Pöhler (SPD): Die Mehrheit des Ausschusses empfiehlt, den Änderungsanträgen Nr. 3 und Nr. 4 zuzustimmen.

Dr. Klepsch (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Bemerkung wird ganz kurz sein. Ich möchte hier nur feststellen, daß ich mit den Aussagen in einigen der Unterlagen, durch die die Leistung der **Hausfrau** abgewertet wird, nicht einverstanden bin. Ich möchte ausdrücklich festhalten, daß die Hausfrau in der Regel eine ebenso schwere berufliche Leistung zu erbringen hat wie jede andere berufstätige Frau. Das möchte ich hier zu Protokoll geben.

Tag e s o r d n u n g s p u n k t :

Die Situation der Bevölkerung asiatischer Abstammung in Uganda

(Drucksache 3200)

Berichterstatter: Abgeordneter Boyden

Pöhler (SPD): Herr Präsident, nur eine ganz kurze Bemerkung! Es entspricht der Tradition dieser Beratenden Versammlung des Europarates, immer dann ihre Stimme zu erheben, wenn irgendwo in der Welt Menschen Unrecht geschieht, wenn Menschenrechte mißachtet werden. Es entspricht auch der Tradition, daß wir bei solchen Gelegenheiten unsere eigenen Regierungen um die notwendige Hilfe bitten. Das tun wir auch in diesem Falle.

Ich bitte um Zustimmung zum Bericht und zu der Empfehlung.

Donnerstag, 19. Oktober 1972

Tagesordnungspunkt:

**Stellungnahme der Versammlung zum Haushalt
des Europarates für 1973**

(Drucksache 3175)

Berichtersteller: Abgeordneter Beauguitte

Draeger (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den anerkennenden Worten von Herrn Scott-Hopkins an den Berichtersteller, den Kollegen Beauguitte, möchte ich mich von ganzem Herzen anschließen. Wer das Dokument 3175 einmal durchliest und sich vielleicht die Mühe macht, das zu studieren, was dort in einer sehr nüchternen, trockenen Weise auf wenigen Seiten festgehalten ist, der wird ermessen, welches Maß an Fleiß und Arbeit dort seinen Niederschlag gefunden hat. Für diese Arbeit möchte ich persönlich dem Herrn Berichtersteller ebenfalls sehr herzlich danken.

Kollege Scott-Hopkins hat dankenswerterweise das Thema „**Personal**“ aufgegriffen, und zwar in etwa dort, wo ich vor einem Jahr hier abschließen konnte. Natürlich hat der Herr Generalsekretär recht, wenn er sagt: Dieses und jenes ist im Gange, aber im übrigen arbeite ich nach den mir gegebenen Richtlinien. Er hat guten Grund, sich hier so zu verhalten. Es wird aber Aufgabe der Kommission mit sein müssen, zunächst einmal zu prüfen — das wird also eine der wesentlichen Aufgaben unseres Kollegen Scott-Hopkins sein, und zwar in einem politischen Auftrag —, ob die Richtlinien in der Tat ausreichen oder ob sie modifiziert, verbessert werden müssen, um hinsichtlich der personellen Situation der Mitarbeiter des Europarats in Straßburg zu einem besseren Ergebnis zu kommen.

Lassen Sie mich nun einige wenige Bemerkungen zum Haushalt selbst machen. Sie wissen, daß ich einer der Leute war, die vor einem Jahr ein Plädoyer für die **Besucherbetreuung** gehalten haben. Ich freue mich — sicherlich mit Ihnen —, daß die Besuchertribüne auch heute morgen wieder fast voll besetzt ist. Der Herr Berichtersteller hat Vorstellungen entwickelt, welches Ausmaß eine bessere Besucherbetreuung im Rahmen des Haushalts für 1973 haben mußte. Lassen Sie mich Ihnen dazu sagen: im letzten Jahr haben etwa 100 000 Bürger aus den Mitgliedstaaten, vornehmlich Jugendliche, dieses Haus besucht. Das Haus hat auch etwas getan, damit die Erinnerungen, die die Besucher hier mitnehmen, untermauert werden. Den Besuchern steht z. B. eine kleine **Broschüre** — „Der Europarat“ — zur Verfügung. Aber die Auflage reicht bei weitem nicht aus. Nur knapp 10 % der Besucher können durch diese Broschüre etwas näher mit den Aufgaben, mit der Gliederung und mit der Organisation vertraut gemacht werden. Mein Wunsch geht deshalb dahin, daß durch zusätzliche Mittel dafür ge-

sorgt wird, daß jeder Besucher eine solche kleine dokumentarische Schrift in die Hand bekommt.

Eine zweite Anregung. In den nationalen Parlamenten, die großen Wert darauf legen, daß, wo immer es möglich ist, die breite Öffentlichkeit an der politischen Arbeit des Parlaments beteiligt wird, gibt es **Anstecknadeln** oder Plaketten zur Erinnerung an einen Besuch. Ich weiß, daß wir solche kleinen Anstecknadeln haben und daß sie in dem Maße vergeben werden, wie es dem bescheidenen finanziellen Rahmen des Europarats adäquat ist. Dennoch bitte ich zu überlegen — ich möchte dazu ein deutsches Sprichwort anführen: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr“ —, ob diese Nadel nicht etwas deutlicher, auffallender werden kann und ob nicht darauf hingewirkt werden kann, daß diese Nadel von den Besuchern nicht nur hier in diesem Hause getragen wird, sondern auch auf der Rückreise und womöglich in den Herkunftsländern etwas deutlicher, auch im Straßenbild, in Erscheinung tritt.

Nun weiß ich natürlich, daß es in der Natur der Sache liegt, daß hier im wesentlichen nur die Anliegerstaaten durch Besucher vertreten sein können, daß es für die Mitgliedsländer, die einige hundert Kilometer von Straßburg entfernt liegen, schwierig ist. Das sollte uns aber nicht daran hindern, gelegentlich kleineren **Gruppen aus den entfernteren Mitgliedsländern** mit **finanziellen Beihilfen** zu den entstehenden Kosten unter die Arme zu greifen. Ich glaube, das ist im Rahmen der Besucherbetreuung notwendig, um das Interesse an dieser Arbeit zu wecken.

Lassen Sie mich hier eine kurze Nebenbemerkung machen. Ich bitte auch zu überlegen, was in der politischen Debatte gestern vormittag angeklungen ist. Das Klagen über das mangelnde Interesse von seiten der Öffentlichkeit nützt nichts. Wir müssen die Frage an uns richten und sie möglichst auch beantworten: Was tun wir eigentlich, um die hier akkreditierten und wenigstens zu den Plenarsitzungen erscheinenden **Journalisten** etwas stärker mit unserer Aufgabe zu befassen? Wäre es nicht einmal angebracht, in jeder Vollsitzungswoche ein Zusammensein dieser Journalisten und der Kollegen, die daran ein besonderes Interesse haben, zu arrangieren? Außerdem würde ich auch Wert darauf legen, angesichts des häufigen Wechsels unter den Mitgliedern des Europarats einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, zumindest einmal im Jahr die neuen Kollegen mit den Journalisten zu einem Gespräch zusammenzubringen.

Lassen Sie mich noch einige weitere Bemerkungen machen. Ich will nur noch auf das eingehen, was von den Vorrednern noch nicht gebracht worden ist. Wir haben einen besonderen Ausschuß mit der Aufgabe betraut, im Rahmen eines Arbeitsprogramms für die nächste Zukunft **Prioritäten** festzulegen. Von seiten des Ministerrats wird fast mit erhobenem Zeigefinger darauf hingewiesen, daß die Zuwachsraten im Haushalt 1973 streng begrenzt werden muß. Wer die Arbeit der Mitglieder des Haushaltsausschusses kennt, wird wissen, daß es beileibe nicht notwendig ist, auf ein haushälterisches Ge-

baren und sparsamste Bewirtschaftung der bescheidenen Mittel zu dringen. Ich befürchte, daß die Aktivitäten des Europarats durch den Hinweis des Ministerrats gebremst werden könnten. Das würde sich auswirken wie ein kalter Frühlingstreif auf ein junges Pflänzchen. Es trifft den Europarat just in dem Augenblick, wo er sich anschickt, neue Vorstöße in Richtung auf Europa zu unternehmen.

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort zu der **Höhe des Haushalts** sagen. Wie Sie der Seite 18 entnehmen können, hat sich der Haushalt in den letzten fünf Jahren praktisch verdoppelt. Ich bitte jedoch zu bedenken, daß mehr als die Hälfte dieses Zuwachses von der Geldentwertung, von der Inflation aufgezehrt worden ist. Der reale Zuwachs bei den Mitteln, mit denen wir hier Politik zu machen haben, hält sich also durchaus im normalen Rahmen.

Letzte Bemerkung: Neubau des Europahauses. Sie alle werden festgestellt haben, daß in der Zwischenzeit die Tennisplätze infolge der Bauarbeiten weichen mußten. Ich erkenne an, daß es für die nationalen Regierungen sicherlich nicht einfach war, die erheblichen Mittel für diesen Neubau in ihren Haushalten unterzubringen. Von mir aus jedoch eine Bitte: Diese einmalige Investitionsausgabe darf nicht als billiger Vorwand dafür dienen, zu sagen: Im Augenblick haben wir kein Geld. Es wäre eine schlimme Sache, wenn die erfolgreiche Fortführung der Arbeit des Europarates lediglich mit dem Hinweis auf das Fehlen der erforderlichen finanziellen Mittel unmöglich gemacht werden könnte.

Ich bitte um Nachsicht, Herr Präsident, daß ich meine Redezeit etwas überschritten habe. (Beifall)

Frau Klee (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Etatberatungen geben mir Gelegenheit, zur Höhe der **Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit des Europarates** Stellung zu nehmen. Ich möchte wirklich anerkennen, daß die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut, verstärkt und verbessert worden ist.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um denjenigen, die dort zuständig sind, aufs herzlichste für ihre Hingabe und ihren Einsatz zu danken. Trotzdem: die Mittel reichen nicht aus, der Europarat ist nicht in ausreichendem Maße in das Bewußtsein unserer Völker eingedrungen. Seine Arbeit wird einfach nicht in das politische Geschehen einbezogen, sie liegt außerhalb. Die öffentliche Meinung nimmt sie nicht wahr. Sie nimmt nicht wahr, daß hier die Harmonisierung der europäischen Politik auf allen Gebieten durchgeführt wird und welches außerordentlich wichtiges politisches Instrument der Europarat darstellt.

Man nimmt nicht zur Kenntnis, daß sich im Rahmen des Europarates die Vertreter unserer Völker auf allen Ebenen, der parlamentarischen Ebene, der Regierungsebene und der Ebene der Experten, ständig zusammenfinden und daß hier in allen Fachbereichen gearbeitet wird. Man weiß nicht, daß sich durch diese Kontakte die Regierungsmannschaften

bereits langfristig vorher kennenlernen und infolgedessen leichter miteinander auskommen werden, wenn sie einmal in der Verantwortung stehen.

Man nimmt nicht zur Kenntnis, daß wir hier im Europarat ohne jegliche Mühe sofort die Meinung aus 17 Ländern, von 17 Regierungen und sämtlichen Parteien erfahren können.

Man nimmt nicht zur Kenntnis, daß von hier die Impulse für die Begegnung unserer Bevölkerungen und insbesondere der Jugend ausgehen. Es ist ein Friedensdienst, wie er besser überhaupt nicht getan werden kann. Aber diese große Chance wird weder ausreichend erkannt noch genutzt.

Ich muß wirklich sehr skeptisch Stellung nehmen. Wenn z. B. als Ergebnis der bevorstehenden Wahlen in der Bundesrepublik etwa die Hälfte unserer Delegation nicht nach Straßburg zurückkehrt, so ist das doch ein Zeichen dafür, daß die Arbeit für Europa zu Hause nicht entsprechend gewürdigt wird und daß sie nicht gerade als besonders zukunftsträchtig gilt. Dabei ist mein Land wirklich durchweg europäisch gesonnen. Das Ziel der europäischen Einigung ist nicht nur in den Parteiprogrammen aller unserer Parteien enthalten, sondern die deutschen Parteien setzen sich auch wirklich intensiv für die europäische Einigung ein.

Daß es mehr oder minder überall so ist, mußte ich auf Grund einer asystematischen Meinungsumfrage feststellen, die ich vor einiger Zeit unter Kollegen aus allen Ländern und allen Parteien durchgeführt habe. Auf die Frage, ob ihre Erfahrungen zu Hause genutzt würden, antworteten fast alle: Hauptsächlich für Festreden. Auch auf die Frage, ob die europäische Arbeit für die politische Karriere nützlich sei, wurde fast nur negativ geantwortet. Eine der positivsten Antworten — sie stammt von einem hochgeschätzten Kollegen — war: Sie ist eine Bereicherung für mich persönlich; sie verschafft mir wertvolle Informationen und neue Erkenntnisse, sonst jedoch keine politischen oder sonstigen Vorteile.

Ich könnte dazu noch weiteres sagen. Ich möchte heute aber nur darauf hinweisen, daß es lebensnotwendig ist, den Europarat wieder mehr in das Bewußtsein unserer öffentlichen Meinung zu bringen, und daß zu diesem Zweck unter allen Umständen die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit erheblich verstärkt werden müssen. (Beifall)

Tagesordnungspunkt:

Dritte Konferenz „Wissenschaft und Parlament“ (Lausanne, 11. bis 14. April 1972)

(Drucksache 3181)

Berichtersteller: Abgeordneter Czernetz

Richter (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Bericht von Herrn Czernetz, mit dem dieser die Ergebnisse der dritten Konferenz „Parlament und Wissenschaft“

vorgelegt hat, möchte ich hier in Anbetracht der Zeit und der Geschäftslage nur noch einen einzigen Ausschnitt ansprechen, nämlich den, der sich mit der **Rolle der Parlamente im wissenschaftlichen und technologischen Zeitalter** beschäftigt. Die Mitglieder dieser Versammlung haben während der letzten zwei Jahrzehnte erlebt, daß die Macht der Regierungen schnell zugenommen hat. Die meisten dieser Regierungen haben von den technologischen Neuerungen sehr stark Gebrauch gemacht und sich zum Teil auch mit komplizierten Verwaltungssystemen ausgerüstet.

Wenn ich an die Lage im Deutschen Bundestag denke, müßte ich darstellen, daß die Bundesregierung jährlich einen Computer-Bericht erstattet, in dem sie ausführt, in welchem Umfang bei oberen Bundesbehörden die Zahl der eingesetzten Computer zugenommen hat. Diese Angaben sind sicher nahezu in jedem Partnerland zu erbringen.

Ich will hier — ich muß das betonen — noch das herausstellen, was in Lausanne so ganz besonders deutlich zum Ausdruck kam: daß die Parlamente diesem Fortschritt in der Regel nicht gefolgt sind und infolgedessen sehr benachteiligt sind, vor allem wenn sie ihre Funktion als Überwacher der Exekutive ausüben. Unsere Parlamente müssen ihre Arbeitsmethoden schnell ändern, wenn sie im wissenschaftlich-technologischen Zeitalter glaubwürdig bleiben wollen.

Die erste Aufgabe besteht nach meiner Auffassung darin, den Parlamentariern ein ausreichendes **Informationssystem** zu sichern. Die Menge der einschlägigen Informationen ist jetzt so groß und nimmt so schnell zu, daß moderne Methoden für Speicherung und Wiedererlangung angewandt werden müssen.

Das Studium der **EDV-Hilfsmittel** für parlamentarische Arbeit wird von dem Unterausschuß Datenverarbeitung des Wissenschaftsausschusses dieser Versammlung fortgesetzt und vertieft werden. Die Versammlung hat schon eine erste Entschliebung zu diesem Thema angenommen. Der Unterausschuß wird auf dieser Grundlage aufbauen können. Die nächste Sitzung dieses Unterausschusses wird im Januar in Bonn stattfinden. Dabei wird die Möglichkeit bestehen, das elektronisch arbeitende Informationssystem des Deutschen Bundestages zu studieren. Ich halte es für möglich, daß diese Datenbank des Bundestages zur Zeit die modernste bei einem Parlament in Europa ist.

Ich möchte aber auch gleich darauf hinweisen, daß mit einer solchen Anlage ganze Bündel von neuen Problemen auftauchen, die der Ausschuß studieren sollte. Hier denke ich vor allem daran, daß die Daten, die in den Banken gespeichert werden, bei den Parlamenten in irgendeiner Form austauschbar gehalten werden sollten. Ich denke ferner daran, daß wir uns in einem sehr frühen Stadium bemühen müssen, eine Computer-Sprache zu sichern, die diesen Austausch auch ermöglicht.

Zusätzlich zu den einschlägigen Informationen müssen die Parlamentarier Wissen in den vielen

komplizierten technischen Fragen zu erhalten in der Lage sein, mit denen sie sich beschäftigen müssen und worüber sie dann auch Entscheidungen zu treffen haben. Unser Berichterstatter, Herr Czernetz, hat in seinem Vortrag auf dieses Problem besonders eindringlich hingewiesen. In der Konferenz in Lausanne hatten wir die Möglichkeit, das Kongreßmitglied Symington zu diesem Thema zu hören. Er legte uns dar, daß dem **amerikanischen Kongreß** zur Zeit der Vorschlag vorliegt, ein **Büro für die Bewertung der Technologien** zu schaffen. Dies würde — so sagt er — dem Kongreß ein flexibles Instrument geben, um die richtigen Ratschläge zu technischen Problemen einzuholen. Mit ihnen hätte sich dieses Parlament dann zu beschäftigen. Eine ausführliche Beschreibung dieses Projektes finden Sie in dem Memorandum, das uns der Kollege Czernetz vorgelegt hat. Ich meine, dieser Vorschlag ist wert, von europäischen Parlamenten studiert zu werden. Sie können darin Ideen finden, die in ihren eigenen Systemen angewandt werden können.

Darum wird in dem Empfehlungsvorschlag der Ausschuß für Wissenschaft und Technologie damit beauftragt, den Fortschritt des amerikanischen Projektes zu verfolgen.

Ein letztes Wort mag dem Kollegen Czernetz gelten. Er hat seine Kollegen und Mitarbeiter, die die Konferenz in Lausanne vorbereitet hatten, herausgestellt. Ich möchte ihm als Berichterstatter hier ein paar Worte des Dankes sagen; denn ich weiß, was er an Arbeitszeit, Innervationen und Anstrengungen, praktisch über Jahre hinweg, in dieses Programm investiert hat, das nun so großartig gelungen ist. (Beifall)

Tag es o r d n u n g s p u n k t :

Ansprache des Generalsekretärs der OECD, Jonkheer Emile van Lennep

(Drucksache 3193)

Schriftliche Anfrage von Herrn **Roser** (CDU/CSU) (Drucksache 3193): In der Erwägung, daß die Beratende Versammlung in ihrer Empfehlung betr. die Erstellung von Sozialberichten durch die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates die gegenwärtigen Bemühungen der OECD zur Entwicklung sozialer Richtwerte begrüßt, — Bemühungen, die mit dem Vorschlag der Versammlung übereinstimmen, durch Sozialberichte die Änderungen der Lebensqualität zu kontrollieren, frage ich den Generalsekretär der OECD, ob er anerkennt, daß — wenn diese Sozialberichte einen Nutzen haben und keine rein akademische Übung sein sollen — die Politiker bei ihrer Ausarbeitung eng beteiligt werden sollten, da sie am ehesten die erforderlichen Daten kennen, um Entscheidungen auf einer anderen als einer rein intuitiven Basis zu treffen, und ob er ebenfalls der Auffassung ist, daß der Europarat in enger Zusammenarbeit mit der OECD bei der Erstellung der Sozialberichte in seinen Mitgliedstaaten einen bedeutenden Beitrag zu leisten hat.

van Lennep (Generalsekretär der OECD) erinnert daran, daß die OECD, wie er bereits in seiner Erklärung betont habe, dank ihrer Arbeiten auf dem Gebiet des Sozialindex' einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Sozialberichterstattung zu leisten hoffe.

Bals (SPD): Ich möchte noch hinzufügen, daß wir die Zusammenarbeit für sehr wertvoll halten.

Tagesordnungspunkt:

Expertenkolloquium über Drogenabhängigkeit (Straßburg, 20. bis 24. März 1972)

(Drucksache 3156)

Berichtersteller:

Abgeordnete Frau Bergegren für den Sozialausschuß
Abgeordneter Ryan für den Rechtsausschuß

Sieglerschmidt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer an dem Symposium teilgenommen hat, wird mir bestätigen, daß es einen sehr befriedigenden Verlauf genommen hat, daß es wirklich ein gelungener Versuch war, in sehr breiter Weise interdisziplinär zusammenzuarbeiten, daß man nicht dem Fehler erlegen ist, dem man in diesem Bereich vielfach begegnet, die Dinge zu breit, zu philosophisch, zu religiös usw. anzulegen, daß man sich auf der anderen Seite aber auch nicht auf den rein medizinischen und auf den strafrechtlichen Aspekt beschränkt hat.

Nun ist es richtig — das hat die Berichterstatterin, Frau Bergegren, schon gesagt —, daß man von einem solchen Symposium keine Beschlüsse erwarten darf, die das Problem sofort lösen oder die eine Lösung für die allernächste Zeit in Aussicht stellen. Nein, was hier geschehen ist, würde ich so beurteilen: Wir alle wissen, daß wir hier einen langen Weg vor uns haben, und das Symposium hat erste Markierungspunkte für die Richtung gesetzt, in die hier gegangen werden sollte.

Wie meine verehrte Vorrednerin möchte ich besonders den Aspekt der **strafrechtlichen Harmonisierung** hervorheben. Wir haben uns ja in dieser Versammlung — meine Vorrednerin hat dies zu meiner Freude auch erwähnt — dafür entschieden, daß hinsichtlich des Strafrechts bei der Harmonisierung in den Mitgliedstaaten drei Bereiche Vorrang haben sollen, nämlich das Verkehrsstrafrecht, das Umweltschutzstrafrecht und last not least das Strafrecht auf dem Gebiet der Drogenabhängigkeit. Ich bin sehr froh darüber, daß eine entsprechende Empfehlung sowohl in den **Empfehlungen des interdisziplinären Symposions** als auch in diesem Bericht enthalten ist. Die Empfehlung ist im interdisziplinären Symposium nicht einfach zustande gekommen. Hier ging es ein wenig nach dem französischen Sprichwort „Les extrêmes se touchent“, d. h. diejenigen, die für eine sehr weitmaschige und liberale Strafgesetzgebung auf diesem Gebiet waren, waren

hinsichtlich der Harmonisierung ebenso skeptisch wie diejenigen, die für eine sehr, sehr strenge Strafgesetzgebung waren.

Ich glaube, meine verehrten Kollegen, wir müssen auf diesem Gebiet in unseren Mitgliedsländern alle dafür sorgen, daß Positionen, die im Strafrecht und im Recht auf diesem Gebiet überhaupt zu sehr eine nationale Eigenart betonen, zugunsten einer Harmonisierung abgebaut werden. Zumindest muß erreicht werden, daß die extremen Positionen, die ich soeben geschildert habe, abgebaut werden.

Herr Präsident, wir werden in absehbarer Zeit nicht zu einer vollen Harmonisierung kommen. Dazu sind die Ausgangspunkte zu verschieden. Ich will die Länder, die sich mit dieser Frage befassen, nicht in einzelnen nennen. Wir müssen hier etwas näher aneinanderrücken, damit in den einzelnen Ländern nicht völlig unterschiedliche Verhältnisse herrschen. Das wäre angesichts der Mobilität der Gesellschaft in Europa nicht tragbar. Das, glaube ich, ist wichtig.

Wichtig ist auch die **Intensivierung des Informationsaustausches**, die hier vorgeschlagen wird. Darüber haben wir ja auch 1970 schon gesprochen. Besonders möchte ich den Vorschlag in den Empfehlungen des Symposions unterstreichen, die Terminologie auf diesem Gebiet zu vereinheitlichen. Informationen kann man nämlich nur dann wirklich mit Gewinn austauschen, und Statistiken kann man nur dann miteinander vergleichen, wenn eine möglichst **einheitliche Terminologie** zugrunde liegt. Sonst sind die Informationswerte nicht vergleichbar.

Zum dritten bin ich besonders erfreut darüber, daß der Rechtsausschuß, dem ich angehöre, in seiner Empfehlung den Konventionen, die beschleunigt in Kraft gesetzt, d. h. unterzeichnet und von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden sollten, die **Konvention über die Geltung von Strafurteilen** hinzugefügt hat. Ich freue mich, daß sich die Frau Berichterstatterin damit einverstanden erklärt hat. Denn, meine Damen und Herren, wenn es ein Gebiet gibt, auf dem Resozialisierung und vernünftige Behandlung von Gefangenen in einem fremden Land, nicht in deren Heimatland, völlig widersinnig ist, dann ist es gerade das der Rauschgifttäter. Ich denke jetzt weniger an die großen Händler als vielmehr an jene, die kleine Händler waren und selbst süchtig sind. Wir kennen alle die tragischen Fälle, die durch die Presse gegangen sind. Wir sollten durch die Inkraftsetzung der Konvention über die Geltung von Strafurteilen dafür sorgen, daß sobald wie möglich ein Austausch solcher Gefangener zur Strafverbüßung in deren Heimatland möglich wird.

Eine letzte Bemerkung, Herr Präsident. Ich möchte den Bericht, den wir hier diskutieren, zum Anlaß nehmen, die Frage der **Zuständigkeitsabgrenzung zwischen den europäischen Institutionen** hier noch einmal aufzuwerfen. Auch die Frau Berichterstatterin hat diese Frage angesprochen. Lassen Sie mich das an einer kleinen Erzählung deutlich machen. Wir

haben dieses Thema im Rechtsausschuß zu Anfang dieses Monats in Rom ebenfalls behandelt, und als ich anlässlich dieses Besuchs in Rom zu dem Botschafter meines Landes kam, sagte er: „Ach, Sie sind sicher zu dieser Konferenz der Zehn hier.“ Ich fragte: „Welche Konferenz der Zehn?“, und ich erfuhr dann in Rom vom Botschafter meines Landes, daß dieses Pompidou-Komitee unter Teilnahme des Bundesinnenministers Genscher und anderer sehr wichtiger Experten und Politiker gleichzeitig tagte. Herr Präsident, wir müssen hier zu einer Abgrenzung kommen. Die im Pompidou-Komitee vertretenen Länder sind noch nicht einmal mit den Mitgliedern der Gemeinschaft identisch. Ich will hier nichts gegen die durchaus zu bejahenden Intentionen sagen, von denen es ausgeht. Aber es geht nicht an, daß der „double emploi“ auf einem so wichtigen Gebiet mit so dringenden und so tragischen Problemen weitergeführt wird. Man kann beinahe von einem dreifachen Nebeneinanderherarbeiten reden. Ich meine damit nicht, daß eine bestimmte Frage unbedingt der einen oder der anderen Institution zugeteilt, daß also beispielsweise die Rauschgiftbekämpfung nur der EWG oder dem Europarat übertragen werden sollte. Vielmehr hielte ich es für durchaus denkbar, daß bestimmte Teile eines Problems in der einen Institution und andere Teile sinnvollerweise in einer anderen behandelt würden. Ich hoffe, daß zumindest die Europäische Justizministerkonferenz, die im nächsten Sommer in Stockholm stattfinden wird, einen Schritt weiterführen wird. Ich möchte aber alle Kollegen bitten, daß sie sich gerade angesichts dieses Beispiels in dieser wichtigen Frage dafür einsetzen, daß die Zuständigkeitsabgrenzung sobald wie möglich erfolgt. (Beifall)

Freitag, 20. Oktober 1972

Tag es ordnungspunkt:

Kulturpolitik in Europa

(Drucksache 3185)

Berichterstatter: Herr Kahn-Ackermann

Kahn-Ackermann (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entwicklung unseres kulturellen Lebens und die diese Entwicklung begleitende Erziehung sind nicht nur einer der wichtigsten Bestandteile des Programms dieser Versammlung und des Europarats; die Fragen der Kultur in der demokratischen Gesellschaft sind Lebensfragen für die Parlamentarier unserer Beratenden Versammlung. In dem aus der Vielfalt unseres kulturellen Erbes geborenen Geist der Toleranz und der Kollegialität sind sie stets aufs neue zu prüfen, und wir müssen dafür sorgen, daß **Kultur**,

Umwelt und Lebensqualität einen möglichst harmonischen und unserer sozialen Verantwortung gerecht werdenden gemeinsamen Nenner finden. Dies gehört zu unseren elementaren Aufgaben in dieser Versammlung. Dies ist unsere Aufgabe in den vergangenen 20 Jahren gewesen, dies ist unsere Aufgabe in dieser Stunde, und dies ist neben der Erhaltung des Friedens auch unsere wichtigste Zukunftsaufgabe.

Angesichts der Turbulenzen, die unseren europäischen Alltag bewegen, vergessen wir zu oft, uns an jenen Gedanken zu orientieren, die uns immer häufiger zwingen, in der Wohlstandsgesellschaft die Frage nach dem Sinn des Daseins und auch nach dem von unserer persönlichen Eitelkeit befreiten Wert unseres politischen Wirkens zu stellen. Wir lesen zuwenig Albert Camus oder andere Denker seinesgleichen. Ein Deutscher, der dem Franzosen Camus sehr ähnlich empfindet, wenn es um die Darstellung der Würde des Menschen und der Qualität des Lebens geht, Heinrich Böll, hat dieser Tage den Nobelpreis für Literatur erhalten.

Straßburg ist ein guter Ort für alle, die nachdenken wollen, und der Europarat ist nach wie vor das menschlichste der politischen Foren, die wir in Europa haben. Überdies ist die **Beratende Versammlung des Europarates** die einzige Versammlung, in der wir sichtbar machen können, daß es nach wie vor ein **fruchtbares Spannungsverhältnis zwischen Geist und Politik** gibt. An dieser Aufgabe der Versammlung sollten wir unter allen Umständen festhalten. Wenn wir sie mit Hingabe wahrnehmen, wird man im kommenden Jahrzehnt in Brüssel mit ein wenig Neid nach Straßburg blicken können. Aber ob es so sein wird, liegt an uns selbst.

Es wird auch an uns liegen, ob das neue Fundament, das am heutige Tage in Paris gelegt wird, die Erwartungen erfüllt, die die Menschen in Europa darauf setzen. Sie werden dieses Europa nur akzeptieren, wenn es die Qualität ihres Daseins verbessert, nicht aber, wenn die Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit dazu beiträgt, den Inhalt unseres Lebens weiter zu veröden.

Die Regierungschefs der Neun und mit ihnen die Regierungschefs der Siebzehn trifft daher eine große Verantwortung, eine **Verantwortung**, die **im Bereich der Kulturpolitik** liegt und die ureigenste und künftig die wichtigste Aufgabe des Europarats sein wird, wenn es gelingt, die vergrößerte Gemeinschaft mit politischem Leben zu erfüllen.

Ich möchte mit dieser Feststellung keineswegs die Bedeutung anderer Bereiche des Europarats und auch nicht die Bedeutung der Arbeit mindern, die viele Kollegen mit Hingabe leisten. Aber diese Priorität muß man sehen, und man muß Konsequenzen aus ihr ziehen. Wir verkörpern einen Bund freier Nationen mit demokratisch-parlamentarischer Ordnung. Die geistige Freiheit unserer pluralistischen Gesellschaft, ihre Vielfalt, das Recht unserer Minderheiten, sich kritisch darzustellen, der ideologiefreudliche Grundcharakter der wirklichen demo-

kratischen Gesellschaft, die Freiheit, Tabus, wenn auch oft mit Mühe und nach langer Zeit, zu beseitigen, dies alles räumt uns eine führende Stellung unter allen anderen Gesellschaftsordnungen ein. Es ist das begehrteste Gut für Millionen von Menschen außerhalb unserer Ordnung und zugleich die von allen autoritären und einseitig ideologisch bestimmten Regimen gefürchtetste Waffe.

Diese Wirklichkeit sollte in Straßburg nicht im verborgenen blühen. Ich will die Diskussion über das, was der Rat für kulturelle Zusammenarbeit sein könne und sein sollte, hier in diesem Augenblick nicht wieder aufnehmen. Das müssen wir aber in Zukunft weiterverfolgen. Unsere Regierungen täten sich jedoch heute hinsichtlich einer gemeinsamen Haltung auf der vor uns liegenden europäischen Sicherheitskonferenz, soweit es sich um die dort zu erörternden Grundsätze künftiger kultureller Zusammenarbeit handelt, leichter, wenn sie den wiederholten Empfehlungen unserer Versammlung hinsichtlich der Erweiterung der Aufgaben des CCC und der Institutionalisierung einer Erziehungsminister- und einer Kulturministerkonferenz unserer Mitgliedstaaten gefolgt wären. Aber wie dem auch sei, wir dürfen von diesen soeben genannten Forderungen nicht ablassen.

Der Bericht, den ich Ihnen vorzulegen die Ehre habe, handelt von den soeben erwähnten Fragen. Auf Einladung der **UNESCO** haben in diesem Sommer **31 Regierungsdelegationen** aus Ost und West über Kulturpolitik, die **Rolle der Kultur in der Gesellschaft**, die Rolle der Kultur für die Bewahrung und Festigung des Friedens sowie die Rolle der Kultur als Mittel zum besseren Verständnis der Menschen untereinander diskutiert. Manches Diskussionsergebnis und manches Diskussionsthema sind uns im Europarat längst vertraut. Seit Jahren sprechen wir darüber, und über das meiste sind wir uns einig. Vieles, was in **Helsinki** als Ziel anvisiert wurde, ist uns im freien Westeuropa selbstverständlich. Aber hüten wir uns vor Überheblichkeit. Vieles liegt auch bei uns im argen. Unsere Gesellschaft partizipiert bei weitem nicht so demokratisch am künstlerischen und kulturellen Leben, wie sie das postuliert. Der größte Wert der Helsinki-Konferenz bestand darin, daß 31 Regierungen, 31 Bürokratien nach langer Zeit wieder einmal nachdrücklich und mit großem Ernst über die Rolle der Kultur in unserer Gesellschaft nachgedacht haben. Die Dokumentation, die übrigens die französische Regierung anlässlich dieser Konferenz vorgelegt hat, ist beispielhaft und lesenswert. Sie gehört zu dem bemerkenswerten Gedruckten, liebe Kolleginnen und Kollegen in dieser Versammlung, das Sie alle im Jahr des Buches lesen sollten.

Ich hoffe — ich darf hier eine Nebenbemerkung machen; sie ist an den Herrn Generalsekretär gerichtet —, daß der Europarat eines Tages so weit kommt, daß er den Mitgliedern der Beratenden Versammlung drei- oder viermal im Jahr eine **Liste von zehn Büchern** zuschickt, die ein **Politiker in Europa** lesen sollte oder müßte. Ich bezweifle nicht, daß der Herr Generalsekretär für diese Aufgabe aus seinem reichen Assortiment von Hilfskräften ein kleines effizientes Team zusammenstellen kann.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Überlegungen unserer Regierungen zurückkommen, auf jene Überlegungen, die das fortführen sollen, was wir hier im Rahmen des Europarats seit zwanzig Jahren versucht haben, nämlich die gemeinschaftlichen Wurzeln unseres kulturellen Wirkens aufeinander zuwachsen zu lassen und uns trotz aller Eigenart und aller Vielfalt, die wir bewahren wollen, gegenüber einer anderen Welt, die einen anderen Charakter hat als die unsere, zu behaupten. Dies ist eine ständige Aufgabe, die mit der allgemeinen Politik in Europa in Übereinstimmung gebracht werden muß und bei der wir in der Verfolgung unserer Ziele nie nachlassen dürfen.

Diese Versammlung und insbesondere ihr Ausschuß für Erziehung hat dies in den vergangenen Jahren mit besonderem Nachdruck getan. Ich bin dem gegenwärtigen Präsidenten dieses Ausschusses besonders dankbar dafür, daß er das in erziehungspolitischer Hinsicht so nachdrücklich und mit so viel Verständnis für die Verschiedenheiten in unseren Ländern getan und dabei das notwendige Ziel, in unserer gegenwärtigen kulturellen Lage die Freiheit in unserer Gesellschaft zu bewahren, das Essentielle und dasjenige, was reformiert werden muß, nicht aus dem Auge verloren hat. Wenn wir uns überlegen, welchen Beitrag wir auf der künftigen Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit leisten müssen, müssen wir automatisch bedauern — ich betone das noch einmal —, daß unsere Mitgliedregierungen diese Frage nicht im Rat für kulturelle Zusammenarbeit haben erörtern lassen, der ein ganz besonderer Platz gewesen wäre, um die uns in diesem Zusammenhang bewegenden Fragen der Rechte und der Grundrechte der Menschen auf einer solchen Konferenz zu artikulieren. Ich hoffe, Herr Präsident, daß dies noch geschehen kann und geschehen wird und daß diese Versammlung den Empfehlungen in meinem Bericht folgen und den Ministerrat auffordern wird, dies nachzuholen.

Die Helsinki-Konferenz hat der Rolle der **Massenmedien** in Europa einen breiten Raum gewidmet. Ich darf hier nur darauf hinweisen, daß Sie selbst, Herr Präsident, als Mitglied der Kommission, für die jetzt zu sprechen ich die Ehre habe, einen bedeutsamen Beitrag geliefert haben, indem Sie mit Nachdruck auf die Schaffung einer europäischen Tele-Universität hingewirkt und in manchen anderen Beiträgen — wie auch andere Mitglieder dieser Versammlung — auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, daß die Kultur, die wir mit den Massenmedien verbreiten, nur dann fruchtbar werden kann, wenn sie von einer Erziehung zur kritischen Betrachtung dessen, was am Bildschirm dargeboten wird, begleitet ist. Davon sehen wir noch nicht allzuviel. Dies ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck weiter verfolgen müssen und die insbesondere eine Aufgabe des gemeinsamen Zusammenwirkens aller im Europarat vereinten Staaten sein wird.

Ein weiterer Punkt, der, wie Sie meinem Bericht entnehmen können, auf dieser Konferenz über kulturelle Zusammenarbeit und Kulturpolitik in Europa eine bedeutsame Rolle gespielt hat, war die Fra-

ge nach der Aufgabe, der Bestimmung und der **Rolle des Künstlers in unserer Gesellschaft**, der Rolle der Kunst in unserer Gesellschaft und — ich darf die Frage erweitern — der **Rolle der Literatur** in unserer Gesellschaft und schlechthin der **Rolle des Intellektuellen** in der Politik des freien Westeuropas. Ich möchte das, was hierzu zu sagen wäre, jetzt nicht vorwegnehmen. In der Empfehlung dieses Berichts wird angeregt — ich hoffe, Sie werden dem zustimmen —, daß der Europarat ein Symposium veranstaltet, in dem bedeutende Zeitgenossen einen Beitrag zur Rolle des Künstlers und des Autors in unserer Gesellschaft liefern sollen. Es ist notwendig, daß wir diesen Schritt bald tun, da auch die UNESCO beabsichtigt, in absehbarer Zeit ein solches Symposium zu organisieren.

Ich halte es für notwendig und für wertvoll, daß sich die Regierungen und die Parlamentarier des freien demokratischen Europas angesichts der sehr verschiedenen Gesellschaftsordnungen, die dem Künstler, wenn auch eine nicht unterschiedliche Bedeutung, so doch eine unterschiedliche Aufgabe in der Gesellschaft zuordnen, darüber klarwerden, was Kunst und Kultur in einer freien, pluralistischen, demokratischen Gesellschaft bedeuten. Das muß geschehen, bevor wir uns in diesen Dialog begeben. Das ist eine genuine Aufgabe des Europarats. Ich hoffe, Herr Präsident, daß alle Anwesenden, die hier politisch zusammenwirken, sich nachdrücklich und mit innerer Anteilnahme an der Lösung dieser Aufgabe beteiligen werden.

Die Kommission für Kultur und Erziehung wird der Versammlung überdies im kommenden Jahr einen Bericht über einen wichtigen Teilaspekt vorlegen, nämlich über die **Lage der Autoren und der Verleger im freien Europa** und zugleich über die Situation des geistigen Eigentums in der freien Welt. Auch dies — ich wiederhole es — ist ein bedeutsamer Teilaspekt der ganzen Diskussion und wird erheblich dazu beitragen, daß die Bedeutung des Europarats schlechthin in dem künftig neugeordneten Europa gewürdigt wird und daß die besondere Aufgabe, die wir jetzt übernehmen müssen, klar und deutlich zum Ausdruck kommt. Dabei wird uns noch einiges zu untersuchen und zu fördern auferlegt sein. Beispielsweise werden wir in diesem Zusammenhang untersuchen müssen, wie es um die **Kunsterziehung im europäischen Schulwesen** steht. Denn wie können wir von Demokratisierung und von einer verstärkten Teilnahme am kulturellen Schaffen, von der Bedeutsamkeit der Kunst für unsere Gesellschaft sprechen, wenn nicht bereits in den Schulen eine ästhetische und in künstlerischer Hinsicht zugleich kritische Erziehung einsetzt und wenn nicht dieser Aufgabe in etwa die gleiche Bedeutung beigemessen wird wie der Erlernung des Lesens und Schreibens, insbesondere der Erlernung des Lesens, die in einem Europa, in dem die Massenmedien und das Fernsehen eine immer größere Bedeutung erhalten, eine ganz besondere Rolle spielt! Vergessen Sie nicht, daß das gedruckte Wort nach wie vor das Fundament für alle unsere kulturellen Äußerungen im geistig-philosophischen und politischen Raum ist! Vergessen Sie nicht, daß

das gedruckte oder geschriebene Wort in jenem Teil Europas, in dem die Rolle von Kultur und Kunst ideologisch bestimmt ist und wo man andere Auffassungen von der geistigen Freiheit des Künstlers und des Autors hat als wir, die einzige scharfe Waffe ist, die greift, die wirkt und in der Gegenwart fortwirkt, um den hohen Wert der kulturellen Grundlagen, die wir im freien Europa zu behaupten haben, auch dort allen Menschen begehrenswert zu machen.

Dies weiter zu verfolgen und weiter zu stärken ist ein weites Arbeitsfeld für diese Versammlung. Auf der letzten UNESCO-Konferenz in Helsinki hat sich in der Tat gezeigt, daß es nach wie vor gemeinsame Grundlagen der europäischen Kultur gibt, daß diese gemeinsamen Grundlagen auch nicht durch ideologische Systeme vernichtet werden können, daß es zweifellos wert ist, daß wir sie kultivieren und ausbauen, daß wir die Wurzeln des gemeinsamen Verständnisses hier zutage legen und versuchen, auf ihnen gemeinsam etwas wachsen zu lassen. Doch wir müssen danach trachten, daß wir dort keine Kompromisse schließen, wo es um das freiheitliche Fundament unserer Ordnung und die Freiheit des Geistes in unserer Gesellschaft geht.

Unser Europa, das wir hier vertreten, ist seit Jahrhunderten die Werkstatt jener Philosophien und Gedanken gewesen, die die Menschheit verändert haben, es ist aber auch die Werkstatt jener Philosophien und Ideologien gewesen, die heute Teile dieser Welt beherrschen, mit denen wir in Widerstreit stehen. Das dürfen wir auch nicht vergessen. Wir haben aber etwas anderes daraus gemacht, und das ist das Entscheidende. Die Fähigkeit, Gedanken zu adaptieren und ihren Gehalt unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeiten unserer Gesellschaft zu untersuchen, und das, was in unserer Gesellschaft an Reformen getan werden muß, sichtbar zu machen, ist eben das Bedeutsame unseres Systems und muß unter allen Umständen verteidigt und erhalten sowie gegenüber anderen sichtbar gemacht werden.

Herr Präsident, dies ist im Grunde das, was dieser Bericht mitteilt, und es ist im Grunde das, was sich in dieser hochinteressanten und vielfältigen Diskussion in Helsinki über Kulturpolitik in Europa gezeigt hat. Ich meine, wir haben in dieser Versammlung und in der Organisation des Europarats die Aufgabe, zukünftig auf diesem Gebiet sichtbar zu machen, daß wir für die ganze freie Welt sprechen. Niemand in Europa kann uns diese Aufgabe abnehmen. Wir können das zwar in den nationalen Parlamenten sagen, aber ich glaube, wir können die Gemeinsamkeit dieser Überzeugung nirgendwo so nachdrücklich behaupten und sichtbar machen wie hier an diesem Platz.

Ich wünsche mir, daß die Beratende Versammlung in Ansehung der Bedeutung dieser Arbeit künftig das, was die Kommission für Kultur und Erziehung im Rahmen des Europarats anpackt, würdigt, und ich wünsche mir, daß in einem politisch und wirtschaftlich vergrößerten Europa, in dem auf anderen Gebieten eine kräftigere wirtschaftliche und politische Zu-

sammenarbeit erfolgt, vermieden wird, daß wir nach außen hin nur als ein Bündnis von Pfeffersäcken wirken. Ich wünsche mir vielmehr, daß das, was unser Leben lebenswert macht, in dieser Versammlung Jahr für Jahr zum Ausdruck gebracht und bestätigt wird. Ich glaube, das ist für die Zukunft die primäre Aufgabe dieser Versammlung. (Beifall)

Kahn-Ackermann (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident! Ich bin den beiden Herren außerordentlich dankbar für ihre Beiträge; sie waren beide sehr gewichtig. Herr Karasek hat lange Zeit in seinem Lande die Verantwortung für die zwischenstaatlichen kulturellen Beziehungen getragen. Dewegen hat sein Wort Gewicht. Ich möchte nur auf den Schluß seiner Bemerkungen eingehen, wo er mit Nachdruck gesagt hat, wir dürften nicht auf die Diskussion mit der anderen Seite verzichten. Ich habe einfach aus Zeitgründen etwas nicht getan, was mir sehr am Herzen gelegen hätte: Ich habe nicht dargelegt, was sich an intellektuellen Regungen und Wünschen nach geistiger Freiheit auf der anderen Seite sozusagen unter dem Teppich zeigt. Ich glaube, Herr Präsident, dies sollte auch einmal Teil der Darstellung in einem Bericht unserer Kommission sein, damit wir der europäischen Öffentlichkeit insgesamt einmal ein Bild davon zeichnen, wie sehr man sich in **Polen, Ungarn, in der Sowjetunion** darum bemüht, anknüpfend an alte europäische Traditionen mit der Entwicklung unserer Welt mitzugehen und sozusagen hinter einem Vorhang ein **intellektuelles Leben** zu entwickeln, das der Staat aus ideologischen Gründen in dieser Form nicht dulden kann.

Ich bin Herrn de Montesquiou sehr dankbar, daß er etwas über das **Verhältnis von Staat und Kunst** in unserer freien Gesellschaft gesagt hat. Hier in Straßburg ist vor etwa 15 Jahren ein sehr schönes Buch erschienen: „L'art officiel de la République française“, das von etwa 1850 bis zu Präsident Lebrun reicht. Dieses Horrorbuch, so möchte ich einmal sagen, macht sehr instruktiv deutlich, was passieren kann, wenn man Staatsbeamten das Urteil darüber überläßt, was in der Kunst bleibend und was vergänglich ist, was man anstreben soll und was sich wirklich als künstlerischer Ausdruck einer Zeit bewährt.

Zu unseren parlamentarischen Aufgaben gehört deswegen insbesondere, daß wir darauf achten, daß sich der demokratische Staat und seine Organe auf die Förderung des künstlerischen und kulturellen Lebens beschränken, sich aber nicht zum Richter darüber aufwerfen, was gefördert werden soll und was nicht gefördert werden soll. Dabei müssen die Künstler selbst mitwirken. Dieser Punkt ist auch in Helsinki behandelt worden: bei diesem Prozeß der Förderung müssen wir den Künstlern selbst ein größeres Mitspracherecht einräumen.

Herr Präsident, darauf möchte ich meine Bemerkungen beschränken. Meinen Dank an die beiden Vorredner darf ich wiederholen.

Tag es ordnungspunkt :

Ansprache des Präsidenten der Republik Sénégal, Senghor

Dr. Schulz (CDU/CSU): Herr Präsident, ich darf mich unmittelbar an unseren hohen Gast wenden.

Sie haben, Herr Präsident, mit ihrer hochbedeutenden, bewegenden und sehr prinzipiellen Rede dieser Versammlung eine große Stunde beschert. Dafür möchte auch ich mich sehr herzlich bedanken. Sie sind nicht nur den Politikern, sondern auch den gebildeten Menschen der ganzen Welt — soweit diese Dynastie nicht allmählich ausstirbt; man muß es befürchten — aus der Literatur bekannt. Ihre Bildung, Ihre Herkunft, Ihre Studien, Ihr geistiges und politisches Wirken machen Sie nicht nur zu einem Symbol, sondern zu einem Modell für einen Euroafrikaner. Sie haben hier nicht nur unmittelbar, sondern auch im übertragenen Sinne die für mich nach dem Altgriechischen schönste Sprache Europas gesprochen, und Sie haben sich mit der Offenherzigkeit und Aufrichtigkeit an diese Versammlung gewendet, die die Voraussetzung jedes guten und fruchtbaren Gesprächs ist. Gestatten Sie mir, Herr Präsident, daß ich mit der gleichen Aufrichtigkeit und Offenherzigkeit zu Ihnen spreche.

Ich möchte in meiner Frage nicht auf gewisse Ereignisse der letzten Jahre und der letzten Zeit eingehen, die Ihrer Behauptung, eine der hervorragendsten Tugenden des Afrikanismus sei die Menschlichkeit, mindestens in dieser etwas verallgemeinernden Form zu widersprechen scheinen. Ich möchte auch nicht das noch so wichtige Problem des Austausches von Gütern und Produkten behandeln, sondern eine Frage an Sie stellen, die mich seit vielen Jahren bewegt und auf die ich gerne eine Antwort aus berufenem Munde hätte.

Was kann getan werden, was kann nach Ihrer Auffassung der Europarat für einen Beitrag leisten, und kann er überhaupt einen Beitrag leisten, um in den **afrikanischen Staaten**, die ja in der modernen Zeit fast alle noch eine sehr junge Geschichte haben, eine **Atmosphäre des Pluralismus** zu verbreiten und zu vertiefen? Ich meine damit nicht nur den politischen, gesellschaftlichen und auch, wohl gemerkt, ethnologischen Pluralismus, sondern vor allem jenen geistigen und moralischen Pluralismus, der nun einmal überall in der Welt die Voraussetzung für die Entwicklung einer lebensfähigen, stabilen und funktionsfähigen Demokratie ist.

Nach Ansicht von Präsident Senghor kann Europa dazu beitragen, daß die afrikanischen Staaten nicht — als Reaktion auf den Zusammenschluß Europas — in einem „geschlossenen Kreis“ leben werden. Im großen und ganzen seien die Afrikaner sehr aufgeschlossen. Im Senegal gebe es keine Rassen- und Religionsprobleme mehr. Sein Schulwesen biete die Möglichkeit, neben der Nationalsprache eine Vielzahl von Fremdsprachen — Englisch, Deutsch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch und Russisch zu lernen. Auf diese Weise werde versucht, in weitestem Umfang offen für äußere Einflüsse zu sein.

Tagesordnungspunkt:

Denkmalschutz in Europa

(Drucksache 3183)

Berichterstatter: Abgeordneter Sandys

Frau Klee (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer in diesen letzten Monaten miterleben durfte, mit welcher Begeisterung und Hingabe unser hochverehrter Kollege Duncan Sandys die Substanz dieser Debatte vorbereitet hat, ist wirklich sehr traurig darüber, daß er heute nicht unter uns sein kann. Es war Duncan Sandys, der zunächst in seinem eigenen Land darunter litt, wenn wertvolle **historische oder architektonisch schöne Bauten** abgerissen wurden und dem **Straßenverkehr** oder der **Modernisierungssucht** zum Opfer fielen. Als verantwortlicher Minister erreichte Duncan Sandys dann durch seine unerhörte Tatkraft und Phantasie, das Interesse der Öffentlichkeit zu wecken und klarzumachen, was es bedeutet, in der Heimat aus der Kraft der Vergangenheit für die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft zu leben.

Es geht bei unseren Bestrebungen darum — Kollege Piket hat das soeben schon ausgeführt —, die Umwelt nicht zu einem Museum werden zu lassen, sondern im Gegenteil dafür zu sorgen, daß das wertvolle Alte organisch in das Neue eingegliedert wird, daß in der Neuplanung das Bestehende respektiert und in richtiger Weise funktionell genutzt wird. Es geht nicht darum, z. B. eine Häuserreihe wiederherzustellen und die Häuser in der Form nutzbar zu machen, wie sie für Menschen früherer Jahrhunderte richtig war. Vielmehr sollen sie „revitalisiert“ werden und auf den Menschen unserer Zeit zugeschnitten sein.

Der Wille dazu kann jedoch nur bestehen, wenn sich die Menschen des Wertes, der Schönheit, der Einzigartigkeit und Unverletzlichkeit des kulturellen Erbes bewußt sind. Darauf müssen sie aber aufmerksam gemacht werden. Es müssen Anreize und Vorbilder geschaffen werden, die niemand übersehen kann. Es ist wirklich außerordentlich dankenswert, daß wir durch die Person von Duncan Sandys die Erfolge seiner zähen Arbeit in Großbritannien auf dem ganzen Kontinent nutzen dürfen.

Es ist in der Tat aber auch der letzte Moment, um etwas Entscheidendes zu tun. Bereits 1970 hatte die Spitzhacke in unseren Ländern mehr zerstört als der gesamte zweite Weltkrieg. Die **Denkmalpfleger** sehen sich überall immer mehr unlösbaren Aufgaben gegenüber. Ich möchte ein Beispiel aus meinem eigenen Land anführen. Nach den Vorschriften des im vergangenen Jahr verabschiedeten Städtebauförderungsgesetzes müssen bei der vorbereitenden Planung von Altstadtsanierungen die Denkmalpfleger eingeschaltet werden. Das klingt sehr schön; aber wie ist es in Wirklichkeit? Da die meisten Städte jetzt darangehen, dieses Gesetz auszuwerten und die Sanierung der Altstädte auf schnellste durchzuführen, müssen in kürzester Zeit zahlreiche Gutachten fertiggestellt werden, was in

der Tat nicht möglich ist. Man begegnet diesem Notstand mit improvisierten Maßnahmen. Da die Denkmalschutzbehörde nur als reine Fachinstanz für kunsthistorische Belange angesehen wird, wägen die Gemeinde und der Gemeinderat das Gutachten dann gegen die wirtschaftlichen Interessen ab, die meist mit Vehemenz vorgetragen werden und die eine Gemeindeverwaltung ja nun auch berücksichtigen muß. Man kann es verstehen, daß es z. B. ein Stadtrat vorzieht, eine Bank oder ein großes Kaufhaus im Stadtzentrum bauen zu lassen, das viele Steuern einbringt, statt alte Häuser wieder aufzubauen zu lassen, deren Restaurierung sehr teuer ist und die keine lukrative Nutzung versprechen.

Die Denkmalpflege kann sich in den Gemeinden nur dann durchsetzen, wenn sie mit Entschiedenheit Alternativen anbietet und außerdem Konzepte für die Erhaltung größerer städtebaulicher Zusammenhänge vorlegt. Dafür sind jedoch neue Wert- und Beurteilungskategorien notwendig. Die Zielvorstellungen müssen im einzelnen verdeutlicht, wirtschaftlich im Gesamtrahmen tragbar und vom künstlerischen Standpunkt her lohnend sein.

Über die wissenschaftliche Begründung der Schutzforderungen hinaus müssen Konzepte für die **funktionelle Eingliederung der erhaltenen städtebaulichen „Sachgesamtheiten“** vorgelegt werden. Nur wenn Vorstellungen dafür bestehen, wie ein restaurierter Stadtteil oder auch nur ein architektonisch wertvoller restaurierter Wohnblock in das Alltagsleben einbezogen werden kann, wie es mit der Verkehrserschließung, der Nutzung und der Anbindung von Neubaugebieten steht, läßt sich eine solche Restaurierung durchsetzen.

Die Denkmalpflege muß aus ihrer Abwehrstellung herauskommen, in der sie sich nur allzu leicht befindet, wenn sie ihre unbequemen kostspieligen Forderungen ausschließlich mit dem Kulturwert der historischen Architektur gegen die einseitigen Zielvorstellungen der Wirtschafts- und Verkehrsplaner verteidigt. Sie muß ihre Chance, zur Verbesserung der Lebensbedingungen beizutragen, erkennen und in aller Deutlichkeit bewußtmachen. Dann kann es nämlich gelingen, die gerade jetzt bestehenden Möglichkeiten zu nutzen. Raumordnung, Städteplanung, Städtebauförderungsgesetz und Denkmalpflege können nicht isoliert betrachtet werden. Gemeinden, Stadträte, Planungsgemeinschaften und der Denkmalschutz müssen aufeinander abgestimmt werden. Die Ergebnisse könnten so positiv sein, daß sie alle Erwartungen bei weitem übertreffen. Das jedoch ist nur möglich, wenn das Bewußtsein unserer Völker für ihre Kunst und Geschichte vorhanden ist.

Ähnlich wie das ungewöhnlich erfolgreiche Naturschutzjahr 1970 die Öffentlichkeit auf die Umweltverschmutzung und die Rettung der natürlichen Lebensbedingungen aufmerksam machte, soll nun das von Duncan Sandys vorgeschlagene und in Vorbereitung befindliche **Denkmalpflegejahr 1975** das Bewußtsein dafür wecken, das historische und künstlerische Erbe zu retten und in unsere Gegenwart hineinzubringen. Damit dient es der Verbesserung der Lebensqualität für die Menschen im freien

Europa. Es zeigt deutlich das Fundament, auf dem wir stehen, es gibt Maßstab, Richtung und Ziel für das eigene Handeln.

1975 kann aber nur erfolgreich sein, wenn alle Instanzen, die dafür verantwortlich sind, auch zusammenarbeiten. Wir brauchen die Kooperation mit UNESCO, ICOMOS, der Europäischen Gemeinschaft und dem Europäischen Gemeinde- und Städtetag. Deshalb begrüße ich es sehr, daß der Herr Generalsekretär sofort Kontakt zu unseren Außenministern aufgenommen hat, als er hörte, daß bei der Generalversammlung der UNESCO Bulgarien, die Ukraine und Bjelorußland Entschlüsse vorlegten, das Jahr 1975 zum „Jahr des kulturellen Fortschritts“ zu erklären, also ein völlig anderes Programm vorschlugen. Ich möchte ihm für seine Intervention danken und sie aufs wärmste unterstützen.

Zu meiner großen Freude, Sir John, kann ich noch eine gute Nachricht aus meinem Lande geben. Wie mir der Außenminister vor wenigen Tagen mitteilte, ist auch unser Nationalkomitee gebildet worden, und die Mitglieder, die für die Informationskampagne notwendig sind, stehen so bald wie nur möglich zur Verfügung.

Ich möchte meine Rede mit dem Appell schließen, doch alles zu tun, was nur irgend möglich ist, um dem geplanten Denkmalschutzjahr zum Erfolg zu verhelfen und damit die Schönheit unserer Städte und den individuellen Charakter unserer Heimat auch im Massenzeitalter, im Zeitalter der allgemeinen Nivellierung zu erhalten und dadurch das Leben in Europa lebenswert zu machen. (Beifall)

Tagesordnungspunkt:

Tendenzen und Perspektiven der Hochschulreform im Hinblick auf eine dauernde Fortbildung

(Drucksache 3187)

Berichterstatter: Abgeordneter Capelle

Frau Klee (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer das Entstehen dieses Berichts im Kulturausschuß des Europarates, vor allem aber bei dem Kolloquium in Wien miterleben durfte, ist sehr dankbar dafür. Wir waren Zeugen davon, wie Sie, Herr Recteur Capelle, Ihre profunde Sachkenntnis und Lebenserfahrung einbrachten, die sich nicht nur auf Ihr Land beziehen, das für uns alle Vorbild für Bildung und Ausbildung ist, sondern auf Erlebnisse in aller Welt, wo Sie mitwirkten, die **Bildungssysteme** zu modernisieren, bzw. ihren Aufbau inspirierten. Dadurch ist die seltene Synthese gelungen, daß in Ihrem Bericht das für immer Gültige herausgestellt wird, ebenso stark jedoch auch das, was den heutigen Bedürfnissen angepaßt werden muß.

Als ständige europäische Delegierte des CECIF, des europäischen Frauenrats, dem Frauenverbände aus allen Mitgliedstaaten des Europarats angehö-

ren, möchte ich Ihnen dafür danken. Ich werde im folgenden auch die Wünsche und Anregungen der Frauenverbände, insbesondere des Europaausschusses des Deutschen Frauenrings, zum Ausdruck bringen.

Sie sagen: „le diplome ne sera plus un titre de rente perpétuelle mais un tremplin pour le départ ...“ Hiermit stellen Sie sehr plastisch heraus, daß das **Diplom** nicht das Ende, sondern der Start sein muß. Junge Menschen sollen also viel früher in das verantwortliche **Berufsleben** eintreten, weil sie sich fortbilden können und nicht bis zur Pensionierung nur aus einer einzigen Ausbildung zehren müssen. Da die Persönlichkeitsbildung des Menschen normalerweise mit 30 Jahren abgeschlossen ist, die beste Erziehung jedoch durch eigene Verantwortung erfolgt, wäre es bedauerlich, wenn der Eintritt in das Berufsleben sich allzusehr verzögert.

Ihre These scheint mir besonders für die **Frauen** bedeutsam zu sein. Viele scheuten vor **qualifizierten Ausbildungen** zurück, weil eine bevorstehende Ehe die Berufsaussichten stets mehr oder minder schwinden ließ. Unter dieser Perspektive waren aber die Anforderungen eines schwierigen Examins einfach zu hoch und anstrengend. So beschränkten sich die jungen Frauen meistens auf kürzere, einfachere Ausbildungen, die ihnen jedoch später nach einer langen Unterbrechung nur noch wenig Nutzen bringen konnten. Gerade in unserer Zeit, wo sich auf allen Gebieten unerhörte Wandlungen vollzogen haben, sind selbst unter großen Anstrengungen erworbene Diplome nur noch bedingt wertvoll. Sie müssen ständig mit neuem Wissen und Können ausgefüllt werden und dürfen nicht zu einem vergilbten Stück Papier im Familienarchiv werden. Wir erleben es immer wieder, daß ehemalige Studentinnen oder Akademikerinnen, wenn sie die Rolle als Frau und Mutter ausfüllen sollen, nicht glücklich sind. Sie fühlen sich nicht ausgelastet, weil ihnen die Arbeit, die sie liebten, fehlt, weil sie die geistige Herausforderung im Alltagsleben vermissen.

Dieses Gefühl des Frustriertseins wirkt sich fatal aus. Die täglichen Pflichten werden kaum noch bewältigt; die einmal erworbenen Kenntnisse gehen verloren. Sollte die Frau aus irgendwelchen Gründen später einmal verpflichtet sein, wieder in das Arbeitsleben zurückzukehren, so findet sie kaum einen Wiederbeginn, der ihren eigentlichen Fähigkeiten und Neigungen entspricht.

Deshalb ist das **Angebot lebenslangen Lernens für Frauen** so überaus wichtig. Sie können leicht neben ihrem Haushalt und ihrer Familie Fernlehre, Telekollegs, Volkshochschulen usw. besuchen bzw. in ihrer eigenen Häuslichkeit daran teilnehmen. Dies kann bereits eine große Hilfe für den Alltag bedeuten, neue Lebensgeister wecken, zu neuem Selbstbewußtsein führen und schließlich in der Not entscheidende Hilfe bedeuten. Deshalb möchte ich fordern, daß in unseren Ländern ein möglichst breites Angebot von wissenschaftlichen Fortbildungseinrichtungen gegeben wird. Ich hoffe vor allem auf die Verstärkung des Lehrangebots über **Fernsehen und Funk**, weil dies für zahlreiche

Frauen von geradezu unerhörtem Wert ist, da sie es von zu Hause aus unmittelbar benutzen können.

Auch ich darf in diesem Zusammenhang — ebenso wie es vorhin Frau Minister Firnberg getan hat — auf die vom Herrn Präsidenten Vedovato vorgeschlagene europäische **Fernsehuniversität** hinweisen. Wir freuen uns, daß von seiten des Ministerkomitees und des CCC unseren Wünschen nachgegangen worden ist. Ich möchte jedoch noch einmal ganz deutlich machen, daß die Gründung dieser Fernsehuniversität in Florenz der einstimmige Wunsch dieses Hohen Hauses ist und daß wir unter allen Umständen fordern, daß sie so bald wie nur irgend möglich verwirklicht wird.

Ein großes Bildungsangebot allein jedoch nützt nichts, wenn nicht darauf hingewiesen wird, wie es zu nutzen ist. Deshalb sollte in unseren Ländern der Beratungsdienst für das lebenslange Lernen, wo auch immer, verstärkt werden.

Besonders wichtig wäre zunächst, eine sehr klare **Übersicht über das vorhandene Angebot** zusammenzustellen, um dadurch dem einzelnen die Möglichkeit zu geben, festzustellen, was für ihn interessant ist und welches Ziel er überhaupt anstreben will. Wir sollten eine Synopse dieser nationalen Übersichten für ganz Europa zusammentragen — vielleicht dabei auch noch die Erfahrungen außer-europäischer Länder, wie z. B. der USA, heranziehen, die auf diesem Sektor bereits wesentlich erfahrener sind als wir. Auf diese Weise könnten wir Anregungen von einem Land zum anderen weitergeben zum Nutzen des einzelnen Menschen, der Sinn und Ziel unserer politischen Arbeit überhaupt ist. (Beifall)

Tagesordnungspunkt:

**Entwurf einer europäischen Charta:
Sport für alle**

(Drucksache 3186)

Berichtersteller: Herr Dr. Müller (München)

Dr. Müller (München) (CDU/CSU), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Entwicklung unserer modernen Industriegesellschaft** hat u. a. dazu geführt, daß die Chancen, die natürlichen menschlichen Anlagen und den menschlichen Körper zu nutzen, ständig reduziert werden. Die Folge davon ist, daß bei den Bürgern **Schäden psychischer und körperlicher Art** eintreten, daß — wenn man einen sportlichen Ausdruck verwenden will — ihre Kondition leidet. Wie sehr das selbst für Parlamentarier zutrifft, können wir daran erkennen, daß wir uns hier zu dieser späten Stunde nur in so kleiner Zahl treffen. Offensichtlich treten auch hier bereits Konditionsschwächen auf.

Die Auseinandersetzung mit der Natur, die den Menschen früher herausforderte und ihm die Chance gab, seine körperlichen Fähigkeiten zu entwickeln, wurde zurückgedrängt. Auch die Untersuchungen, die heute über den Gesundheitszustand

der Bürger in den Industriegesellschaften durchgeführt werden, erweisen, daß unter den Krankheiten, die den Menschen treffen, nicht mehr die Infektionskrankheiten an erster Stelle stehen, sondern die **Zivilisationskrankheiten**, die durch mangelnde körperliche Betätigung und durch besondere Umwelteinflüsse der Industriegesellschaft bedingt sind.

Wir erleben eine Entfremdung des Menschen von seiner Umwelt. Schon Karl Marx hat einmal in einem anderen Zusammenhang davon gesprochen, daß der Mensch als solcher seiner ursprünglichen Umwelt entfremdet wird.

Die **Suchtgefahren**, die in der heutigen Industriegesellschaft nicht nur bei der jüngeren Generation, sondern bei den Bürgern überhaupt eine Rolle spielen, führen zu weiteren neuen Schwierigkeiten. Ich denke dabei nicht in erster Linie an die Haupt-suchtgefahr, die heute die Politik und die Gesundheitsfürsorge beschäftigt, die Gefahr der Rauschgiftsucht, sondern an die „normalen“ Suchtgefahren, also an den Mißbrauch von Nikotin und Alkohol, aber auch an die Erscheinungen, die man heute modern mit „**Stress**“ bezeichnet.

Der Mensch wird heute jedoch nicht nur körperlich herausgefordert, sondern ich glaube, er ist in der modernen Industriegesellschaft auch psychisch wesentlich anderen Umständen ausgesetzt als früher. Die Verhaltensforschung hat festgestellt, daß sich der beim Menschen vorhandene — sich oft bedauerlich auswirkende — **Aggressionstrieb** in der modernen Industriegesellschaft nicht ausleben kann. Auch hier müssen Überlegungen angestellt werden, inwieweit dem Menschen geholfen werden kann, inwieweit z. B. Aggressionsgelüste kanalisiert werden können.

Diese Fragen spielen auch bei den Erörterungen über die Kriminalität, vor allem die **Kriminalität bei Heranwachsenden**, eine Rolle.

Schließlich bringt es die Verstärkung in der modernen Industriegesellschaft mit sich, daß Menschen zunehmend vereinsamen, daß die Möglichkeiten zum Kontakt mit dem Nachbarn, die in einer dörflichen Welt ja viel eher gegeben sind, zurückgehen. Der vorhandene Spieltrieb des Menschen hat weitgehend keine Chance mehr.

Aus diesen Gründen hat man sich nicht nur in Europa mit der Frage beschäftigt, wie man dem Bürger über eine breite Sportbewegung für alle helfen könnte, sondern man beschäftigt sich mit diesem Problem überall in der Welt. Man hat festgestellt, daß der Sport dazu beitragen kann, Schranken zu überwinden, die von Rassen, von Klassen oder von der Sprache aufgerichtet werden, und daß Sport, richtig verstanden, auch der Einübung demokratischer Verhaltensweisen dienlich sein kann. Diese demokratischen Verhaltensweisen, die Aggressionstrieb kanalisieren und in die richtige Richtung lenken können, sind ja gerade für uns Parlamentarier ein Problem, mit dem wir uns immer wieder auseinandersetzen müssen.

Hinzu kommt, daß gerade in der Industriegesellschaft die Freizeit immer mehr zunimmt, so daß

sich automatisch die Frage stellt: Wie nützen die Bürger diese Freizeit?

Auch das **Gefühl für die Leistung** spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Ein Handwerksmeister in einer mittelalterlichen Zunft oder Gilde konnte selbst ermesen, was er leistete. Ein Arbeiter an einem Fließband hat dagegen kein unmittelbares Empfinden mehr für die Beziehung zwischen dem von ihm hergestellten Produkt und seiner eigenen Tätigkeit. Es besteht die Chance, über den Sport, über die sportliche Betätigung wieder ein eigenes Leistungsgefühl zu bekommen. Denn ganz gleich, ob der Betreffende ein großer oder ein kleiner Sportler ist, ganz gleich, ob er alt oder jung ist, er kann seine eigene Leistung messen und kann sich nach dieser eigenen Leistung beurteilen.

Auf diesen Erwägungen beruht die nunmehr vorliegende **europäische Charta „Sport für alle“**. In ihr sind Vorschläge dafür entwickelt worden, wie die Mitgliedstaaten des Europarates sich intensiver mit diesem Problem beschäftigen können. Zu diesem Zweck hat der Ausschuß für außerschulische Erziehung und kulturelle Entwicklung des Rates für kulturelle Zusammenarbeit beschlossen, einen langfristigen Aktionsplan zu entwerfen, in dem die hier mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit nur roh darzulegenden Grundsätze verwirklicht werden.

Es wäre wünschenswert, daß sich in jedem Mitgliedstaat eine bestimmte Körperschaft — deren Zusammensetzung in den einzelnen Staaten nach unterschiedlichen Gesichtspunkten erfolgen kann — speziell mit diesem Problem des Sports beschäftigt.

Zu dem Begriff „Sport für alle“ darf ich eine Bemerkung machen. Entsprechende Bewegungen gibt es bereits in einigen Mitgliedsländern des Europarates. Sie haben verschiedene Namen, z. B. „Trimm-dich-Bewegung“, „Zweiter Weg zum Sport“. Sinn dieser Bewegungen ist es, neben dem Hochleistungssport, dem ausgesprochenen Aktiven-Sport von meist jungen Menschen eine breite sportliche Betätigung zu entwickeln, die den Menschen wieder zurück zur Bewegung führt, wobei es nicht darum geht, Hochleistungen zu erzielen, sondern darum, den Körper zu beanspruchen.

Wichtig ist, daß mit einer solchen Sportbewegung für alle nicht nur die Menschen angesprochen werden, die als junge Menschen ein besonderes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit ihres Körpers haben, sondern daß man sich mit dieser Sportbewegung für alle gerade auch an die älter gewordenen Menschen wendet, die von Zivilisationskrankheiten bedroht sind.

Diese Sportbewegung soll sich z. B. auch der Menschen annehmen, die behindert sind.

In einigen Ländern haben wir infolge des zweiten Weltkrieges bedauerlicherweise Veteranen, Kriegsschädigte, die einzelne Gliedmaßen verloren haben. Sie sind auf dem Wege über den **Versehrten-sport** wieder zu einem Selbstgefühl gekommen. Auch die Entwicklung der Verkehrsunfallstatistik zeigt, daß in den europäischen Ländern eine Viel-

zahl von Menschen zu finden ist, die als Behinderte, wie wir es nennen, über den Sport wieder zu mehr Selbstvertrauen kommen können.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich nur ein paar Schwerpunkte herausstellen und Sie im übrigen bitten — nicht nur diejenigen, die anwesend sind, sondern auch diejenigen, die aus Konditionsschwäche oder wegen anderer Verpflichtungen bereits wegmußten —, die Einzelheiten nachzulesen.

Ein wichtiger Punkt im Gesamtzusammenhang ist sicher der, daß ein Übergang vom Schulsport, der an unseren europäischen Schulen ein Pflichtfach sein muß, zur **Weiterführung des Sports in den späteren Lebensjahren** da sein muß und daß selbstverständlich — da sind wir gleich bei den Einrichtungen für „Sport für alle“ — die Einrichtungen, die vom Staat oder von anderen öffentlichen Stellen für Sportvereine, aber auch für den Schulsport, ganz gleich, ob an der Grundschule oder an der Universität, geschaffen wurden, auch für den „Sport für alle“ schlechthin zur Verfügung stehen.

Auch dem Abschnitt in der Charta, der sich mit der **Betätigung in der freien Natur** beschäftigt, messe ich große Bedeutung bei. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, „Sport für alle“ zu treiben. „Sport für alle“ kann ein Mannschaftsspiel sein, „Sport für alle“ kann sein, daß man ins Schwimmbad schwimmen geht, „Sport für alle“ kann aber auch die Bergwanderung, die Radtour, die schlichte Wanderung oder die Benutzung eines Paddelbootes auf einem See sein. Hier stoßen wir aber wieder auf die **Probleme der Zivilisation**. Die moderne Industriegesellschaft hat weitgehend die Gefahr heraufbeschworen, daß die Natur zerstört wird. Oft fehlt es auch am Zugang zu den Seen, zu den Naturschönheiten, es fehlt an Wegen. Hier muß eine Verbindung zwischen denen geschaffen werden, die für den **Naturschutz** und den **Umweltschutz** zuständig sind, und denen, die für „Sport für alle“ eintreten. Vor allem in jenen Ländern, die in der Alpenregion liegen, gibt es Einrichtungen in unserem Sinne. Ich denke an Österreich, die Schweiz, Italien, aber auch die Bundesrepublik Deutschland, wo von privaten Vereinen, etwa dem Alpenverein, Wege geschaffen und Hütten gebaut sowie Sicherheitsvorkehrungen für den Fall getroffen werden, wenn ein Wetterumschwung einzutreten droht. Sie schaffen auch alpine Rettungsmöglichkeiten. Diese Leistungen, die in der Vergangenheit von **privaten Vereinen** erbracht worden sind, reichen heute nicht mehr aus, um in einem breiten Maße die Betätigung der Bürger auf diesem Sektor zu ermöglichen. Das heißt also auch — das steht ebenfalls in dieser Charta —, daß sich der **Staat** und die öffentlichen Einrichtungen finanziell an der Propagierung von „Sport für alle“, aber auch an der Durchführung von „Sport für alle“ überhaupt beteiligen müssen.

Ich muß in diesem Zusammenhang noch einen Gedanken bringen. Wir stellen gerade in dieser Zeit fest, daß die sportliche Betätigung des Menschen in der Freizeit ohne Propagierung zunimmt, daß aber zugleich die Gefahr besteht, daß diese Be-

tätigung des Menschen zu **kommerziellen Zwecken** ausgenutzt wird. Es ist nicht von ungefähr, daß zum Beispiel in meinem Land die **Sportartikelindustrie** mit die größten Gewinn- und Zuwachsraten hat, daß man also bereits beginnt, diesen Drang des Menschen, sich körperlich zu betätigen, auszunutzen. Es ist offenkundig, daß hier manches falsch läuft und manches unternommen wird, was nur scheinbar dem Menschen nützt. Es wird daher notwendig sein, in einer Konvention der europäischen Länder die Frage der Ausbildung von Übungsleitern, von Sportlehrern und Freizeitbetreuern zu klären, sich darüber zu unterhalten, Erfahrungen auszutauschen, praktisch ein neues **Berufsbild eines Freizeitpädagogen** zu entwickeln, der sich mit den anstehenden Problemen auseinandersetzt.

Herr Präsident, ich habe nur die wichtigsten Punkte streifen können, die dieser Entwurf enthält. Die heutige Sitzung ist sicher nicht die letzte Sitzung dieses Hauses, in der wir uns mit diesem Problem beschäftigen. Wir werden das angesichts der Entwicklung der Industriegesellschaft in der nächsten Zeit, in den nächsten Jahren sicher noch häufiger tun müssen. Wir müssen uns zum anderen darüber im klaren sein, daß diese Fragen rechtzeitig auf europäischer Ebene aufgegriffen werden müssen, damit wir nicht in eine Entwicklung hineinschlittern, die wir auf anderen Gebieten, etwa auf dem Gebiet der Umweltverschmutzung, erlebt haben, wo wir nun mit großem Aufwand versuchen, Dinge wieder gutzumachen, die wir hätten verhindern können, wenn wir rechtzeitig gehandelt hätten. (Beifall)

Dr. Müller (München) (CDU/CSU), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz auf einige der Diskussionsbeiträge eingehen.

Lassen Sie mich zunächst etwas zu der **Olympiade** sagen, nicht weil ich das für besonders wichtig im Zusammenhang mit diesem Bericht halte, sondern weil das hier angesprochen worden ist und, wie ich glaube, ein Mißverständnis ausgeräumt werden muß. Es gibt keinen Zweifel, daß die Frage der Durchführung der Olympischen Spiele und der Art und Weise dieser Durchführung einer Erörterung und einer Kritik bedarf. Das ist meiner Meinung nach Aufgabe des Internationalen Olympischen Komitees, das sich damit beschäftigen muß. Es gibt keinen Zweifel, daß Reformen notwendig sind. Gerade die Größenordnung der Olympischen Spiele ist so riesig geworden, daß man ohne Zweifel nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus Sicherheitsgründen gewisse Maßnahmen treffen muß. Allerdings wäre es falsch, zu sagen: Weil die Gesellschaft heute so ist, haben Olympische Spiele keinen Platz mehr. Wir wissen, daß es Anschläge und Attentate auch auf Parlamentarier gibt, und wir erklären dann nicht: weil die Gesellschaft so ist, hat das Parlament keinen Platz mehr. Hier muß gesehen werden, wo Ursache und Wirkung liegen. Die große Bedeutung, die meiner Ansicht nach die Olympischen Spiele immer noch haben, ist die — und das zeigt die Erfahrung —, daß durch ein so

großes Ereignis viele Menschen, die vorher nicht Sport getrieben haben, veranlaßt werden, sich sportlich zu betätigen, und das scheint mir ein sehr erfreulicher Aspekt zu sein.

Zu den anderen Diskussionsbeiträgen darf ich sagen, daß ich mit ihnen in allen wesentlichen Punkten übereinstimme. Ich möchte noch einmal ausdrücklich unterstreichen — ich habe das vorhin schon gesagt —, daß gerade der Behindertensport eine ungeheure Bedeutung hat. Ich bedauere es von der Presseberichterstattung her, daß z. B. die **Wettspiele der Querschnittsgelähmten**, die ja in meinem Heimatland vier Wochen vor der Olympiade stattfanden, in der Öffentlichkeit und in der Presse nicht die gleiche Beachtung gefunden haben wie die Olympiade. Das ist zwar erklärlich, aber sie hätten mehr Beachtung finden müssen, weil auch hier ein Anreiz zur Betätigung ausgestrahlt worden wäre.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu dem Kollegen, der sich leider entschuldigen mußte und aus schwedischen Erfahrungen davor warnte, daß ein **übertriebener Anreiz zum Sport** zu übertriebener Betätigung und Schädigung führen könnte. Ich glaube, die Gefahr liegt heute darin, daß aus kommerziellen Gründen viele Leute an den Sport herangeführt und ohne Anleitung eines Pädagogen oder eines Fachmannes mit bestimmten Sportgeräten in Berührung kommen. Gerade von der öffentlichen Hand her müssen wir versuchen, diesen **kommerziellen Kräften**, die die Leute dazu verführen können, sich mehr zuzutrauen, als sie selber im Grunde genommen leisten können, einen Riegel vorzuschieben.

Es gibt einen Satz unseres bekannten Dichters Friedrich Schiller, der einmal gesagt hat: Der Mensch ist nur dort wirklich Mensch, wo er spielt. Dieser Satz von Schiller, auf die sportliche Betätigung für alle übertragen, hat wohl auch heute noch seine Gültigkeit.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Bemerkung zu dem **Problem des nationalen Ehrgeizes**, der Schiedsrichterbeleidigung und all dem, was im Sport auch als Negativum auftreten kann, machen. Sicher kommt all das vor. Aber ich meine: wenn man Bilanz zieht, ergibt sich, daß die Überwindung von Gegensätzen im Sport größer ist als die Schäden, die durch Rivalitäten, etwa weil eine bestimmte Mannschaft nicht gewonnen hat, auftreten. Wir haben ja ein solches Beispiel bei der Olympiade erlebt. Ich glaube, daß das Positive gegenüber dem Schädlichen überwiegt.

Der Herr Präsident hat vorhin darauf hingewiesen, daß hier ein Kollege aus München spricht. Das ehrt mich, aber ich muß dazu sagen: ich habe diese Berichterstattung nicht bekommen, weil ich aus München stamme und weil dort die Olympiade war, sondern das hängt vielleicht auch damit zusammen, daß ich selbst früher aktiver Hochleistungssportler gewesen bin und auch ein Studium des Sports — neben einem anderen Studium — betrieben habe.

Lassen Sie mich mit einer Erfahrung schließen, die doch sehr positiv ist. Wir wissen, daß sich gerade Politiker in die Haare geraten können und daß es unter Politikern heftige Auseinandersetzungen gibt. Das ist wie beim Sport: Schiedsrichter gibt es dann nicht, die man überfallen kann, und so fällt man übereinander her. Wir haben aber die Erfahrung gemacht — z. B. jetzt in der Bundesrepublik, wo wir mitten in einem Wahlkampf stehen —, daß sich die Politiker, die sich im Parlament kaum mehr sehen können und sich dort heftig auseinandersetzen, immer noch bereit sind, gemeinsam Fußball zu spielen, ganz gleich, welcher Partei sie angehören, daß sie bereit sind, gemeinsam Sport für alle zu treiben. Ich glaube, ein besseres Beispiel für die Grenzen überwindende Kraft des Sports für alle kann es kaum geben. (Beifall)

Sonnabend, 21. Oktober 1972

Tagesordnungspunkt:

Rundfunksender „Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“

(Drucksache 3132)

Berichterstatter:

Abgeordneter Dodds-Parker für den Politischen Ausschuß

Abgeordneter Hofer für den Ausschuß für die europäischen Nichtmitgliedsländer

Abgeordneter Hofer beantragt, den Bericht von der Tagesordnung abzusetzen und an den Politischen Ausschuß zurückzuverweisen. Abgeordneter Dodds-Parker (Berichterstatter) spricht sich gegen, Abgeordneter Czernetz für diesen Antrag aus.

Blumenfeld (CDU/CSU): Herr Präsident, als Vorsitzender der Politischen Kommission befinde ich mich in einer noch heikleren Lage als mein Kollege Czernetz oder Kollege Hofer. Denn die Politische Kommission war und ist in dieser Frage federführend, und nach den Wünschen der Antragsteller, die ja nicht voll der Kommission entsprechen, der Herr Kollege Hofer vorsitzt, sollen wir das auch weiterhin sein. Ich befinde mich deswegen in einer schwierigen Situation, weil die Politische Kommission soeben unter enormem Zeitdruck über diesen Antrag, den Bericht des Kollegen Dodds-Parker von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und wieder an die Kommission zurückzuüberweisen, hat sprechen müssen. Sie hat diesen Antrag wegen Zeitmangels nicht in der Substanz beraten können; vielmehr hat sie sich nur zu der geschäftsordnungsmäßigen Frage äußern und in dieser Beziehung eine Abstimmung durchführen können.

Ich darf dem Hause das Ergebnis der Abstimmung mitteilen. Bei einer nicht vollständigen Besetzung haben sich neun Mitglieder der Politischen Kommission für und sieben gegen den Antrag der Herrn Kollegen Hofer und Genossen ausgesprochen; ein Mitglied hat sich der Stimme enthalten. Das ist weder für die einen noch für die anderen ein befriedigendes Ergebnis. Es entspricht genau der Situation, in die dieser Antrag dieses Haus gebracht hat: wir stimmen jetzt unter Zeitdruck über einen prozeduralen Antrag ab, entscheiden damit aber in Wirklichkeit auch über die Substanz.

Herr Präsident, ich sagen Ihnen und allen Kollegen hier ganz offen, mir wäre es sehr viel lieber — und ich habe das auch als Vorsitzender in der Politischen Kommission gesagt —, wenn diejenigen, die überhaupt dagegen sind, daß die Stationen „Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“ nach dem Juni 1973 fortgeführt werden, dies hier in diesem Plenum offen sagten. Ich finde es falsch und auch nicht ganz aufrichtig, dies hier nicht zu sagen. Ich erkläre ausdrücklich, daß das nicht für Herrn Hofer, für Herrn Czernetz und einige andere der Unterzeichner zutrifft; das erkläre ich ausdrücklich. Aber ich weiß, wie viele hier im Plenum sind, die sagen: Wir wollen das aus vielen Gründen gar nicht mehr. Ich bin der Ansicht, es wäre besser, wenn das hier in parlamentarisch-demokratischer Weise offen gesagt würde, statt daß ein Bericht von der Tagesordnung abgesetzt wird, in dem, wie der Herr Kollege Dodds-Parker sagte, als er gegen den Absetzungsantrag sprach, doch nichts anderes steht, als daß die Regierungen aufgefordert werden, sich nunmehr — ohne unter Zeitdruck zu stehen — mit der Problematik zu beschäftigen und, wenn sie sich eine Meinung gebildet haben, uns diese in diesem Plenum oder im Kolloquium im Dezember dieses Jahres in Paris oder zu irgendeinem anderen Zeitpunkt mitzuteilen.

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, beim Dokument 3132 handelt es sich nicht um einen Dringlichkeitsantrag. Den Dringlichkeitsantrag hat die Politische Kommission im Mai dieses Jahres, obwohl das Plenum seinerzeit einer Behandlung dieses Antrages als Dringlichkeitsantrag zugestimmt hatte, zurückgezogen, nachdem uns authentisch versichert worden war, daß die Finanzierung dieser Sender für ein weiteres Jahr, bis Juni 1973, gesichert sei. Jetzt haben wir Oktober. Jeder Mensch weiß, daß der **Ministerrat** zu einem wirklich eingehenden Studium dieses Problems und einer Abstimmung mit der amerikanischen Regierung in dieser Frage viele Monate braucht. Es wird Anfang nächsten Jahres werden. Und glauben Sie doch bitte nicht, daß wir uns im Mai des nächsten Jahres unter Zeitdruck — weil dann und nunmehr endgültig die **Finanzierung** nicht mehr gesichert wäre — zu einer positiven Lösung würden aufschwingen können. Was können wir Parlamentarier denn anderes tun, als unsere Regierungen zu bedrängen und ihnen zu sagen: Wir wünschen, daß die Stimme Europas auch bei den Völkern, Herr Kollege Czernetz, gehört wird, die unter einer Diktatur leben! Das ist das, was wir wollen.

Ich gebe noch einmal zu bedenken: Wenn wir uns nicht die Zeit nehmen, mit unseren Regierungen und mit den freien Organisationen in Europa darüber zu sprechen, wie die Finanzierung dieser Sender unter europäischer Beteiligung gesichert werden kann, werden die amerikanische Regierung und der amerikanische Kongreß nicht mehr bereit sein, diese Sender weiterhin allein zu unterhalten. Das sage ich Ihnen hier und heute auf Grund von authentischen Informationen, die ich aus Washington erhalten habe. Damit will ich diese Versammlung nicht unter Druck stellen. Vielmehr will ich lediglich eine Information geben, damit klar ist, daß wir etwas Zeit brauchen, um über diese Fragen sprechen zu können.

Deswegen bedaure ich es, Herr Präsident, daß dieser Antrag zu einer so späten Stunde gestellt worden ist, nachdem die Politische Kommission nach unserer Sitzung in Den Haag mit überwältigender Mehrheit beschlossen hat, dem Plenum diesen Antrag, mit dessen politischer und materieller Substanz sie sich eingehend befaßt hatte, vorzulegen.

Natürlich werden wir uns dem Ergebnis der Abstimmung in diesem Hause zu beugen haben. Ich sehe nur überhaupt keinen Nutzen mehr darin, daß sich die Politische Kommission noch weiter über die Frage unterhält; denn neue Fakten sind nicht auf dem Tisch, und neue Fakten werden nicht auf den Tisch kommen, solange unsere Regierungen sich nicht mit diesen Dingen befaßt und uns ihre Stellungnahme mitgeteilt haben.

Tagesordnungspunkt:

Pressekonzentrationen

(Drucksache 3178)

Berichterstatter:

Abgeordnete Björk und van der Sanden für den Politischen Ausschuß

Abgeordneter Fanelli für den Rechtsausschuß

Sieglerschmidt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem der ausgezeichnete Bericht der Kollegen Björk und van der Sanden schon mit so viel Lobsprüchen bedacht worden ist, fällt es mir schwer, dieses Lob noch weiter zu steigern. Ich möchte also schlicht sagen, ich kann mich den Kollegen, die vor mir gesprochen haben, insoweit nur anschließen. Es ist ein ausgezeichnete Bericht.

Ich habe gehört, daß der eine oder andere Kollege enttäuscht darüber gewesen sei, daß nun in der Recommendation so wenig steht. Der Herr Kollege Blumenfeld hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich hier um einen Zwischenbericht handelt. Ich glaube aber, daß auch in diesem Bericht schon ein großer Wert liegt, weil er eine sehr sorgfältige vergleichende Studie der Zustände in unseren Ländern auf diesem Gebiet enthält.

Ich möchte natürlich als Mitglied des Rechtsausschusses nachdrücklich unsere Stellungnahme und unseren Antrag unterstützen. Inzwischen hat der diesjährige **Deutsche Juristentag** in Düsseldorf, der in der Stellungnahme des Rechtsausschusses erwähnt wird, stattgefunden, und er hat sich sehr detailliert mit der Frage des Verhältnisses der **Redakteure** zu den **Verlagen** befaßt und, wie ich meine, eine Reihe durchaus überlegenswerter und zukunftsweisender Vorschläge gemacht.

In diesen Tagen wird auch eine Gruppe von Professoren der Rechte in der Bundesrepublik einen zweiten Entwurf für ein Gesetz zum **Schutze der Meinungsfreiheit**, einen Modellgesetzentwurf, den diese Rechtsgelehrten geschaffen haben, vorlegen. Auch daraus werden sicher alle Beteiligten, vielleicht auch in den anderen Ländern, Anregungen entnehmen können. Herr Präsident, es zeigt sich dadurch aber auch sehr deutlich, wie stark diese Frage mit rechtlichen Problemen behaftet ist, so daß die Versammlung sicherlich gut beraten ist, wenn sie unserem Antrag folgt und den Rechtsausschuß einschaltet.

Wenn die Diskussion, die wir bisher geführt haben, eines gezeigt hat, so vielleicht dies: daß sich die Politische Kommission überlegen sollte, ob sie den Akzent des Berichtes ein wenig anders setzen sollte. Denn es hat sich gezeigt, daß nicht allein — das ist auch schon im Bericht nicht mehr der Fall — Probleme der **Pressekonzentration** besprochen worden sind, sondern auch der Schutz der Informationsfreiheit des Staatsbürgers. Das ist nicht notwendigerweise das gleiche. Es kann durchaus zusammenfallen, aber es muß nicht zusammenfallen.

Ich möchte Herrn van der Sanden darin recht geben, daß bis zu einem gewissen Punkt — das haben alle diejenigen festgestellt, die sich mit diesem schwierigen Problem befassen — Konzentrationsbewegungen in der Presse ökonomisch unvermeidlich sind. Ich sage: bis zu einem gewissen Punkt. Es stellt sich dann die Frage, wie man trotz und angesichts der Konzentrationsbewegungen die **Gefahren für die Informationsfreiheit** des Bürgers abwehren kann. Im Grunde geht es hier also um die Frage: Wie kann die Meinungsvielfalt im Pressebereich und vor allen Dingen auch die **ausgewogene Information** gesichert werden? Manchmal, so kann ich jedenfalls aus deutscher Erfahrung sagen, ist ein sogenanntes Lokalmonopol einer Zeitung, die nahezu ausschließlich ein ganzes Gebiet pressemäßig versorgt, in diesem Sinne für die Meinungs- und Informationsfreiheit gefährlicher als irgendeine große überregionale Tageszeitung, die ein großes Gewicht hat. Wenn ich das so sage, spreche ich hier auch als Berliner; denn dort vertritt ein bestimmtes Verlagsunternehmen 70 % der Tagespresse.

Ich glaube, daß in diesem Falle die Gewährleistung einer ausgewogenen Nachrichtengebung ganz entscheidend ist, zumal wir ja berücksichtigen müssen, daß — wenn ich es richtig in Erinnerung habe — etwa 70 % der Leser von Tageszeitungen nur eine Tageszeitung lesen. Ihnen ist nicht geholfen, wenn sie etwa woanders auch eine andere In-

formation erhalten, andere Meinungen entnehmen können, sondern bei ihnen kommt es darauf an, daß die Information, die Nachrichtengebung in ihrer Zeitung eben ausgewogen ist. Ich weiß, daß in einigen Mitgliedsländern — bei uns in der Bundesrepublik fängt das auch an — Presseausschüsse, Presse-räte oder ähnliche Institutionen bereits einen sehr nützlichen Einfluß ausüben. Hier macht sich eine Art Selbstverwaltung der Beteiligten bemerkbar, wo die Berufspflichten des Journalisten offensichtlich grob vernachlässigt werden.

Eine weitere wichtige Frage ist der **Schutz des Redakteurs vor Einzeleingriffen des Verlegers in die Redaktionsarbeit**. Der Redakteur muß auch für den Fall geschützt werden, daß das Verlagsunternehmen die redaktionelle Ausrichtung der Zeitung plötzlich ändert und ihn, den Redakteur, vor die Frage stellt, ob er diesen Wandel mitmachen oder ob er gehen will, ohne daß er sozial entsprechend abgesichert ist.

Lassen Sie mich hier auch kurz zu der schon mehrfach erörterten Frage der **Subventionen** Stellung nehmen. Dies ist ein heikles und schwieriges Gebiet; das hat sich ja auch in der Diskussion gezeigt. Trotz allem, was hier gesagt worden ist, meine ich, direkte Subventionen sind das Heikelste in diesem ganzen Komplex, und zwar einfach deswegen, weil sie natürlich nicht über Gerechte und Ungerechte gestreut werden können; vielmehr müssen sie differenziert werden, und auch bei einer demokratischen Regierung ist es oft schwierig, den Maßstab für die Differenzierung unanfechtbar für alle Beteiligten festzulegen.

Herr Kollege Margue hat darauf aufmerksam gemacht, daß der Rechtsausschuß in seiner Stellungnahme besonders auf das Recht auf Berichtigung hingewiesen hat. Ich möchte dem noch zwei für die Informationsfreiheit des Bürgers, glaube ich, wichtige Dinge hinzufügen, und ich möchte der Politischen Kommission empfehlen, auch diese Fragen zu bedenken.

Der erste ist ein erweitertes **Zeugnisverweigerungsrecht für die Journalisten**. Dieses Zeugnisverweigerungsrecht kann sicher nicht absolut sein, also für alle Fälle gelten; aber es muß so weit wie möglich gehen, damit ein Redaktionsgeheimnis im Interesse einer freien Berichterstattung gewahrt werden kann.

Das zweite — und dies ist das wichtigste — ist die Frage des **Rechts zum Verbot** oder — weniger gewichtig, aber doch schon wichtig genug — **der Beschlagnahme oder der Sicherstellung einer Zeitung**. Für die freie Presse in Europa wäre es, glaube ich, sehr wichtig, auch in dieser Frage zu möglichst einheitlichen Auffassungen zu kommen.

Herr Präsident, lassen Sie mich eine abschließende Bemerkung machen. Wenn es richtig ist, was der Kollege Withalm gesagt hat, daß eine freie Presse und die Erhaltung von Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit von fundamentaler Bedeutung für die Demokratie in unseren Ländern sind, wenn andererseits das richtig ist, was der Kollege van der Sanden gesagt hat — ich unterstütze das —

daß der Konzentrationsprozeß nur bis zu einem gewissen Grade aufzuhalten und einzuschränken ist, dann muß man aber auch zu der Konsequenz kommen, daß Informationsfreiheit und Meinungsfreiheit, soweit sie nicht durch Vereinbarungen der Beteiligten gewährleistet werden — diese sind natürlich immer vorzuziehen —, im wesentlichen durch gesetzliche Regelungen gesichert werden müssen. Dies würde ich gern noch sehr deutlich an den Abschluß gestellt haben. (Beifall)

Blumenfeld (CDU/CSU): Sie haben mich, Herr Präsident, soeben in einen weiteren Rang erhoben, wofür ich Ihnen dankbar bin; aber ich bin nur der Präsident der Politischen Kommission, und für diese möchte ich sprechen und Ihnen zwei Dinge sagen.

Erstens. Wir haben uns heute früh mit dem Änderungsantrag der Rechtskommission, der soeben von Herrn Margue vertreten worden ist, befaßt und akzeptieren sehr gerne diese Änderung. Wir sind mit dem Antrag, so wie er gestellt worden ist, einverstanden.

Zum zweiten möchte ich den beiden Herren Berichterstattem, Herrn Björk und Herrn van der Sanden, einen besonderen Dank für ihren Zwischenbericht aussprechen, den sie dem Plenum gegeben haben. Ich betone ausdrücklich das Wort „Zwischenbericht“. Beide Berichterstatter haben erst vor kurzem diese Funktionen übernommen, nachdem der ursprüngliche Berichterstatter, Herr Gonella, wegen seiner Ministertätigkeit in der italienischen Regierung diese Aufgabe hat abgeben müssen. Sie haben sich sehr schnell in die schwierige und umfangreiche Materie eingearbeitet.

Die Politische Kommission hat mehrere Expertenbefragungen durchgeführt. Wir werden noch weitere Expertenbefragungen durchführen müssen, hoffen aber, dem Plenum im Laufe des Jahres 1973 — nicht später als zur Mai-Sitzung — einen Bericht vorlegen zu können, der endgültige Empfehlungen enthält.

Pressekonzentrationen und das Überleben der Presse sind eine für alle unsere Mitgliedsländer un-gemein wichtige Frage. Diese Frage wird in den einzelnen Ländern behandelt. Aber wir meinen nach wie vor, daß der Europarat berechtigt ist und in der Lage sein wird, hierzu eine Empfehlung allgemeiner Art und in einigen besonderen Fragen auch spezieller Natur abzugeben. Deswegen, Herr Präsident, sind wir dankbar dafür, daß diese sehr wichtige Frage heute hier debattiert werden kann.

T a g e s o r d n u n g s p u n k t :

Internationaler Terrorismus

(Drucksache 3201)

Berichterstatter: Herr Blumenfeld

Blumenfeld (CDU/CSU), Berichterstatter: Herr Präsident! Ich halte Ihren Entschluß, den Sie so-

eben der Versammlung vorgelegt haben, für einen weisen Entschluß; denn angesichts der großen Anzahl von Rednern, die sich eingetragen haben, hätten wir heute nachmittag unter Umständen kein Quorum für die Beschlußfassung. Andererseits halte ich die Diskussion über den von mir gleichzeitig als Berichterstatter vorgelegten Bericht für so dringlich und so wichtig, daß unsere Diskussion im Zusammenhang geführt werden sollte.

Lassen Sie mich als Berichterstatter nur einige wenige Gedanken äußern. Im wesentlichen möchte ich auf den vorliegenden kurzen Schriftlichen Bericht verweisen; denn mir liegt daran, daß die Kollegen, die sich eingeschrieben haben und in der Diskussion sprechen wollen, dazu auch Gelegenheit bekommen und daß sie ohne einen zusätzlichen Zeitdruck — ausgelöst dadurch, daß sich der Berichterstatter zu lange äußert — Stellung nehmen können.

Herr Präsident, der **Terrorismus** ist in unserer Zeit zu einem so schwerwiegenden, gefährlichen, die Sicherheit und das Leben all unserer Bürger bedrohenden Element geworden, daß wir uns in der Beratenden Versammlung des Europarats und, wie ich meine, auch im Ministerrat des Europarats mit der gesamten Frage zu beschäftigen haben — nicht um sie nur zu debattieren, sondern um endlich auch in Europa von allen Mitgliedsregierungen getragene, verbindliche und der Schwere der Situation entsprechende Maßnahmen getroffen zu sehen.

Der Terrorismus ist weltweit. Es hat ihn vor Jahrhunderten, ja Jahrtausenden gegeben. Aber in seiner heute bis in die letzten kriminellen Möglichkeiten verfeinerten Technik ist er ein Novum, eine ständige Bedrohung des Lebens und der Sicherheit unserer Bürger. Wir haben als Politiker und unsere Regierungen haben als Exekutive die Verantwortung, für die Sicherheit unserer Bürger zu sorgen. Europa und unsere eigenen Länder können und dürfen nicht der Tummelplatz radikaler politischer oder krimineller Elemente oder Organisationen sein oder bleiben.

Wenn ich das ausspreche, so bin ich mir bewußt, daß manche Regierungen schon **Maßnahmen** individueller Natur getroffen haben. Jeder von uns, der heute zu reisen gezwungen ist, weiß seit vielen, vielen Monaten, welchem Striptease er sich jedesmal auf einem Flugplatz oder an der Grenze zu unterziehen hat, um zu beweisen, daß er keine Bombe oder Höllenmaschine bei sich trägt. Ich finde es auf die Dauer entwürdigend, daß wir uns als freie Bürger dieser Filzmethode unterziehen müssen, die man sonst nur Verbrechern gegenüber anwendet, um festzustellen, ob sie eine Waffe bei sich haben. Ich sage das hier mit der Deutlichkeit, mit der das ausgesprochen werden muß. Unzählige Menschen haben mich angesprochen und gesagt: Wann endlich werdet ihr mit der falsch verstandenen Toleranz gegenüber denjenigen aufhören, die revolutionäre Ziele im Munde führen und in Wirklichkeit nur kriminelle Elemente darstellen.

Deswegen, Herr Präsident, habe ich mir erlaubt, diesen Bericht und diese Empfehlung an unseren Ministerrat vorzulegen, der, wie ich schon ausge-

führt habe, im September in Rom unter dem Eindruck der schrecklichen Tragödie von München und anderer Verbrechen nicht als Ministerrat des Europarats, sondern als Ministerrat der erweiterten Gemeinschaft getagt hat. Die Außenminister haben dort beschlossen, den Vereinten Nationen in New York eine gemeinsame Meinung der Neun zu unterbreiten.

Nun wissen wir alle, daß die **Vereinten Nationen** — was man auch sonst immer über sie sagen kann — ein Forum sind, in dem die Weltmeinung zum Ausdruck kommt. Das brauchen wir hier nicht zu wiederholen. Wir haben es in den vergangenen Jahren des öfteren betont. Jedoch: im Sicherheitsrat oder auch in der Plenarversammlung der Vereinten Nationen werden nun nicht gerade kriegerische Ereignisse verhindert oder adäquate Maßnahmen gegen die Verbrechen in der Welt getroffen. Ich verkenne nicht das Bemühen vieler Vertreter in den Vereinten Nationen. Aber dort haben wir es eben mit einer Weltorganisation zu tun, in der gerade bei der Diskussion dieser Thematik sehr viele sehr unterschiedliche Interessen zur Sprache kommen.

Die Tatsache, Herr Präsident, die ich in meinem kurzen begleitenden Memorandum angeführt habe, daß der Generalsekretär der UNO, Herr Waldheim, dieses Thema aus eigener Initiative auf die Tagesordnung gesetzt hatte und dann größte Mühe hatte, es im Sicherheitsrat überhaupt durchzubekommen, spricht für sich. Dabei sind auf der Neinsagerseite wesentliche Regierungen und Nationen, es sind auch unter den Enthaltungen noch viele aussagekräftige Regierungen, die das Problem jedenfalls nicht als wichtig genug angesehen haben, um es sofort zu behandeln.

Ich bin deswegen der Auffassung, Herr Präsident, daß wir die Probleme in Europa innerhalb unserer eigenen Gemeinschaft, in der größeren europäischen Gemeinschaft, nicht nur der Neuner-Gemeinschaft, sondern zusammen mit der Schweiz, mit Österreich, der Türkei und Schweden behandeln sollten; denn diese Staaten sind genauso betroffen wie Deutschland oder Frankreich oder England.

Das **Verbrechen** macht nicht halt vor dem Flugplatz Kloten oder Wien-Schwechat. Selbst in Schweden ist — nicht von Palästinensern, sondern in diesem Falle von Kroaten — ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden. Ein Flugzeug wurde entführt, und dabei wurden etwa 100 Menschen in Lebensgefahr gebracht. Dies kann zur Zeit überall passieren, und ich wage nicht voranzudenken, welche Möglichkeiten es noch gibt, was uns noch erwartet, wenn diese kriminellen und radikalen Elemente, ob sie sich nun politisch camouflieren oder nicht erklären: Wenn jetzt nicht die inzwischen Inhaftierten freigelassen werden, werden wir Kinder oder Frauen oder Staatsoberhäupter als **Geiseln** nehmen und sie erschießen, falls den Verhafteten vor einem Richterforum der Prozeß gemacht wird; wir wollen sie freihaben, und wir werden sie befreien — unter Druck, mit Drohung und Erpressung.

Herr Präsident, das darf nicht mehr geschehen! Ich bin der Auffassung, daß diejenigen, die erlebt haben — und die diese Zeit überlebt haben —, wie es zur Situation des Jahres 1933 gekommen ist, wie es vor nunmehr 40 oder 50 Jahren zur Verwilderung der politischen Sitten gekommen ist, daß diejenigen, die inzwischen die Geschichte studiert haben, in einer solchen Situation eine unmißverständliche Sprache sprechen und klarmachen müssen, daß Terrorismus von uns, unter welcher Camouflage auch immer, als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele nicht nur abgelehnt, sondern mit allen rechtsstaatlichen und gesetzlichen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, bekämpft werden muß. Wir werden vor keiner Drohung zurückschrecken.

Ich meine daher, Herr Präsident, daß der Europarat und sein Ministerrat von den Parlamentariern aufgefordert werden müssen, nicht nur darüber zu debattieren und die Sache ein bißchen hin- und herzubewegen, sondern zu tatkräftigen Beschlüssen zu kommen. Das verlangen der Völker von uns, den Parlamentariern, die diese Völker vertreten, und die Regierungen müssen von uns gemahnt und gedrängt werden, das Nötige zu tun, und zwar in aller Kürze.

Herr Präsident, ich brauche nicht weiter zu erklären, was in meinem Memorandum steht und was die Politische Kommission mit großer Mehrheit angenommen und dem Plenum als Empfehlung vorgelegt hat. Ich darf hier eben einfügen, daß die Politische Kommission keine Gelegenheit gehabt hat, heute früh die Änderungsanträge, die Ihnen vorliegen, zu behandeln. Für diejenigen, die in der Diskussion nach mir sprechen, werde ich gleich sagen, welches meine Meinung als Berichterstatter ist. Vorweg möchte ich jedoch mitteilen, daß die Politische Kommission — ich habe das auch mit meinem Kollegen Herrn Czernetz, der Vizepräsident der Kommission ist, besprochen; und auch Herr Reverdin wird einverstanden sein — die Anträge Montag früh formell wird behandeln können, so daß der Versammlung am Nachmittag auch ein Votum der Politischen Kommission hinsichtlich dieser Anträge vorliegt.

Nunmehr möchte ich Ihnen aber in meiner Eigenschaft als Berichterstatter — da ich der Kommission Montag früh nicht präsidieren werde — sagen, daß mir für den Änderungsantrag Nr. 1 der Kollegen Brincat und Muscat jedes Verständnis fehlt. Ich meine, dieser Antrag richtet sich gegen die Antragsteller selber. Mehr möchte ich in diesem Augenblick nicht sagen.

Die Kollegen, die den Änderungsantrag Nr. 2 gestellt haben, also die Kollegen Pecoraro, Dankert, Judd, Molloy und Reverdin, möchte ich dringend bitten, ihren Antrag zurückzunehmen. Ich verstehe das Motiv, das hinter dem Antrag steht, den Herr Pecoraro initiiert hat. Natürlich ist es wichtig und richtig, daß man auch versucht, den **Ursachen von Armut und echter politischer Verzweiflung** nachzugehen und sie aufzuspüren. Aber dieser Antrag gehört nicht in den Zusammenhang dessen, was wir unter dem Thema Bekämpfung des militanten radikalen Terrors zu erörtern haben. Im übrigen darf

ich darauf hinweisen, daß wir zur intensiven Erörterung der Ereignisse in Nordirland — und auch dort herrscht weiß Gott Terror — vor langer Zeit eine Unterkommission eingesetzt haben. Das zeigt doch, daß wir diesen Fragen eine sehr große Bedeutung zumessen.

Mit der **Situation der palästinensischen Flüchtlinge** befassen wir uns im Plenum, in der Politischen Kommission und in anderen Kommissionen seit Jahr und Tag. Wir haben von unseren Regierungen Hilfeleistungen für die palästinensischen Flüchtlinge erbeten mit dem Erfolg, daß der Ministerrat uns gesagt hat: Vorsichtig mit Hilfeleistungen! Die könnten politisch falsch verstanden werden.

Und von den Geldmitteln, die auf Grund unserer Empfehlung zusätzlich über die UNRRA zur Verfügung gestellt worden sind, damit in den Lagern Not und Hunger bekämpft werden könnten, ist ein sehr großer Teil nicht erst seit kurzem, sondern seit eh und je für die Erziehung zum Haß, für die Ausbildung von kleinen Kindern und jungen Menschen zum Töten anderer Menschen mißbraucht worden. Auch das muß hier deutlich ausgesprochen werden. Deswegen brauchen wir uns auch auf der Basis des vorliegenden Berichts darüber nicht zu unterhalten, und ich werde nochmals darum bitten, daß dieser Antrag zurückgezogen wird, weil ich als Berichterstatter ihm nicht zustimmen kann.

Dem Änderungsantrag Nr. 3 der Kollegen Reverdin und Pecoraro werde ich als Berichterstatter auf jeden Fall meine Zustimmung geben, weil in ihm das, was in der entsprechenden Stelle meiner Vorlage steht, klarer und deutlicher ausgedrückt wird.

Herr Präsident, lassen Sie mich mit einer Bemerkung schließen, die insbesondere auch deutlich macht, weswegen ich den Änderungsantrag Nr. 2 ablehne. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Herr Mahmud Riad, hat — am 15. September in „Le Monde“ wiedergegeben — erklärt — und ich darf das auf Französisch verlesen — :

Evoquant l'affaire de Munich, il a affirmé que l'action des Feddayin est un droit légitime et ne saurait être considéré comme du terrorisme. Ce que font les Palestiniens, c'est de résister au terrorisme pour libérer leur territoire, de même que l'Europe a résisté à l'occupation nazie.

Herr Präsident, eine größere Geschichtsverfälschung als diese wird es wohl kaum geben. Ich frage mich im übrigen, ob diejenigen, die in vielen Jahrzehnten dieses Jahrhunderts und im vorigen Jahrhundert für ihre politische Überzeugung gekämpft haben, dies getan haben, weil sie einen knurrenden Magen hatten, oder deshalb, weil sie wirklich für eine politische Überzeugung eintraten. Jedoch haben sie nie zum Mittel des Terrorismus und des Geiselmordes gegriffen. Und die Baader-Meinhof-Bande hat ihre kriminellen Akte in Deutschland nicht etwa deshalb begangen, weil sie verarmt war.

Abschließend darf ich darum bitten, meinen Antrag, der Ihnen vorliegt und den die Politische Kommission akzeptiert hat, anzunehmen und den

Ministerrat zu veranlassen, uns möglichst bald über seine Beschlüsse eine Vorlage zuzuleiten. (Beifall)

Frau Dr. Diemer-Nicolaus (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kollegen und Kolleginnen! Es ist nicht so einfach, jetzt nach dem Vertreter von Israel zu sprechen. Ich habe volles Verständnis für die schwierige politische Situation im Hinblick auf das, was sich in Lod und in München zugetragen hat, und ich habe Verständnis für die speziellen Probleme, denen sich Israel gegenüber sieht. Der Vertreter von Israel hat diese Probleme behandelt, und insofern ist doch eine Verbindung zu Europa hergestellt. Vor allem habe ich volles Verständnis für das, was Herr Czernetz ausgeführt hat, und für die Erregung, in der er gesprochen hat. Die bisherige Diskussion hat gezeigt, daß es sich um ein hochpolitisches Thema handelt.

Für mich, die ich liberal und Juristin bin, handelt es sich um eine schreckliche Entwicklung, die wir heute weltweit erleben müssen: eine **Zunahme der Aggressivität**, eine Zunahme des Radikalismus sowohl im Politischen — auf die Gefahren, die damit für die demokratischen Staaten verbunden sind, ist schon hingewiesen worden — als auch dort, wo der Terrorismus nicht politisch bedingt ist.

Hier ist auf die **Flugzeugentführungen** hingewiesen worden. Wir selbst fliegen sehr viel, und wir kennen das Gefühl, wenn wir z. B. über Havanna fliegen: Na, werden wir jetzt in Havanna landen oder werden wir doch in Amerika ankommen, wo wir eigentlich hin wollen?

Es ist festzustellen, daß sich die Gefahren nicht vermindern, sondern vergrößern. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, daß in den letzten Jahren die Konventionen geschlossen worden sind, und ich teile völlig die Vorhin von Herrn Czernetz vertretene Auffassung, daß gerade die Länder des Europarats, die doch den Menschenrechten verpflichtet sind, die von den Terroristen mit Füßen getreten werden, diese Konventionen, soweit das noch nicht geschehen ist, so schnell wie möglich akzeptieren und ratifizieren sollten. Dennoch wird es nachher nicht leicht sein, diese Konventionen in die Tat umzusetzen. Es wird auch für den Ministerrat nicht leicht sein, Maßnahmen zu treffen — es genügt nicht, daß man einfach ein Gesetz macht —, die tatsächlich geeignet sind, des um sich greifenden Terrorismus Herr zu werden. Bei uns in der **Bundesrepublik** sind noch vor der Ratifizierung des Abkommens gegen Flugzeugentführungen die **Strafen für die Flugzeugentführer** durch ein Sondergesetz wesentlich erhöht worden. Das gilt auch für **Geiselnahmen**. Aber all das hat München nicht verhindert. Wir sehen also, daß nicht nur rechtliche Maßnahmen ergriffen werden müssen, sondern daß darüber hinaus auch sichergestellt werden muß, daß die Terroristen nirgendwo eine weitere Hilfe bekommen.

Vorhin hat Herr Ahlmark mit Recht auf die **Geiselnahme in Schweden** hingewiesen. Die dort zu Recht verurteilten Verbrecher mußten freigelassen wer-

den. Das Flugzeug ist dann nach Spanien gebracht worden. Spanien hat den Tätern kein Asyl gewährt; sie werden dort entsprechend zur Rechenschaft gezogen werden. Bei solchen Tätern handelt es sich um Verbrecher, auch wenn sie politische Motive angeben oder aus politischen Motiven, vielleicht irreführt, handeln. Das sind Kriminelle. Sie begehen schwerste Verbrechen gegen die Menschenrechte, so wie es Herr Czernetz gesagt hat. Deshalb muß sichergestellt sein, daß die Gesetze, auch die Strafgesetze, auf sie wirklich angewendet werden.

Es geht aber nicht nur um die politischen Terroristen. Auch die **nicht politisch bedingten Flugzeugentführungen** nehmen überhand. Mit Recht haben sich die Piloten jetzt — 70 000 waren es — dagegen verwahrt. Sie sind ja dieser Gefahr immer sehr stark ausgesetzt, und sie fordern mit Entschiedenheit, daß stärkere Maßnahmen, nicht nur zu ihrem Schutz, sondern auch zum Schutz der ihnen anvertrauten Passagiere, ergriffen werden.

Ich möchte noch hervorheben, daß sich der Europarat dieser Aufgabe nicht entziehen kann. Sowohl von Herrn Blumenfeld als auch von anderen Kollegen ist auf die Beratungen in der **UNO** hingewiesen worden. Der Bericht enthält darüber Näheres. Es klang die Skepsis an, ob über die UNO wirksame Maßnahmen möglich sein werden. Ich darf darauf hinweisen, daß wir in der Bundesrepublik von uns aus gesetzgeberische und Schutzmaßnahmen ergriffen haben, z. B. hinsichtlich der Überprüfung der bei uns lebenden zahlreichen Ausländer, die gegebenenfalls ein Sicherheitsrisiko für das friedliche Zusammenleben, auch für das friedliche Zusammenleben der bei uns in der Bundesrepublik tätigen Gastarbeiter — es sind über 2 Millionen — darstellen. Aber der **Europarat** steht dazwischen. Der Europarat ist das mittlere Glied zwischen den einzelnen Staaten und der UNO. Ich halte es deshalb für sehr richtig, daß in der Empfehlung an den Ministerrat dringend darum ersucht wird, sich jetzt zu überlegen, wie dieser Terrorismus, der uns allen so große Sorge bereitet und der dem Grundprinzip des Europarats, nämlich der Achtung der Menschenrechte, so zuwiderläuft, tatsächlich wirksam bekämpft werden kann.

Sieglerschmidt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fürchte, dies wird für viele von denjenigen, die hier noch im Saal sind, ein unbequemer Beitrag werden. Die starken Worte, die uns allen in dieser Diskussion auf den Lippen liegen, stehen doch in einem umgekehrten Verhältnis zu den realisierbaren **Möglichkeiten zur Bekämpfung** dieser Pest des **Terrorismus**. Ich will deshalb versuchen, die starken Worte so weit als möglich zu vermeiden, und mich zunächst ganz nüchtern der Frage zuwenden, was denn eigentlich

terroristische Anschläge im Sinne des ersten Considérant sind. Ich meine, man müßte den **Begriff „terroristische Anschläge“** folgendermaßen definieren: Es ist die Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen unter Verletzung der Strafgesetze, aber vor allem auch gegebenenfalls unter Verletzung der völkerrechtlichen Regeln der Kriegführung, und dies eben als Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Mit Recht ist hier schon gesagt worden, daß die Grenzziehung bezüglich dessen, was hier zulässig und was nicht zulässig ist, durchaus schwierig werden kann. Das gilt vor allem, solange sich solche Aktionen auf dem Territorium der an der Auseinandersetzung unmittelbar beteiligten Staaten abspielen. Was ist dann ein „gerechter Volkskrieg“ und was ist ein verständlicher „revolutionärer Befreiungskampf“, und was ist krimineller Terrorismus? Vielfach wird die Beurteilung von der Perspektive der Beurteilenden abhängen, auch wenn man sich noch so bemüht, klare Grenzen zu ziehen. Und ich möchte klare Grenzen ziehen, Herr Präsident, — damit darüber gar kein Zweifel besteht.

Handelt es sich jedoch um Aktionen, die völlig unbeteiligte Dritte in Mitleidenschaft ziehen, sollte es unter zivilisierten Menschen keine Rechtfertigung geben. Was immer in Nahost, in Vietnam, in Nordirland geschieht, — hier sind Terror und Unmenschlichkeit, soweit sie vorhanden sind, wenigstens auf den Konfliktherd lokalisiert. Wenn aber diese Konflikte durch Terroranschläge in andere Regionen getragen werden, kann dies zu einer tödlichen Gefahr für das Zusammenleben der Menschen in der werdenden Weltgesellschaft führen. Wir wissen es alle: Luftverkehr, Energieversorgung usw., besonders in Ballungszentren, sind leicht verletzlich und geben einem Fanatiker die Möglichkeit, Hunderte, ja Tausende zu gefährden oder mindestens zu drangsaliieren.

Was ist nun bisher an **Sicherheitsmaßnahmen** geschehen? Gewiß, wir haben die **Strafbestimmungen** verschärft; Frau Kollegin Diemer-Nicolaus hat es für die Bundesrepublik erwähnt. Aber was ist erreicht worden? Ich würde sagen: in all unseren Ländern kaum etwas, außer daß wir uns, wie es hier auch schon gesagt worden ist, daran gewöhnt haben, mit dem Terror zu leben. Ich möchte hier prophezeien: Wenn wir nicht so weit gehen wollen, einen perfekten Polizeistaat zu installieren — ein solcher würde vielleicht ein sehr großes Maß an Sicherheit geben —, werden wir weiter mit dem Terrorismus leben müssen. Und diesen Polizeistaat will ja hier sicherlich keiner; das ist nicht der Weg.

Zwei Maßnahmen halte ich für bis zu einem gewissen Grade erfolgversprechend:

Erstens. Es ist davon auszugehen, daß Terroraktionen in Drittländern in der Regel nicht dem Terror an sich, sondern **Erpressungen zugunsten der eigenen Sache** dienen sollen. Ich glaube, das beste

Mittel gegen Erpressung — dies ist eine alte kriminalistische Erfahrung, und insofern möchte ich mich dem anschließen, was hier Herr Harari gewissermaßen zwischen den Zeilen gesagt hat — ist immer noch, sich nicht erpressen zu lassen — mit allen Risiken, die darin liegen.

Herr Präsident, ich weiß, wovon ich rede und wie schwer es ist, dies durchzuhalten, wenn es um das Leben von womöglich Hunderten von Menschen geht, die in einem Flugzeug sitzen. Deswegen hat sich bisher eben auch erst ein Land dazu bereit gefunden, diesen Weg zu gehen, und ich sehe in der augenblicklichen Realität nicht viel Möglichkeiten, daß andere Länder diesen Weg gehen, obwohl ich der Ansicht bin, daß dieser Weg jedenfalls eines der Mittel ist, die Aussicht auf Erfolg bieten.

Die zweite denkbare Maßnahme sind **weltweite Sanktionen**. Hier ist ja schon davon gesprochen worden, wie in dieser Beziehung die Situation in den Vereinigten Nationen ist und daß in der UN-Vollversammlung wenig Aussicht besteht, derartige Sanktionen zu realisieren. Aber wenn wir dazu nicht kommen, was nutzt dann die Empfehlung in Ziffer 7 Buchstabe c des Empfehlungsentwurfs? Diese Empfehlung hat doch keinen Wert, wenn nicht der Wille dahintersteht, sie, falls diese Ratschläge und Wünsche von den betroffenen Ländern nicht befolgt werden, letztlich mit Sanktionen durchzusetzen.

Herr Präsident, wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit will ich nicht mehr im einzelnen auf den Empfehlungsentwurf eingehen. Ich würde es nach allem sehr begrüßen, wenn der Politische Ausschuß sich in der Lage sähe, aus diesem Entwurf eine Resolution zu machen. Diese Resolution kann von mir aus noch stärker sein. Aber wenn ich mir die eigentliche Recommendation unter Nr. 7 durchsehe, muß ich sagen: Da ist nichts, was wirklich weiterhilft; da ist nichts, was mehr ist — entschuldigen Sie den deutschen Ausdruck, den ich hier verwenden möchte — als weiße Salbe. Ich nehme das den Verfassern gar nicht übel. Denn wenn man diese beiden Wege, die ich hier eben genannt habe, nicht zu gehen bereit oder in der Lage ist — und man ist wahrscheinlich im Augenblick nicht in der Lage, den Weg von Sanktionen oder den Weg, sich nicht erpressen zu lassen, zu gehen —, wird man nicht viel vorschlagen können.

Wenn die Versammlung — das möchte ich abschließend sagen — aber nicht in der Lage ist, sich hier auf eine Resolution zu beschränken, würde ich Sie, Herr Präsident, herzlich bitten, in der Abstimmung die Considérations und die eigentliche Recommendation zu trennen. Denn ich habe zwar in meinem parlamentarischen Leben schon vielen Beschlüssen zugestimmt, von denen der Satz gilt: Nützt es nichts, so schadet's auch nichts. Diese Sache ist für mich jedoch zu ernst, als daß ich Empfehlungen zustimmen könnte, die im Grunde genommen nichts bewirken werden.

Montag, 23. Oktober 1972

Tagesordnungspunkt:

**Maßnahmen im Anschluß an die
Menschenrechtskonferenz
(Wien, 18. bis 20. Oktober 1971)**

(Drucksache 3161)

Berichterstatter Abgeordneter Grieve

Bauer (Würzburg) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich in meinem sehr kurzen Beitrag nicht mit der türkischen Frage befassen, sondern möchte zu dem Bericht zurückkehren, den uns Herr Grieve dankenswerterweise vorgelegt hat.

Ich möchte von der elementaren Feststellung ausgehen, daß ein **demokratisches Staatsgefüge** in seinem Wesen und Inhalt weitgehend durch den Umfang der in ihm gewährten **Grund- und Menschenrechte** bestimmt wird. Herr Grieve hat in seinem Bericht in der Tat die Schlußfolgerungen gezogen, die auf Grund der Diskussion bei der Menschenrechtskonferenz in Wien angebracht und naheliegend waren. Er hat mit Recht die Bewahrung der bestehenden Grundrechte auf gleiche Linie mit der Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Grund- und Menschenrechte gestellt. Es erhebt sich aber doch die Frage, ob wir vor Inangriffnahme der Aufgabe der Weiterentwicklung nicht die Frage zu stellen haben: Was kann der europäische Bürger mit diesen Rechten anfangen? Kann er sie in der Tat realisieren? Oder stehen sie etwa nur auf dem Papier? Wie steht es mit der Möglichkeit, ein solches Recht einzuklagen und ein positives Urteil überhaupt vollstreckbar zu machen? Genügen die Überführung in das innerstaatliche Recht und die Verbindlichmachung im Nationalstaat, damit der europäische Bürger mit diesen Rechten etwas anfangen kann?

Ich möchte hier etwas anführen, was ich auch in Wien gesagt habe, und von einem praktischen Beispiel in meinem Lande ausgehen. In Deutschland haben wir in der **Republik von Weimar** eine Reichsverfassung gehabt, die einen imponierenden **Katalog von Grundrechten** zum Inhalt hatte. Ich habe es selber miterlebt, daß sehr viele gelehrte Abhandlungen und zahllose Doktorarbeiten darüber geschrieben worden sind, ob ein in dieser damaligen Reichsverfassung aufgeführtes Grundrecht ein tatsächliches, durch den Staatsbürger einklagbares subjektives Recht gewesen ist oder ob es etwa nur ein Grundsatz oder ein Programmsatz oder eine Richtlinie gewesen ist, die sich der Gesetzgeber selber damals zur Ausfüllung mit Detailbestimmungen gegeben hat. Jedenfalls wird der Gehalt der Rechte in der Praxis durch die Unsicherheit entwertet, ob und inwieweit ein solches Grund- und Menschenrecht vor der staatlichen Gewalt geltend gemacht werden kann und inwieweit es in ein Recht transferierbar ist, auf das sich der einzelne wirklich berufen kann.

Nun, wir haben aus diesen Erfahrungen in der Weimarer Republik gelernt, und der Bonner Grundgesetzgeber hat 1948/49 einen anderen Weg eingeschlagen. Wir haben damals alle im **Grundgesetz** aufgeführten **Grundrechte** als **einklagbare subjektive Rechte des Staatsbürgers** angesehen.

Meiner Ansicht nach müssen wir dahin gelangen, daß dem europäischen Bürger sowohl auf der Ebene des Nationalstaats wie auf europäischer Ebene statt Steinen Brot gegeben wird. Er muß Substanz in die Hand bekommen, statt auf Hoffnungen angewiesen zu sein. Diese Rechte müssen also meines Erachtens subjektive Rechte werden, die vor Gericht eingeklagt werden können, und die Vollstreckbarkeit eines ergangenen Urteils muß gewährleistet werden.

Ich möchte also lediglich eine Akzentverschiebung vornehmen. Im Bericht wird der Wille angesprochen, diese Rechte zu bewahren und zu vertiefen. Mindestens gleichzeitig sollten diese Grund- und Menschenrechte, meine ich, einklagbar gemacht werden, ehe man sie weiterentwickelt und ihnen etwa neue hinzufügt. Diese Aufgabe halte ich für die im Interesse des europäischen Bürgers wichtigste. Ihre Lösung wäre des Schweißes der Edlen wert. Dazu möchte ich aufgerufen haben. (Beifall)

Sieglerschmidt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich war schon etwas erleichtert, daß die Debatte wieder zum Kern des Berichts des Kollegen Grieve zurückgekehrt war, aber sie wendet sich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit immer wieder dem Thema Türkei zu. Aber, Herr Kollege Grieve, warum soll es Ihnen besser gehen als mir, als ich im vorigen Jahr den Bericht über das Waffenrecht erstattete. Jene Debatte wurde auch zu einer Nordirland-Debatte umfunktioniert. Sie haben nun heute leider ein ähnliches Schicksal.

Ich will nicht lange über dieses hier aufgeworfene Thema sprechen und nur folgende Bemerkungen dazu machen. Zunächst, Herr Kollege Judd: Sie haben von einer Überwachungsmaschinerie für alle solche Vorkommnisse in unseren Mitgliedstaaten gesprochen. Ich frage mich, was Sie damit gemeint haben. Doch wahrscheinlich keine politische Überwachungsmaschinerie; denn dieser Europarat ist ein Zusammenschluß von souveränen Staaten, die sicherlich nicht damit einverstanden wären — um es sehr vorsichtig auszudrücken —, sich von einem solchen Gremium politisch in internen Dingen überwachen zu lassen. Es gibt eine Maschinerie, das ist die Maschinerie der Menschenrechtskonvention, und jeder, der meint, es seien Vorwürfe gegen ein Mitgliedsland vorzubringen, möge sie auf diesem Wege vorbringen. (Vereinzelte Zustimmung)

Im übrigen ist zu fragen: Was kann diese Versammlung damit anfangen, wenn hier Vorwürfe — sicherlich ernstgemeinte Vorwürfe — gegen ein Mitgliedsland vorgebracht werden und dann von den Beteiligten oder von anderen widersprochen wird? Ich muß sagen, wer sich nicht schon vorher durch sorgfältige Informationen eine Meinung über diese Vorkommnisse gebildet hatte, kann sich auf

Grund einer solchen Debatte sicherlich keine Meinung bilden. Dies ist dafür nicht der geeignete Ort. Ich bin zwar der Auffassung, daß es die Beratende Versammlung des Europarats nicht unberührt lassen kann, wenn solche Vorwürfe erhoben werden; aber bitte nicht hier in dieser Versammlung im Detail! Das muß vielmehr an anderer Stelle geklärt werden.

Lassen Sie mich nun zum Kernthema zurückkehren. Ich begrüße die Vorschläge, die im Bericht des Kollegen Grieve, einem wirklich ausgezeichneten Bericht, zur **Weiterentwicklung der Konvention der Menschenrechte** gemacht worden sind. Dies betrifft sowohl das Verfahren, das von ihm vorgeschlagene Ad-hoc-Komitee wie auch das Materielle, d. h. das, was über ein kurz- und mittelfristiges Programm gesagt ist.

Ich möchte eine Bemerkung allgemeiner Art dazu machen, die — wie sollte es anders sein — genau an das anschließt, was mein Freund Bauer dazu gesagt hat. Auch ich bin der Ansicht, daß die Konvention der Menschenrechte im Kern ihren Wert darin hat, daß sie für den einzelnen **einklagbare Rechte** gewährt. Alles andere ist — lassen Sie mich das etwas krass sagen — Rankenwerk. Dies aber ist der Kern, dies ist das Wichtige. Wir haben in meinem Land einen solchen Fall erlebt, über den in Straßburg verhandelt worden ist. Ich habe daher, Herr Kollege Grieve, nur in einem Punkte Zweifel. Sie schlagen vor, ein **Menschenrecht auf Umweltschutz** zu formulieren. Daß ein solches Recht im Einzelfall einklagbar und durchsetzbar sein könnte, erscheint mir fraglich. Aber gut, Sie haben gesagt, das solle geprüft werden; also mag es geprüft werden. Aus gleichem Grunde bin ich skeptisch hinsichtlich des Änderungsantrages zu Nr. 4 a, wo es um das **Recht auf Wohnung und Beschäftigung** geht. Das ist genau der gleiche Fall.

Lassen Sie mich nun noch zu einigen anderen Punkten etwas sagen. Ich begrüße es ausdrücklich, daß unter A 2 ein **Symposion hinsichtlich der Frage** vorgeschlagen wird, **wann das Leben beginnt und endet**; denn ich glaube — Frau Kollegin Ahern ist leider nicht da —, so sicher ist das nicht, wann das Leben beginnt. Es geht dabei nicht um eine Weltanschauungsfrage. Für denjenigen, der einen bestimmten weltanschaulichen Standpunkt hat, ist es ganz sicher, aber die Wissenschaft ist sich da keineswegs so einig, und ich halte es durchaus für möglich, daß die Wissenschaft so weit fortschreitet, daß man zu anderen völlig sicheren Ergebnissen kommen kann. Mit einiger Sicherheit kann man dies meiner Ansicht nach heute schon. Hier weiche ich von dem ab, was die Frau Kollegin Ahern vorgetragen hat.

Das zweite Problem, das ich hier ausdrücklich unterstreichen möchte, ist die Prüfung der **Freiheit von Information und Presse**. Ich brauche dies nur zu erwähnen, Herr Präsident, denn darüber haben wir hier lange debattiert. Dies ist eine fundamentale Sache, und hier ist ein einklagbares und durchsetzbares Recht durchaus vorstellbar.

Lassen Sie mich drittens und letztens besonders auf die vorgeschlagene **Studie über die Möglichkeit**

einer Charta zum Schutz von Menschenrechten gegen private Personen und Einrichtungen hinweisen. Herr Präsident, heute ist es in vielen Fällen nicht der Staat, der Freiheitsrechte des einzelnen bedroht, sondern es sind andere große Mächte der Gesellschaft. Mit dieser fundamentalen Frage sollte man sich unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung intensiv beschäftigen. (Beifall)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Bundesrates für Justiz und Polizeiwesen und Vorsitzenden der 7. europäischen Justizministerkonferenz (Basel, 15. bis 18. 5. 1972), Furgler (Schweiz)

Sieglerschmidt (SPD): Herr Minister, ich möchte zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, einen so eminenten Kollegen des Rechtsausschusses in dieser Position hier begrüßen zu können. Das läßt die anderen Mitglieder des Rechtsausschusses — ich möchte mich hier ausdrücklich ausschließen — hoffen, was Sie noch alles werden können.

Aber nun lassen Sie mich Ihnen drei Fragen stellen, die zusammenhängen.

Die erste Frage lautet: Wird die Justizministerkonferenz in Stockholm sich im Juni nächsten Jahres mit der auch von Ihnen verhältnismäßig ausführlich behandelten Frage der **Abgrenzung der rechtspolitischen Tätigkeit der Beratenden Versammlung des Europarats** auf der einen Seite und der **Europäischen Gemeinschaft** auf der anderen Seite befassen?

Frage Nr. 2: Würden Sie mit mir darin übereinstimmen — oder beurteilen Sie es anders, Herr Minister —, daß es in der Frage der Abgrenzung nicht so sehr darauf ankommt, für ein Rechtsproblem die Zuständigkeit der einen oder der anderen Institution zuzuteilen, sondern daß es mehr, jedenfalls häufig darauf ankommen wird, bei einem Rechtsproblem, das von beiden Institutionen bearbeitet wird, in sinnvoller Weise zu einer **Arbeitsteilung** zu kommen?

Die dritte Frage: Wie beurteilen Sie die Aussichten — auch in zeitlicher Hinsicht —, zu einer solchen sinnvollen Abgrenzung zu kommen?

Bundesrat Furgler (Schweiz) antwortet, daß bei der Konferenz in Stockholm die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen der EWG und dem Europarat eingehend geprüft werde. Was die zweite Frage anbetreffe, so sei er der Meinung, daß alle Länder auf eine Synthese zwischen der erweiterten EWG und dem Europarat hinarbeiten müßten. Drittens glaube er, daß dieses Ziel nur durch ständige Bemühungen der Sonderausschüsse des Europarates und der Justizminister zu erreichen sei.

Bauer (Würzburg) (SPD): Herr Minister Furgler, ich darf Ihre Anwesenheit in diesem Hause zum Anlaß nehmen, mich nach folgendem zu erkundigen: Wann wird der **schweizerische Bundesrat**, der meines Wissens das Verfahren zur Ratifizierung

der **Europäischen Menschenrechtskonvention** noch nicht eingeleitet hat, die **Ratifizierungsprozedur** vornehmen?

Meine zweite Frage schließt sich daran an. Die italienische Regierung hat die sogenannte Individualbeschwerde anerkannt. Wird sich die Schweiz auch in diese Richtung entscheiden?

Bundesrat Furgler antwortet, daß nach seiner durch die Reform der Schweizer Verfassung verursachten Verzögerung die Schweiz die Menschenrechtskonvention in naher Zukunft unterzeichnen werde: das Schweizer Parlament und die Stände würden Anfang nächsten Jahres darüber abstimmen. Was die zweite Frage zur Individualbeschwerde anbetreffe, könne er keine endgültige Antwort geben, aber er werde Herrn Bauer nach einer Rücksprache mit seinen Kollegen eine Notiz zukommen lassen.

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 3170)

Blumenfeld ⁽¹⁾ (CDU/CSU): Herr Minister, es freut mich sehr, Sie wieder in der Versammlung begrüßen zu können, nachdem wir Sie in Ihrem Lande besuchen und mit Ihnen in Ankara Gespräche führen durften.

Der Bericht, den der Herr Minister uns heute vorgelegt hat, befaßt sich mit einem sehr wichtigen Thema, dem **internationalen Terrorismus**. Ich hoffe, daß die Versammlung Gelegenheit erhalten wird, über dieses lebenswichtige Thema in aller Ausführlichkeit mit dem Ministerrat — vielleicht mit einer repräsentativen Delegation des Rates — zu sprechen, da die Parlamentarier der Lösung dieses Problems die größtmögliche Bedeutung beimessen. Wir hoffen, daß die Minister der Mitgliedstaaten so schnell wie möglich handeln. Dies gilt nicht nur für die europäischen Länder; denn das Übel, dem wir gegenüberstehen, ist ein weltweites Problem.

Als wir diese Angelegenheit am Samstag, wie Herr Ahlmark vor wenigen Minuten bemerkte, sehr leidenschaftlich berieten, hatten wir das Gefühl, daß bald wieder etwas passieren würde. Am Samstag nachmittag wußten wir aber nicht, daß dies so unmittelbar bevorstand und daß ein weiteres Passagierflugzeug von Terroristen entführt und auf einem Flughafen in Osteuropa landen würde. Jetzt, in diesem Augenblick sind siebzig oder mehr unschuldige Menschen und die Besatzung des Flugzeugs in Lebensgefahr. Wir wissen nicht, wie die Sache ausgehen wird.

Wir verlangen von unseren Regierungen ein schnelles Vorgehen gegen den Terrorismus — und wir beraten nur über den Terrorismus und nicht über die sogenannte Befreiungsbewegung. Wir sprechen über den internationalen Terrorismus in seiner

⁽¹⁾ Übersetzung des englischen Redetextes

schlimmsten Form. Wir verlangen von unseren Regierungen, daß sie gemeinsam Maßnahmen ergreifen, die die Bürger Europas in Zukunft vor dieser Gefahr bewahren können. Herr Minister, ich hoffe, daß es uns die Zeit erlauben wird, ein informelles Gespräch mit Ihnen über die spezifischen Aspekte des Terrorismus in Ihrem Lande sowie über die zahlreichen detaillierten und viel heikleren Probleme, denen Sie sich in Ihrem Lande im Vergleich zu anderen Ländern gegenübersehen, zu führen. Wir würden dazu ein paar Stunden später im Politischen Ausschuß Gelegenheit haben. Ich hoffe, daß es Ihnen möglich sein wird, die von den Mitgliedern dieser Versammlung gestellten Fragen zu beantworten, weil es absolut notwendig ist, daß Sie noch einmal eine klar umrissene Antwort auf die erhobenen Vorwürfe erteilen, die manchmal nicht vollständig beantwortet wurden. Wie ich höre, haben einige meiner Kollegen diese Fragen gestellt.

Ich bin sehr dankbar für die Ausführungen unseres Kollegen Feyzioglu; ich pflichte ihm in diesem Punkte bei. Er hat uns eine sehr leidenschaftliche Antwort gegeben; nun liegt es bei Ihnen, Herr Minister, eine Antwort zu erteilen, da Sie sich auch als Außenminister der Türkei an diese Versammlung gewandt haben. Ich hoffe also, daß Sie uns eine Antwort geben können, und wenn es die Zeit zuläßt, werden wir die Angelegenheit mit Ihnen in der nicht-öffentlichen Sitzung des Politischen Ausschusses weiterberaten.

Sieglerschmidt (SPD): Herr Präsident! Ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie mir das Wort zu einer ganz kurzen Erklärung gegeben haben. Unser türkischer Kollege hat sich auch mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik beschäftigt, und ich nehme es ihm gar nicht übel, daß er sie so genau nicht kennt. Er hat davon gesprochen, daß Richter von einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments abgesetzt werden können. Dies stimmt natürlich nicht. Vielmehr können die Richter im Wege der sogenannten **Richteranklage** nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Bundesverfassungsgerichts, des Supreme Court, abgesetzt werden. Mir lag bloß daran, den falschen Eindruck, daß die Legislative hier in die dritte Gewalt eingreife, nicht aufkommen zu lassen.

Außenminister Bayülken (Türkei) (amtierender Präsident des Ministerkomitees) dankt Herrn Blumenfeld für die Einladung, vor dem Politischen Ausschuß zu sprechen. Es sei die Pflicht aller Mitgliedstaaten des Europarates, die demokratische Staatsform zu verteidigen und dabei darauf zu achten, im Kampf gegen den Terrorismus nicht selbst Ungerechtigkeiten zu begehen.

n o c h Tagesordnungspunkt:

Internationaler Terrorismus

(Drucksache 3201)

Berichterstatter: Herr Blumenfeld

Blumenfeld (CDU/CSU): Herr Präsident, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir das Wort geben. Ich

möchte in diesem Augenblick nicht mehr im einzelnen auf die Debatte eingehen, die wir am Samstag über drei Stunden lang geführt haben. Ich möchte nur noch drei Punkte erwähnen:

Erstens. Ich bin außerordentlich dankbar für die zum Teil leidenschaftlich geführte Debatte und für die große Zustimmung, die die ca. 20 Kollegen in der Debatte den Vorschlägen, der Empfehlung und der Entschließung, die ich vorgelegt habe, gegeben haben. Sowohl am Samstag wie auch heute ist so viel zum Thema Terrorismus gesagt worden, daß ich dem nichts mehr hinzufügen kann und will.

Zweiter Punkt. Herr Präsident, ich glaube, es wird gut sein, wenn sowohl das Büro wie auch das Sekretariat und der Greffe und seine Mitarbeiter solche wichtigen politischen Debatten nicht auf ein Wochenende ansetzen. Ich weiß, daß es diesmal besonders schwierig war, die **Tagesordnung** zu gestalten, und möchte auch nachträglich keine Kritik an dem üben, was das Büro und Sie, Herr Präsident, im Hinblick auf die Tagesordnung als richtig empfunden haben. Ich meine nur, daß, so schwierig es auch ist, auszuloten, was die Parlamentarier empfinden und was sie als wichtig ansehen, ein bißchen mehr die **Prioritäten für wichtige politische Diskussionen** im Ablauf zukünftiger Tagesordnungen zu beachten sind. Ich hoffe, daß unsere Debatte über den Terrorismus nicht vollständig verlorengegangen ist und daß die öffentlichen Medien, die Presse und die Rundfunkstationen, auch noch im nachhinein dieser sehr profunden Debatte vom Samstag Beachtung schenken.

Der dritte Punkt. Herr Präsident, ich darf Ihnen gleichzeitig als Vorsitzender der Kommission noch berichten, daß sich die Politische Kommission heute früh unter dem Vorsitz des Kollegen Vizepräsident Czernetz mit den Änderungsanträgen befaßt hat. Sie hat den Änderungsantrag Nr. 1 und den Änderungsantrag Nr. 2 verworfen und hat dem Änderungsantrag Nr. 3 ihre Zustimmung gegeben. Ich kann mich als Berichterstatter damit vollinhaltlich einverstanden erklären und bitte die Plenarversammlung, ebenso zu votieren.

Sieglerschmidt (SPD): Herr Präsident, ich habe bereits in der Debatte am Sonnabend meine Meinung in dieser Angelegenheit dargelegt. Da aber am Sonnabend sehr viele Kollegen nicht anwesend waren und ich Wert darauf lege, keine Mißdeutung meines Abstimmungsverhaltens aufkommen zu lassen, habe ich um das Wort zu einer explication de vote gebeten.

Ich habe den Punkten 1 bis 6 der Empfehlung aus voller Überzeugung zugestimmt, weil ich meine, diese Versammlung sollte mit Nachdruck deutlich machen, daß sie gegen Terrorismus ist.

Bei der Abstimmung über den Punkt 7, der eigentlichen **Empfehlung an den Ministerrat**, habe ich mich der Stimme enthalten, weil ich der Meinung bin, daß diese Empfehlung nichts oder so gut wie nichts bewirken wird. Meiner Meinung nach ist es deshalb bei einer so ernstesten Sache ehrlicher, sich mit einer Resolution zu begnügen, statt den Anschein

zu erwecken, als ob man etwas täte, während in Wirklichkeit nichts geschieht. Mit anderen Worten: ich habe mich bei der Abstimmung über die Empfehlung an den Ministerrat nicht deshalb der Stimme enthalten, weil diese Empfehlung mir zu scharf erscheint, sondern deshalb, weil sie für mein Gefühl zu wenig bringt.

Ich habe Verständnis dafür, daß die einzigen beiden Wege, die hier Erfolg versprechen, nämlich weltweite Sanktionen und die Weigerung, sich von Terroristen erpressen zu lassen, von den Verfassern der Recommendation nicht gegangen worden sind, daß die Verfasser der Empfehlung diese Wege nicht für sinnvoll gehalten haben. Aber, wie gesagt: lieber nichts als eine solche Empfehlung an den Ministerrat, die nichts bewirkt!

Abgeordneter Pecoraro (Italien) weist darauf hin, daß, wenn er seinen Änderungsantrag eingebracht habe, dies nur geschehen sei, um eine klare Unterscheidung zwischen zwei Fragen zu machen, die nicht durcheinander gebracht werden dürften, und zwar die der palästinensischen Flüchtlinge und die des Terrorismus. Die Terrorakte seien kriminelle Akte und verdammswürdig; die klägliche Lage der Flüchtlinge müsse mit Menschlichkeit betrachtet werden. Indem die Versammlung die Regierungen auffordere, den Situationen, die den Terrorismus verursachen könnten, den Zündstoff zu nehmen, entspreche sie nur der weltweiten Meinung.

Blumenfeld (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich kann die letzten Worte des geschätzten Kollegen Pecoraro nur bedauern. Er muß schon der Debatte am Samstagnachmittag nicht beigewohnt haben, wenn er hier die Erklärung abgibt, daß diejenigen, die sich gegen den von ihm und seinen wenigen Kollegen vorgebrachten Antrag ausgesprochen hätten, keine irgendwie geartete politische oder geistige Begründung für die Zurückweisung dieses Antrages gegeben hätten. Nicht wäre falscher als das, und ich habe nochmals zu erklären, daß die Politische Kommission heute früh den Antrag mit großer Mehrheit zurückgewiesen hat.

Ich habe in der Debatte erklärt — Herr Kollege Pecoraro, ich möchte gern, daß Sie das endlich auch begreifen —, daß wir die Zustände in der Welt, was die Freiheitsbewegungen anlangt — nicht nur im Nahen Osten —, ernst nehmen, sie schon in früheren Jahren diskutiert haben und sie auch weiterhin diskutieren werden und daß wir früher schon einmal in einem spezifischen Fall — das ging Ihr Land an: Südtirol — eine Unterkommission eingesetzt haben, die sich mit den von Ihnen angesprochenen Fragen beschäftigt hat. Aber hier bei dieser Entschließung einen solchen Änderungs- oder Zusatzantrag einzubringen, bedeutet doch, verehrter Herr Kollege Pecoraro, daß Sie genau das tun, wovon Sie sich jetzt soeben in Ihrer Begründung abgesetzt haben, nämlich daß Sie die terroristischen Anschläge an all den Plätzen der Welt und bei all den Organisationen, die einer Pseudo-Freiheitsbewegung oder revolutionären Gedanken Vor-schub leisten, noch mit dem moralischen Etikett der

Beratenden Versammlung des Europarats versehen, daß Sie den Terroristen ein Alibi geben, weiterhin Terror auszuüben, indem sie sagen: Ja, die Regierungen haben die sozialen Bedingungen nicht in Ordnung gebracht, und wir hungern oder wir fühlen uns politisch irgendwie betroffen oder unter Zwang gesetzt.

Herr Pecoraro, ich appelliere auch an Sie und Ihr Land. Denken Sie daran, was Sie in dem Augenblick, wo wir dem internationalen Terrorismus den Kampf ansagen und unsere Regierungen auffordern, etwas Entscheidendes zu tun, den terroristischen Organisationen für ein Alibi geben, diesen Organisationen, die, wie gesagt, unter dem Pseudo-Etikett revolutionärer Politiken auftreten, um die Verfassung anzugreifen, um die Regierung zu stürzen oder um unter diesem Deckmantel Zivilisten zu ermorden.

Am Samstag habe ich auf mein eigenes Land hingewiesen und gesagt: Wer könnte behaupten, daß die Baader-Meinhof-Bande, diese unter „politischen Vorzeichen“ angetretene Gruppe von Revolutionären, die zu Kriminellen wurden, etwa Hunger gelitten hätte oder ihre politischen Überzeugungen in früherer Zeit nicht hätte darlegen können. Sie haben ihre politischen Überzeugungen darlegen können, und trotzdem sind sie zu Terroristen geworden. Von diesem Augenblick an galt ihnen der Kampf mit den gesetzlichen und verfassungsgemäßen Mitteln, mit den Rechtsmitteln, über die unsere demokratisch-parlamentarischen Rechtsstaaten verfügen. Aber wir müssen sie einsetzen.

Ich bitte deshalb noch einmal die Kollegen, bei allem Verständnis für das Motiv, das aus dem Antrag Pecoraro auch zu uns, die wir dagegen sind, spricht, diesen Änderungs- oder Zusatzantrag abzulehnen, weil er nicht nur Verwirrung stiften, sondern das Gegenteil von dem bewirken würde, was wir mit der gesamten Resolution, so wie sie jetzt vorliegt, bewirken wollen. (Beifall)

Dienstag, 24. Oktober 1972

Tagesordnungspunkt:

Erstellung von Sozialberichten durch die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates

(Drucksache 3163)

Berichterstatter: Herr Roser

Roser (CDU/CSU), Berichterstatter: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben dieser Versammlung vor einiger Zeit bereits einen Zwischenbericht vorgelegt. Die Versammlung hat ihn seinerzeit angenommen. Der Ausschuß legt Ihnen heute den endgültigen Bericht in der Hoffnung vor, Ihre Zustimmung zu den Absichten zu finden, die wir mit diesem Bericht verbinden.

Wir gehen von vier Voraussetzungen aus, von denen wir meinen, daß sie von einer gewissen Bedeutung sind. Die erste Voraussetzung ist die, daß wir in Europa eine große und lange Tradition statistischer Berichte für alle Bereiche des Lebens, auch für den sozialen Bereich, haben. Eines der Probleme dabei ist, daß diese sozialen Daten und Statistiken, die erstellt werden, oft weithin exklusiv wirtschaftsorientiert und zu wenig humanorientiert sind. Deswegen wollen wir mit unserer Anregung erreichen, daß man stärker als bisher das in den Blick nimmt, was nach meinem Urteil gelegentlich nicht ganz hinreichend mit dem Begriff „Quality of life“ umschrieben wird. Es geht eben um eine stärkere **Humanorientierung** auch in der **sozialen Berichterstattung**.

Die zweite Voraussetzung, von der wir ausgehen, Herr Präsident: Wir haben eine Vielzahl von Erkenntnissen über das Wohlbefinden des Menschen. Es fehlt aber sehr oft für jene, die betroffen sind, und für jene, die im politischen Leben Entscheidungen zu treffen haben — das sind wir —, eine hinreichende **Information**, um sozialpolitische Entscheidungen zu stimulieren. Es fehlt insbesondere eine hinreichende Informierung derer, die die genannten Entscheidungen zu treffen haben, nämlich der Politiker. Wir möchten mit anderen Worten das **sozialpolitische Gespräch** in der Öffentlichkeit und in der Politik in den Mitgliedstaaten des Europarats stärker als bisher in Gang bringen.

Als drittes sehen wir die Tatsache, daß wir zunehmend zu einer Verklammerung der verschiedenen Völker kommen. Ich meine damit den großen **Prozeß der Migration** in Europa. Ich verwende den Begriff „Gastarbeiter“ nicht sehr gern, Tatsache ist aber, daß wir — in der herkömmlichen Terminologie gesprochen — gegenwärtig 6 Millionen Gastarbeiter haben und nach Hochrechnungen im Jahre 1980 mit 11 Millionen Gastarbeitern rechnen müssen. Auch daraus müssen sich gewisse Konsequenzen für die Sozialpolitik ergeben — so meinen wir wenigstens.

Zum vierten Tatbestand. In vielen Mitgliedstaaten hat sich die Erkenntnis der **Notwendigkeit einer zusammengefaßten Darstellung der Sozialpolitik** eines Landes durchgesetzt. Ich erwähne hier das Vereinigte Königreich oder auch mein Land. Andere Länder sind dabei, die Vorarbeiten für die Erstellung dieser **Sozialberichte** zu leisten, die Auskunft über den sozialen Standard eines Landes geben sollen. Dies bedeutet nach meinem Urteil Chance und Verpflichtung zugleich: eine Chance, weil eine Erkenntnis für notwendige administrative politische Entscheidungen vorliegt; Verpflichtung, weil wir jetzt europäisch denken müssen.

Die Intention des Berichtes ist daher folgende:

1. Wir wollen die Sozialberichterstattung in den europäischen Ländern stimulieren. Wo die Diskussion darüber noch nicht in Gang gekommen ist, soll sie in Gang gebracht werden.
2. Wir wollen mit diesem Bericht zu einer besseren Sozialberichterstattung auf nationaler Ebene

beitragen, und zwar verbessert im Sinne des von mir einleitend genannten Punktes.

3. Wir wollen jetzt die Chance nutzen, im Anfangsstadium dieser sozialpolitischen Überschau, die den einzelnen Ländern vorgelegt wird, zu **harmonisierten Berichten** zu kommen, und zwar sowohl inhaltlich wie auch methodisch harmonisiert, weil sie sich stark an der humanen und nicht nur an der wirtschaftlichen Situation orientieren sollen. Dabei ist mir bewußt, daß die Voraussetzungen für eine gute humane Sozialpolitik immer von der Wirtschaft geschaffen werden. Aber es geht um die Bemühungen, um die richtigen Trends. Eine inhaltliche Harmonisierung soll insofern herbeigeführt werden, als sich die Mitgliedstaaten auf ganz bestimmte, mit Präferenz zu erörternde Themen einigen sollten. Wir haben in Ziffer 9 des Berichts einige dieser Themen genannt: Bevölkerungswachstum, die Wanderungsbewegung, die Gesundheitssituation, die Einkommensverteilung, die „Civil rights“, die Beschäftigungslage in den Ländern, die ja soziale Auswirkungen hat, und die Bildung. Ich will das im einzelnen nicht vortragen. Wir meinen jedenfalls, daß diese Themen mit einer gewissen Priorität erörtert werden sollten.

Zum Methodischen ist zu sagen, daß es uns darum gehen muß, die Berichte, die jetzt auf nationaler Ebene erstellt werden oder künftig erstellt werden sollen, inhaltlich vergleichbar zu machen, vor allem hinsichtlich der Aussagen und des verwendeten statistischen Materials. Hier spielen die **sozialen Indikatoren**, die über den sozialen Standard eines Landes Auskunft geben sollen, eine gewisse Rolle. In der vergangenen Woche haben wir vom Generalsekretär der OECD einiges über die Bemühungen der OECD in diesem Bereich gehört. Wir wissen, daß es sich hier um eine sehr schwierige Arbeit handelt. Kein Land kann für sich allein diese sozialen Indikatoren ermitteln und erarbeiten; das kann nur gemeinsam geschehen. Wir meinen, daß die OECD dafür den notwendigen Apparat zur Verfügung hat. Wir wollen aber an dieser Arbeit mit beteiligt sein, so wie wir uns bei der Erstellung des Berichts um Informationen aus verschiedenen internationalen Organisationen und Gremien bemüht haben. Mit anderen Worten: Es geht darum, daß der Europarat ein Modell ausarbeitet, damit alle Staaten, stimuliert zur Berichterstattung im sozialen Bereich, methodisch und inhaltlich in gleicher und vergleichbarer Weise vorgehen. Es geht um die **Empfehlung eines einheitlichen Schemas** durch das Ministerkomitee. Wir haben in Ziffer 8 der ersten Empfehlung darauf Bezug genommen.

Zweitens: Wichtig scheint mir auch zu sein, daß sich gerade der **Europarat** als **Basis für diese Aktion** empfindet. In ihm sind die freien Länder mit sehr unterschiedlichem sozialem Standard optimal zusammengefaßt. Das ist eine gute und im übrigen verpflichtende Voraussetzung für unsere Bemühungen.

Zum anderen meine ich, daß hier der Europarat eine echte Chance hat, eine übergreifende europäische sozialpolitische Aktivität zu entfalten, ähnlich — wenn auch sicher nicht mit der gleichen Dignität — wie im Bereich der Menschenrechte. Es geht allerdings darum, daß wir eng zusammenarbeiten, daß wir die enge **Kooperation mit den Experten der internationalen Organisationen und mit der Administration der Mitgliedsländer** suchen. Politiker, Experten und Beamte können, wie ich meine, zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen unter dem Dach des Europarates sehr gut zusammenarbeiten. Darauf haben wir in Ziffer 19 des Ihnen vorliegenden Berichts Bezug genommen.

Drittens: Schließlich engagiert sich hier der Europarat angesichts der Tatsache, daß einzelne Mitgliedstaaten vermutlich nicht über die notwendigen Mittel, vielleicht auch nicht über die notwendigen datenmäßigen Erkenntnisse verfügen. Eine unserer Empfehlungen sagt darüber etwas aus. Wir meinen, daß es dem Europarat möglich sein müßte, ähnlich wie die OECD im Bereich der Wirtschaftsberichte einzelnen in Frage kommenden Staaten die Arbeit abzunehmen.

Wir wissen, daß es sich hier um eine große und auch schwierige Aufgabe handelt. Unser Ziel ist, in den einzelnen Ländern in gewissen zeitlichen Abständen — drei oder fünf Jahre — zu einer gewissen **Regelmäßigkeit der Berichterstattung** zu kommen. Unser Ziel ist ferner, daß die Bemühung um die Erkenntnis über die sozialen Trends nach vorn rückt und nicht nur die Information über Facts im Vordergrund steht. Schließlich geht die Bemühung dahin, daß Entscheidungen darüber herbeigeführt werden, welche Themen vorrangig zu behandeln sind. Es könnte ja sein, daß man in einem ersten Anlauf nicht alle enumerierten Themen zur Diskussion und Darstellung bringen will, sondern daß man sich dafür entscheidet, zunächst bestimmte vorrangige Themen auf der Basis nationaler, international vergleichbarer Berichte — um die internationale Vergleichbarkeit geht es — abzuhandeln in der Absicht, dann weitere Bereiche allmählich zu ermitteln.

In meinem Land sind wir, wenn wir im Parlament Anträge einbringen, gezwungen, finanzielle Deckungsvorschläge zu machen. Ich spreche damit die Frage an, die sicher kommen könnte: Welche **Kosten** wird das Ganze verursachen? Darüber Berechnungen anzustellen, habe ich und hat auch der Ausschuß keine Zeit. Aber ich meine, wir können von folgenden Tatsachen ausgehen:

Jedes Land hat seine Statistiken. Der Apparat ist vorhanden. Der Wille zur sozialen Berichterstattung ist ebenfalls vorhanden. Wenn der Apparat und wenn der Wille vorhanden ist, spielt das Geld keine allzu große Rolle. Im übrigen kostet es auch sehr wenig. Es geht darum, daß die vorhandenen Absichten europäisch harmonisiert und synchronisiert werden. Es geht um eine Standardisierung. Mit anderen Worten: eine Millionen-Affäre ist das

Ganze nicht; es geht um eine rationelle Verwendung vorhandener Mittel.

Im ganzen gesehen, Herr Präsident, fordern wir mit unserem Vorschlag dazu auf, einen Durchbruch im statistischen Denken zu erreichen. Ich würde mich mit der Vorsitzenden des Ausschusses freuen, wenn unser Bericht angenommen würde. (Beifall)

Roser (CDU/CSU), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sicherlich, Frau Kollegin Hubinek, verstehen wir den genannten Katalog nur als Beispiel, als nicht mehr und als nicht weniger. Angesichts der Schwierigkeiten, die wir ohnehin bei der Verwirklichung der Intention der Recommendation haben werden, muß man sich auf Beispiele beschränken.

Generell darf ich allen Kolleginnen und Kollegen, die das Wort ergriffen haben, nicht nur für die Zustimmung in ihren Aussagen, sondern auch für die Anerkennung sehr herzlich danken. Diese Anerkennung muß in erster Linie dem Stab des Ausschusses sowie der Frau Präsidentin und weniger mir gelten.

Bei den Ausführungen von Sir Rhys Williams fühlte ich mich sehr an unsere erste Ausschußsitzung erinnert, in der wir ähnlich zu Werk gingen. Seinerzeit stellten wir Überlegungen darüber an, wie ein solcher Sozialbericht mit den einzelnen Bereichen der Sozialpolitik in den verschiedenen Ländern gefüttert werden könnte. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß wir so sicher nicht vorgehen können, hoffen aber, daß das Ergebnis — **international vergleichbare Sozialberichte** der Mitgliedstaaten des Europarates — genau zu dem führen wird, was Sie, verehrter Herr Kollege, anstreben und wir alle wünschen. Wir meinen aber, man muß zunächst Einstimmigkeit darüber herbeiführen, daß Berichte erstellt und daß sie international vergleichbar gemacht werden sollen. Zum anderen kommt hier den sozialen Indikatoren, die ja auch auf der Basis sehr konkreter Informationen ermittelt werden müssen, eine große Bedeutung zu. Wir hoffen, die Probleme im zweiten Gang als Ergebnis der dann hoffentlich in ihrer Anlage übereinstimmenden vorliegenden Sozialberichte lösen zu können.

Noch eine letzte Bemerkung zu den Betrachtungen der Kollegen Molloy und Voogd. Ich gebe Herrn Kollegen Voogd recht: der Wohlstand ergibt sich aus einer Vielzahl von Zuständen, guten, erfreulichen und beklagenswerten, und sicher sind wir alle der Meinung, daß mit dem Fortschritt auf dem Felde der Sozialpolitik und des sozialen Lebens noch lange kein moralischer Fortschritt des Menschen verbunden ist. Trotzdem werden wir uns darum bemühen, allen Bürgern unserer Länder die gleichen Chancen zu geben, im Wohlstand zu leben, und um Fortschritt bemüht sein. Jeder, der Sozialpolitik macht, wird sich wahrscheinlich wie jener Fischer vorkommen, den Hemingway in seinem Buch „Der alte Mann und das Meer“ beschreibt: Wir haben zu arbeiten, unsere Pflicht zu tun, das Beste anzustreben, auch wenn wir am Ende doch nur ein Gerippe in Händen haben. (Beifall)

Tagesordnungspunkt:

Verbesserung der Versorgung von Krankenhauspatienten

(Drucksache 3157)

Ansprache des hessischen Sozialministers,
Dr. Horst Schmidt

Dr. Schmidt (Sozialminister des Landes Hessen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir der hohen Ehre bewußt, hier vor diesem Hohen Hause zu einem aktuellen gesundheitspolitischen Thema sprechen zu dürfen. Wie der Herr Präsident schon sagte, kann ich als früheres Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates diesen Umstand besonders würdigen und bedanke mich sehr herzlich insbesondere auch für die freundlichen Worte der Begrüßung.

Aus der Fülle aktueller und langfristiger Sachthemen, mit denen sich der Politiker auseinanderzusetzen hat, beansprucht jeweils das eine oder andere im ganz besonderen Maße seine Aufmerksamkeit, sein Engagement und seinen intensiven und zähen Einsatz. Für den fortschrittlichen Gesundheits- und Sozialpolitiker muß die zukünftige **Entwicklung unserer Krankenhäuser** ein in diesem Sinne herausragendes Thema sein. Diesen Rang verdient das Krankenhaus, weil hier der kranke oder verletzte Mensch, der Heilung oder Linderung sucht, in seinem persönlichsten Bereich, und das zumeist sehr entscheidend, betroffen ist.

Ein weiter Weg führt von den Armenspitälern und Siechenhäusern des Mittelalters bis zu den modernen Großkliniken unserer Zeit. Es wäre reizvoll, diese Entwicklung, die parallel zur Entwicklung der Medizin verlief, einmal darzustellen. Doch dies ist nicht meine heutige Aufgabe. Vielmehr geht es heute um die Beantwortung der Frage, ob alle unsere Krankenhäuser mit der genannten Entwicklung Schritt gehalten haben und ob und auf welchen Wegen sie modernen und zukünftigen Ansprüchen gerecht werden.

Nun, es gibt heute überall modern eingerichtete, mit neuesten medizinisch-technischen Einrichtungen versehene Kliniken, in denen die Patienten von hochqualifizierten und erfahrenen Fachleuten betreut werden. Aber ebenso gibt es auch heute noch überall Krankenhäuser, die nicht mehr heutigen Erkenntnissen und Ansprüchen genügen, obwohl auch dort Ärzte und ihre Helfer mehr als ihre Pflicht erfüllen. Diese noch erheblichen Unterschiede in der Qualität der Krankenhäuser bringen es mit sich, daß es mehr oder minder eine Sache des Zufalls, des Wohnortes oder des Geldbeutels ist, ob ein Patient in das richtige Krankenhaus kommt. Die Chancen für den kranken Menschen sind leider nicht immer gleich, auch wenn man davon absieht, daß jede Krankheit unterschiedliche Chancen aufweist.

Ich meine aber, daß gerade die **Verwirklichung dieser sozialen Chancengleichheit im Krankheitsfall** zu den vornehmsten Aufgaben gehören muß, die es

in der Politik gibt. Dies bedeutet, daß jeder Bürger einen Anspruch auf eine gleichwertige, optimale Krankenhausversorgung ohne Rücksicht auf sonst vorhandene wirtschaftliche oder soziale Unterschiede haben muß. Und um diese Problematik geht es bei der Prüfung der Frage, ob und in welcher Weise unser Krankenhauswesen weiterentwickelt werden soll.

Sie behandeln heute eine Entschließung, die nicht nur die Situation unserer Krankenhäuser aufzeigt, sondern auch in zahlreichen Forderungen den Weg zu einem bedarfsgerecht gegliederten System von Krankenhäusern weist, die modernen Ansprüchen gerecht werden und den kranken Menschen bessere Chancen im Krankheitsfalle eröffnen sollen.

Das deutsche Bundesland **Hessen**, für dessen Sozial- und Gesundheitspolitik ich verantwortlich bin, hat vor zwei Jahren begonnen, im Sinne der aufgezeigten Notwendigkeiten die **Reform des Krankenhauswesens** durchzuführen. Sie wissen alle, daß sich Reformen nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen, und Sie wissen auch, daß Reformen Geld kosten. Die ersten Erfolge, die wir gemeinsam mit Ärzten und Krankenhausträgern errungen haben, sind ermutigend und bestätigen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Ich möchte Ihnen über Inhalt und bisheriges Ergebnis dieser unserer Bemühungen in aller gebotenen Kürze berichten.

Drei Schwerpunkte sind es, die bei einer Reform des Krankenhauswesens beachtet werden müssen: Die äußere Struktur, die innere Struktur und die Situation des Fachpersonals. Diese drei Schwerpunkte sind eng miteinander verknüpft; ihre Probleme sind nicht isoliert lösbar, sondern nur gemeinsam.

Zunächst zur **äußeren Struktur**. Es muß ein Weg gefunden werden, die vorhandenen und die neu zu errichtenden Krankenhäuser in ein System einzuordnen, das jedem Bürger adäquate, bestmögliche Behandlung ermöglicht. Dies bedeutet, daß in vertretbaren Entfernungen alle Typen von Krankenhäusern — von der Mindestversorgung bis zur Maximalversorgung — vorgehalten werden müssen. Durch strenge **Funktionseinteilung** ergänzen sie sich zu einem optimalen Angebot an Versorgungsleistungen.

Allein schon aus Kostengründen ist eine solche Funktionseinteilung notwendig. Der Bau eines Krankenhausbettes kostet heute in der Bundesrepublik mindestens 100 000 DM, in Universitätskliniken bei ungünstiger Planung sogar über 250 000 DM. Um so notwendiger ist es deshalb, daß jedes einzelne Krankenhaus nur funktionsgerechte Aufgaben übernimmt. Ein Krankenhaus der Grundversorgung kann beispielsweise keine große Herzchirurgie betreiben wollen, denn hierzu wäre ein personeller und technischer Apparat nötig, der niemals voll ausgelastet sein könnte. Schwierige, hohen technischen Aufwand erfordernde Behandlungen müssen den Krankenhäusern der Zentral- und Maximalversorgung vorbehalten bleiben.

Wir haben bei uns in Hessen diesen Weg beschritten. In sechs Krankenhausversorgungsgebiete

ten ist jeweils ein **bedarfsgerecht gegliedertes System von Krankenhäusern** konzipiert worden. Ein gemeinsam mit den Krankenhausträgern erarbeiteter Bettenbedarfsplan weist für jedes Krankenhaus die Größe und die Funktion und damit auch perspektivisch seine Rolle aus. Auf diese Weise werden Fehlinvestitionen weitgehend vermieden. Eine Hilfe ist bei der Durchführung dieser Planung das neue **Krankenhausfinanzierungsgesetz** der Bundesrepublik. Dieses Gesetz verpflichtet die öffentlichen Hände zur vollen Finanzierung der Krankenhäuser — und wer das Geld gibt, kann, ja, muß sogar entsprechenden Einfluß ausüben.

Gleichzeitig mit der Verbesserung der äußeren Struktur unserer Krankenhäuser muß der Versuch unternommen werden, auch die **inneren Strukturen** zu modernisieren. Dabei steht — wie kann es anders sein — der Patient im Mittelpunkt der Bemühungen. Wenn wir die Chancengleichheit in den Krankenhäusern verwirklichen wollen, dann darf es keine unterschiedliche Unterbringung und Behandlung mehr geben, oder anders gesagt: es gibt heute keinen vernünftigen Grund mehr, im Krankenhaus in der Stunde der Not noch **Pflegeklassenunterschiede** zu machen.

Um diesen Grundsatz zu realisieren, haben wir in unserem Bundesland Hessen für den Bau neuer und für die **Modernisierung** bestehender Krankenhäuser **fünf Bedingungen** festgelegt:

1. In den Krankenzimmern sollen in der Regel nicht mehr als drei Betten stehen.
2. Besondere Privatstationen gibt es nicht mehr; die Betten für die selbstzahlenden Patienten sind in die allgemeinen Stationen zu integrieren.
3. Die Fachabteilungen sollen nicht mehr als 100 bis 120 Betten haben, damit die Chefarzte alle Patienten verantwortlich betreuen können.
4. In der gesamten Krankenhausversorgung gibt es keine Unterschiede mehr zwischen selbstzahlenden und sozialversicherten Patienten. Dies gilt für die ärztliche Betreuung wie auch für den ganzen Tagesablauf, von der Verpflegung bis zur Regelung der Besuchszeit.
5. Die Chefarzte geben einen Teil ihrer Privateinkünfte an ihre Mitarbeiter ab, die ihnen helfend zur Seite stehen. Die Verteilung der Gelder geschieht nach dem demokratischen Prinzip der Mitbestimmung.

Nicht nur alle im Bau befindlichen Krankenhäuser werden nach ihrer Fertigstellung diese fünf von mir genannten Kriterien anwenden; auch eine Reihe von bestehenden Krankenhäusern hat bereits freiwillig ihre Reformbereitschaft zu erkennen gegeben. Allein im ersten Jahr dieser unserer Bemühungen sind zwölf Krankenhäuser mit insgesamt 3500 Betten — das sind 10 % unseres gesamten Bettenbestandes — auf diese Reformkonzeption eingegangen; ebenso als erste deutsche Universitätsklinik die medizinische Fakultät in Frankfurt am Main mit nahezu 2000 Betten.

Die ersten Erfolge wären nicht möglich gewesen, wenn nicht alle Beteiligten bewußt mitgewirkt hätten. Sie zeigen darüber hinaus die Praktikabilität jener zunächst im politischen Raum proklamierten Strukturgrundsätze der Krankenhäuser, eine Erfahrung, die uns einmal mehr verdeutlicht, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Eine weitere Beschleunigung wird unser **Krankenhausgesetz** bringen, das noch in diesem Jahre parlamentarisch behandelt wird und die Strukturverbesserungen dann zwingend vorschreibt.

Allerdings ist es genauso wichtig, die **Situation des Krankenhauspersonals** insgesamt zu verbessern. Dies gilt für den ärztlichen Bereich, wo Einzelverantwortung wie auch die Teamarbeit verstärkt werden müssen. Beides wird sich zum Wohle der Patienten auswirken. Dies gilt auch für den pflegerischen Bereich, wo durch Gruppenpflege einerseits und größere Selbständigkeit für die einzelne Pflegekraft andererseits ebenfalls bessere Wirkungen erzielt werden können. Voraussetzung hierzu ist aber die Verbesserung der Arbeits- und sonstigen Lebensbedingungen des Pflegepersonals. Obgleich die Zahl der Pflegekräfte erheblich zugenommen hat, sind zur Zeit noch immer Mängel vorhanden. Sie sind nicht etwa nur auf die inzwischen eingeführten Arbeitszeitverkürzungen zurückzuführen. Sie beruhen vielmehr vor allem darauf, daß mancherorts der Beruf nicht attraktiv genug erscheint.

Deshalb müssen die **Arbeits- und Unterbringungsbedingungen** verbessert werden: Moderne Wohnungen mit entsprechendem Komfort sind als Ausgleich für die schwere, verantwortungsvolle Arbeit der Schwestern eine dringende Notwendigkeit. Auch müssen die Arbeitsbedingungen weiter an die anderer Berufe angepaßt werden. Schließlich könnten wohl auch bessere Ausbildungsstätten die Attraktivität der Pflegeberufe steigern.

Wir versuchen bei uns diesen Erfordernissen gerecht zu werden, indem wir neben einer großzügigen Förderung des Krankenhausbaus auch Personalwohnheime mitfinanzieren. Allein in den letzten zwölf Jahren wurden mehr als 800 Wohnplätze von uns gefördert. Eine ganze Reihe von Problemen hat für die künftige Entwicklung unserer Krankenhäuser deswegen eine besondere Bedeutung, weil damit finanzielle Auswirkungen verbunden sind. Ich will nur darauf verweisen, daß in zunehmendem Maße die **wirtschaftliche Betriebsführung der Krankenhäuser** diskutiert wird. Krankenhäuser mit vielen hundert Beschäftigten und mit Millionen-Umsätzen müssen heute wie ein Industriebetrieb arbeiten lernen — nicht um Gewinne zu erzielen, sondern um so wirtschaftlich wie möglich zu sein.

Auch die **Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung** im Krankenhausbereich ist sehr aktuell. Wenn es nicht gelingt, so früh wie möglich ein für alle Krankenhäuser verwendbares und austauschbares System zu finden, wird jeder nach eigenen Vorstellungen vorgehen. Dies wäre äußerst unzweckmäßig und unwirtschaftlich, und deshalb

müssen wir heute schon die entsprechenden Maßnahmen ergreifen.

Schließlich wird noch sehr lebhaft diskutiert, inwieweit die vorhandenen personellen und technischen Kapazitäten in den Krankenhäusern auch für die **ambulante medizinische Versorgung** genutzt werden können. Diese Frage wird keineswegs nur nach Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit erörtert, sie berührt auch ärztliche Standesprobleme. Diese Diskussionen sollten vor allem frei von Emotionen und Standesinteressen geführt werden. Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten, müssen nüchtern die Faktoren, die für eine Entscheidungsfindung von Bedeutung sind, gegeneinander abgewogen werden. Dies sind nach meiner Auffassung Quantität und Qualität moderner ambulanter ärztlicher Versorgung einerseits und die Möglichkeiten voller Kapazitätsausnutzung unserer Krankenhaus-einrichtungen auf der anderen Seite.

Vor uns liegt also ein weites Feld von Möglichkeiten, selbst wenn wir inzwischen schon entscheidende Schritte zur Modernisierung unserer Krankenhäuser eingeleitet haben. Reform der Krankenhäuser ist eine ständige Herausforderung, die niemals beendet sein wird, solange der Fortschritt in Medizin und Technik weitergeht.

Wir sollten uns diesen Aufgaben stellen — nicht zuletzt, weil es eine humanitäre Verpflichtung für uns Politiker ist, jedem Bürger im Krankheitsfalle die gleiche Chance zu geben. Ich bin sicher, daß die heutige Debatte und die Entschließung, die Sie verabschieden wollen, ihren Teil dazu beitragen werden, daß wir in der Lösung dieser so wichtigen Aufgabe einen großen Schritt vorankommen. (Beifall)

Frau Herklotz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können dem Ausschuß für Sozial- und Gesundheitsfragen nicht dankbar genug dafür sein, daß er die großen gesundheitspolitischen Fragen unserer Gegenwart immer wieder in den Mittelpunkt der Beratungen dieser unserer Versammlung stellt. Ich darf in diesem Zusammenhang an den Bericht über Vorsorgemedizin erinnern, der von unserem früheren Kollegen und heutigen Minister des Landes Hessen, Herrn Dr. Horst Schmidt, so stark initiiert worden ist.

Im Gegensatz zu unserer Kollegin aus Österreich vermag ich in dem uns vorliegenden Bericht und in der Empfehlung keine Ideologien zu finden, es sei denn die Ideologie von der Gleichheit der Menschen, ob sie arm oder reich, ob sie gesund oder krank sind. Oder man sucht selber eine Ideologie der Privilegierten.

Ich möchte Bericht und Empfehlung nachdrücklich unterstützen.

Leider hängt die Gesundheit in vielen Mitgliedsländern noch vom Geldbeutel ab. Ich würde sogar darüber hinausgehen und die These aufstellen, daß **Gewinnstreben** keine Basis für eine gute **Vorsorge** ist.

In der Wunschliste der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland rangiert die Gesundheit

an oberster Stelle. Um die Gesundheit erhalten oder sie Kranken wiedergeben zu können, braucht man gute Ärzte und ein funktionierendes Gesundheitswesen.

Ich habe soeben im Zusammenhang mit der Vorsorge vom Gewinnstreben gesprochen. Dabei denke ich daran, daß **Diagnose- und Vorsorgezentren** bzw. -krankenhäuser zur Zeit überwiegend auf privater Basis entstehen. Wenn ich es ideologisch ausdrücken wollte, könnte ich auch sagen: auf privatkapitalistischer Basis. Dadurch ziehen zwar rationelle Organisationsformen in die Medizin ein, gleichzeitig aber wächst das Streben nach hohen und immer höher werdenden Gewinnen. Das ist meiner Ansicht nach nicht der richtige Weg einer optimalen Gesundheitsvorsorge. Sehr häufig wollen kapitalkräftige Kreise mit der Gesundheit ihrer Mitbürger ihre Geschäfte machen. Die Inanspruchnahme der modernen Diagnostik in den Diagnostikzentren und -krankenhäusern darf aber nicht vom Geldbeutel abhängen. Ich meine, auch über dieses Kapitel muß man im Zusammenhang mit dem Bericht und der Empfehlung hier sprechen. Für die Bundesrepublik Deutschland möchte ich sagen, daß solche medizinisch-technischen Zentren auch für kassenärztliche Versorgungen eingerichtet werden müssen.

Man könnte vielleicht auch ein Wort über die Zunahme der Erkrankungen, insbesondere bei der arbeitenden Bevölkerung, sagen. Das würde den Bereich der Arbeitsmedizin betreffen. Damit würde der Rahmen unserer heutigen Debatte aber wohl zu weit ausgedehnt.

Ein Problem, das uns sicher in vielen Ländern bewegt, ist die **Aufenthaltsdauer in Krankenhäusern**. Diese könnte bestimmt häufig gesenkt werden. Man sollte den Kliniken gestatten, bestimmte Vorrichtungen an ihren Patienten auch ambulant vorzunehmen. Auch kann man erwägen, **nicht ausgelastete Apparaturen in Krankenhäusern** den niedergelassenen Ärzten zur Mitbenutzung zur Verfügung zu stellen.

Unser Bericht behandelt sehr ausführlich die inneren **Strukturen der Krankenhäuser**, die reformbedürftig sind. Herr Minister Schmidt hat ausführlich von den Einkommensdifferenzen zwischen Chefärzten und nachgeordneten Ärzten gesprochen. Das ist ein Problem, dessen Lösung im Lande Hessen und sicher auch in anderen Ländern in Angriff genommen wird.

Der Begriff „**klassenloses Krankenhaus**“ sollte frei von Ideologie gesehen werden. In der Stadt Augsburg wurde bei etwa 4 500 Haushaltungen eine Umfrage durchgeführt. 70 % aller Befragten haben sich für das klassenlose Krankenhaus ausgesprochen. Ich bin sicher: auch wo dieses klassenlose Krankenhaus entsteht, wird es hier und da noch Unterschiede geben, und vielleicht sollten diese Unterschiede bis zu einem gewissen Grade auch bestehenbleiben. Aber diesen kurzen Hinweis wollte ich hier doch geben. Ich danke allen Beteiligten von Herzen dafür, daß sie diese wichtige Frage aufgegriffen haben. (Beifall)

Tagesordnungspunkt:

Bestimmte Aspekte des Erwerbs der Staatsangehörigkeit

(Drucksache 3159)

Berichterstatter: Herr Sieglerschmidt

Sieglerschmidt (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, ich darf in Übereinstimmung mit dem Präsidenten der Kommission, dem Kollegen Margue, zu diesem Tagesordnungspunkt zur Geschäftsordnung — nicht zur Sache — folgendes sagen:

Ich glaube, daß es wenig sinnvoll wäre, in dieser Situation, wie sie sich jetzt darstellt, eine so wichtige Frage wie die Angleichung des Staatsangehörigkeitsrechts zu diskutieren. Eine Reihe von wichtigen Kollegen — ich denke nur an die Kollegin Bergegren, die Vorsitzende des Sozialausschusses, von der ich weiß, daß sie einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion zu leisten hätte — sind nicht anwesend. Mir erscheint es deshalb nicht angemessen, die Frage jetzt zu diskutieren.

Gleichzeitig möchte ich aber auch sagen, daß ich den Vorschlag des Präsidenten, diesen Tagesordnungspunkt heute nachmittag an den Schluß zu setzen, für völlig unangemessen halte. Mir ist zwar bekannt, daß nach katholischem Ritus die Messe in der Kirche auch dann gelesen wird, wenn niemand anwesend ist. Ich habe aber als Berichterstatter nicht die Absicht, ein solcher Priester des Staatsangehörigkeitsrechts zu werden.

Deshalb möchte ich das Präsidentenbüro bitten, diesen, wie ich meine, wichtigen Punkt auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung zu setzen, wenn möglich zu einem angemessenen Zeitpunkt.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang drei Bemerkungen.

Erstens. Die Abwicklung unserer Tagesordnung hat gezeigt, daß durch die Fülle der Punkte, die heraufgesetzt worden waren, nicht nur hier, sondern an verschiedenen Stellen Kollisionen eingetreten sind. Weniger wäre meines Erachtens mehr gewesen, und ich möchte das Präsidentenbüro bitten, doch diesen Gesichtspunkt bei der Zusammenstellung der nächsten Tagesordnung zu erwägen.

Zweitens. In der gestrigen Vormittagssitzung ist zunächst festgelegt worden, nachdem die Kollegin Dame Joan Vickers dankenswerterweise einer Vertagung ihres Punktes zugestimmt halte, daß heute morgen mit den beiden juristischen Berichten begonnen werden sollte. Weder der Präsident der Kommission, der Kollege Margue, noch ich als Berichterstatter sind davon unterrichtet worden, daß es hier eine Änderung geben würde. Ich weiß wohl, daß dies am Ende der gestrigen Sitzung verkündet worden ist, aber ich halte das — lassen Sie mich das mit allem Freimut sagen, Herr Präsident — für kein angemessenes Verfahren. Der Präsident der Kommission oder zumindest der Berichterstatter hätte unterrichtet werden müssen.

Drittens und letztens. Ihnen, soweit Sie noch da sind, und vielen anderen wird bekannt sein, daß die Tendenzen des Ministerrats bezüglich der Zukunft des Europarats dahin gehen, den Rechtsfragen unter den Fragen, die dem Europarat verbleiben, eine ganz besondere Bedeutung zuzumessen. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Behandlung der rechtlichen Punkte auf dieser Tagesordnung diesen Tendenzen des Ministerrats entspricht, und möchte herzlich darum bitten, daß dieser Gesichtspunkt auch bei Festlegung und Abwicklung der nächsten Tagesordnung stärkere Berücksichtigung findet.

Tagesordnungspunkt:

Die Europäische Integration nach dem „Gipfel“ der Neun (Allgemeine Politik des Europarates) (Drucksache 3210)

Berichtersteller: Abgeordneter Sir John Rodgers

Ansprache des Sonderbeauftragten des französischen Außenministers, Minister Bettencourt

Sieglerschmidt (SPD): Herr Minister, gestatten Sie mir, mit einer Anmerkung zu Ihren letzten Ausführungen zu beginnen. Ich hoffe, daß das europäische Verantwortungsbewußtsein, von dem Sie als Kriterium für die direkten Wahlen gesprochen haben, schneller als in den letzten zehn Jahren seit den Beschlüssen des Europäischen Parlaments zur Frage der Direktwahl wächst.

Aber jetzt meine Frage! Ich habe mit besonderer Aufmerksamkeit den Absatz des Kommuniqués von Paris gelesen, der sich mit der europäischen Sicherheitskonferenz beschäftigt. Er lautet:

Cette politique de coopération est, au stade actuel, étroitement liée à la préparation et au déroulement de la Conférence sur la sécurité et la coopération européenne où la Communauté et les Etats membres sont appelés dans ce domaine à apporter une contribution concertée et constructive.

Herr Minister, ich hätte mir hier wie an manchen anderen Stellen des Kommuniqués gewünscht, daß man etwas weniger vorsichtig gewesen wäre und gesagt hätte: Die Regierungs- und Staatschefs haben sich darauf geeinigt, daß ihre Vertreter auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einen solchen konzertierten und konstruktiven Beitrag leisten werden.

Meine Frage: Sind die Vorbedingungen für einen solchen konzertierten Beitrag auf dieser Konferenz — und jetzt lege ich den Ton auf „konzertiert“ — gegeben? Wir wissen ja alle, daß es sich dabei nicht nur um gemeinsame Willensbekundungen als Voraussetzung für einen Beitrag handelt, sondern daß es hier um ein gutes Stück praktischer Arbeit geht. Oder werden die Voraussetzungen — um es

genau zu sagen — bis zum 22. November gegeben sein, wenn der sogenannte Salon in Helsinki eröffnet wird?

Minister Bettencourt glaubt, daß die neun Mitglieder der Gemeinschaft zusammen eine bedeutende Rolle bei der KSZE spielen könnten. Dabei hänge viel von einer sorgfältigen Vorbereitung der Konferenz durch die Außenminister ab.

Blumenfeld (CDU/CSU): Ich bedanke mich bei dem Herrn Minister, daß er mir die Gelegenheit gibt, ein paar Bemerkungen in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Politischen Kommission zu machen. Im übrigen möchte ich den Herrn Minister ersuchen, den Bericht, den Sir John Rodgers vorhin erstattet hat, und den Schriftlichen Bericht, den wir nachher beschließen werden, einem eingehenden Studium zu unterziehen. Er wird daraus ersehen, daß die Parlamentarier — er selbst ist ein alter und erfahrener Parlamentarier — natürlich nie zufrieden sind und immer drängen werden. Sie werden das, was die Staatschefs am Gipfel und auch in der Zukunft tun werden, kritisch verfolgen. Deswegen schicke ich eine Vorbemerkung voraus, Herr Minister, und als alter Freund darf ich hoffen, daß Sie sie nicht falsch verstehen werden. Sicherlich ist es heute zu früh, schon ein endgültiges Urteil über die Gipfelkonferenz von Paris zu fällen. Ob diese Konferenz ein wirklicher Erfolg war oder nicht und ob entsprechend dem wortreichen Abschlußkommuniqué Konsequenzen gezogen werden, das werden die kommenden Monate beweisen. Ich möchte gleich hinzufügen: das, was Sie uns heute gesagt haben, hat uns hoffnungsvoller gestimmt.

Nun aber haben Sie von der Wirtschafts- und Währungsunion als einem der wichtigsten Teile des Gipfeltreffens gesprochen. Wenn hierbei die Gründung eines gemeinsamen Währungsfonds zum 1. April des kommenden Jahres als ein großer Fortschritt gefeiert wird, Herr Minister, so muß daran erinnert werden, daß leider keine konkreten Verpflichtungen zur engen wirtschafts- und konjunkturpolitischen Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten eingegangen worden sind, die eine wirkliche europäische Stabilitätsgemeinschaft gewährleisten würden. Hierzu ist vielmehr unerlässlich — und das ist meine Frage an Sie —, daß der **Stufenplan für die Wirtschafts- und Währungsunion** im Sinne des Werner-Berichts konsequent durchgeführt wird, und zwar — nun kommt es — mit einem gemeinsamen Entscheidungszentrum und sobald wie möglich mit einem gemeinsamen Zentralbanksystem, wovon weder bisher noch in Ihren Ausführungen die Rede sein konnte.

Wir begrüßen ausdrücklich vieles, was Sie gesagt haben. Wir begrüßen, daß die Regierungen beabsichtigen, sich nunmehr verstärkt der Sozialpolitik anzunehmen, und wir stimmen auch sehr freudig zu, wenn wir hören, daß die Zuständigkeit der Gemeinschaft nunmehr auf weitere Gebiete ausgedehnt werden soll und dazu unter anderem die Möglichkeiten des Artikels 235 ausgeschöpft werden sollen. Damit wird sicherlich ein wesentlicher

Schritt zur Deblockierung einer Reihe vitaler Gemeinschaftspolitiken getan.

Ein letztes Wort zu dem politischen Teil des Konferenzergebnisses. Sie haben am Gipfel von der **europäischen Union** gesprochen, die Ende dieses Jahrzehnts entstehen soll. Hierüber sollen die Gemeinschaftsorgane vor Ende 1975 einen Bericht ausarbeiten, der dann einer späteren Gipfelkonferenz unterbreitet wird. Diese Absichtserklärung ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Offen aber bleibt die Form einer solchen Union, offen bleibt, in welcher Weise sie herbeigeführt werden soll. Sofern man an nicht mehr als eine intergouvernementale Organisation von souveränen Nationalstaaten denken sollte, braucht man sich dazu nicht acht Jahre Zeit zu nehmen. Auch in der überkommenen Form der Ministerräte mit dem Prinzip der Einstimmigkeit ohne parlamentarische Kontrolle, mit einer leider schwach gewordenen Kommission und mit Regierungskonferenzen im Stile klassischer Diplomatie läßt sich keine gemeinsame Politik entwickeln und durchführen. Dies, Herr Minister, wäre nach unserer Auffassung kein brauchbares Fundament für eine funktionierende europäische Union, die diesen Namen verdiente. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Minister, wenn Sie dazu noch ein abschließendes Wort sagen könnten.

Minister Bettencourt erinnert an den genauen Text des Kommuniqués von Paris, in dem es heiÙe, daß die Mitgliedstaaten bis Ende 1973 Berichte vorlegen wollten. Für die Wirtschafts- und Währungsunion sei die Finanzministerkonferenz am 30. Oktober dieses Jahres von großer Bedeutung.

Blumenfeld ⁽¹⁾ (CDU/CSU): Ich habe der interessanten Debatte zugehört, die nun schon fünf Tage andauert, und möchte unserem Berichterstatter, Sir John Rodgers, herzlich dafür danken, daß er sich am Wochenende die Mühe gemacht hat, einen weiteren Bericht fertigzustellen. Für diese bemerkenswerte Leistung sind wir ihm alle sehr verpflichtet. Ich möchte jedoch nicht versäumen, die hier anwesenden Mitglieder gleichzeitig an die wertvolle Unterstützung durch die Ausschußsekretäre und das Verwaltungspersonal zu erinnern, die mehr als Überstunden geleistet haben und sogar das ganze Wochenende mit dem Entwerfen, Neuentwerfen und der Übersetzung der Texte in die verschiedenen Amtssprachen beschäftigt waren, und dies alles unter großem Zeitdruck. Ich bin der Meinung, daß wir ihnen sehr viel verdanken, und möchte es hier noch einmal vor allen Anwesenden betonen.

Herr Präsident, wie der Berichterstatter erwähnte, hatte der Politische Ausschuß, trotz der Sitzung

¹⁾ Übersetzung des englischen Redetextes

heute morgen keine Zeit, um im Ausschuß die vorhin von Sir Brandon Rhys Williams eingebrachten Änderungsanträge zu erörtern, aber ich hatte als Vorsitzender Gelegenheit, sie mit einigen Mitgliedern des Ausschusses kurz zu beraten, und wir alle möchten Sir Brandons sehr wertvolle Änderungsanträge nicht nur begrüßen, sondern sie auch unverändert in unseren Bericht einfügen, den wir der Versammlung zur Genehmigung vorlegen. Wir haben Sir Johns Bericht sowie den Empfehlungs- und Entschließungsentwurf einstimmig gebilligt, und es würde mich sehr freuen, Herr Präsident, wenn die Versammlung dies auch tun würde.

Ich bin Sir Brandon Rhys Williams besonders zu Dank verpflichtet, da er, als er seinen Änderungsantrag einbrachte, uns auf die Tatsache aufmerksam machte, daß der erste Absatz seines Änderungsantrags Nr. 1 und der letzte Absatz seines Änderungsantrags Nr. 3 sozusagen als politische und wirtschaftliche Einheit gesehen werden müssen, wenn die soeben von der Gipfelkonferenz beschlossene Schaffung eines Währungsfonds tatsächlich Ergebnisse erzielen soll.

Ich schlieÙe mich vorbehaltlos dem Gutachten des Berichterstatters des Wirtschaftsausschusses an und hoffe, wie ich schon im Gespräch mit Herrn Bettencourt erwähnte, daß nicht nur die französische Regierung sondern auch alle anderen Regierungen der Neunergemeinschaft den Bericht, den wir heute vorlegen, eingehend prüfen werden, und zwar nicht im Sinne einer abschließenden Zusammenfassung der Gipfelkonferenz und ihrer Ergebnisse, sondern vielmehr als Zwischenbericht und parlamentarische Reaktion auf die Gipfelkonferenz und die Äußerungen der Staats- und Regierungschefs.

Ich stimme mit dem, was Michael Stewart zu den Kommuniqués sagte, völlig überein. Es lohnt sich zweifellos, dieses Kommuniqué, das wortreich in vielen verschiedenen Kapiteln viele Dinge erklärt, immer wieder zu lesen. Zweifelsohne werden sowohl der Politische Ausschuß als auch der Wirtschaftsausschuß aus eigener Initiative während der Januardebatte oder später auf diese politische und wirtschaftliche Kernfrage zurückkommen.

Sie werden sich daran erinnern, daß ich Herrn Bettencourt gegenüber die Hoffnung geäußert habe, — dies ist jetzt meine Schlußbemerkung, bevor ich die Annahme des Berichts und des Entschließungsentwurfs empfehle — diese Gipfelkonferenz möge die von ihr beschlossenen politischen Überlegungen und Richtlinien Ende Oktober und zu den anderen im Kommuniqué erwähnten Zeitpunkten verwirklichen. Es muß jetzt etwas geschehen, und wir Parlamentarier werden unser möglichstes tun, um sicherzustellen, daß etwas geschieht. Darum geht es in diesem Bericht.